



Widersprüche

Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volsmund)

Nach dem Neoliberalismus?

Gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Perspektiven

Zu diesem Heft 3

Michael Vester

Die Wirtschaftskrise und die Chancen eines
gesellschaftlichen Pfadwechsels 9

Franz Hamburger

Freiheit für das Kapital – Mauern für die Armen 35

Sascha Schierz und Herbert Reinke

Punitivität und Kultur zwischen Moderne und Spätmoderne
Anmerkungen zu kultursoziologischen Zugängen 45

Heinz Sünker

Kindheitsforschung, Bildungspolitik, Demokratisierung
von Gesellschaft 63

Forum

Thomas Wagner

Zur (sozialen) Arbeit an Klassenverhältnissen

Ein Beitrag zur Wiedereinführung von

Klassenperspektiven in die Soziale Arbeit. 81

Rezensionen

Georg Bollenbeck

Kenntnisreicher Scharfsinn und methodische Selbstbeschränkung

über Ingo Elbe: Marx im Westen.

Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965 109

Kirsten Elisa Petersen

Kindheitsforschung heute

über Jens Qvortrup, William A. Corsaro, Michael-Sebastian Honig (eds.):

The Palgrave Handbook of Childhood Studies, Palgrave Macmillian 2009 115

Zu diesem Heft

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

*Marx/Engels 1848/1972: 465;
vgl. Berman 1988; Stedman Jones 2002*

Nachdem gegenwärtig in vielen Feuilletons auf Marx verwiesen, von Konservativen wie Charles Moore bis Frank Schirrmacher der Linken ob ihrer Analysen Recht gegenüber den Rechten gegeben und von Warren Buffett „Stopp Coddling The Super-Rich“ (New York Times v. 14.8.11) und Michael Naumann „Wir brauchen bürgerliche Kontrollen, die der Fuck-you-Politik der Finanzwelt etwas entgegensetzen“ (FAS v. 28.8.11) gefordert wird, scheint es an der Zeit, sich Gedanken über gesellschaftliche Verhältnisse und Perspektiven, damit auch über gesellschaftspolitische Strategien und ihre Träger, für eine Zeit nach der Herrschaft des Neoliberalismus zu machen – nicht zuletzt auch um die vom Neoliberalismus und seinen Trägern verursachten gesellschaftlichen Probleme und Zerstörungen zu bearbeiten (vgl. dazu etwa die Widersprüche-Hefte 69, 85, 97, 98, 99, 102, 105, 119/120).

Dabei geht es zunächst einmal darum, sich zu vergegenwärtigen, was es mit Genesis und Geltung des Neoliberalismus auf sich hat(te), welche Klasseninte-

ressen und Klassenstrategien hier maßgeblich waren, was zum „Aufleben“ des Finanzkapitals warum beigetragen und zu welchen Folgen geführt hat, bevor nach Alternativen gefragt und gesucht werden kann.

„Die historische Dimension der gegenwärtigen Krise sprengt die tradierten Formen der Krisenbewältigung. Denn *erstens* sind Staaten und nicht mehr private Banken oder Unternehmen verschuldet, *zweitens* hat die Höhe der Verschuldung, gemessen am jeweiligen Sozialprodukt oder den Exporteinnahmen, fast absurde Dimensionen erreicht, und *drittens* sind die Gläubiger nicht einzelne Staaten oder Unternehmen, sondern das hochgradig verflochtene und sensible System der transnationalen Banken. Die Rückwirkungen von Bankenzusammenbrüchen wären global und für die gesamte Weltwirtschaft fatal. Dem Charakter dieser in den ‘normalen’ kapitalistischen Formen nicht mehr zu ‘bereinigenden’ Krise entsprechend können die Vorschläge zur Bewältigung der Krise nur radikal sein: Es ist unmöglich, aus den Schuldnerländern Jahr für Jahr einen Nettokapitalexport herauszupressen, der noch nicht einmal ausreicht, um die Schuldenlast zu verringern; im Gegenteil, die Schulden haben trotz heroischer Anstrengungen der verschuldeten Länder noch zugenommen. Das bislang praktizierte System der kurzfristigen Umschuldungen kann den Augenblick der Wahrheit hinauschieben, aber nicht vermeiden“, schrieb Elmar Altvater einleitend 1985 in einem Interview mit Fidel Castro mit dem Titel „Die Verschuldungskrise der Weltwirtschaft und die aufhaltsame Zerstörung des Kapitalismus durch die Banken“ (Castro 1985: 544) – und wir erfahren grade Mitte Oktober 2011, dass „man nun damit rechnet, Griechenland werde mindestens 250 Milliarden Euro in den nächsten Jahren benötigen [...]“.

Folgt man der Analyse des Aufstiegs des Neoliberalismus von Keith Dixon (2000; vgl. Hirschman 1995; Saul 1997; Todd 1999; Bourdieu 2004), dann werden Vorgeschichte, Geschichte und Ende dieser Erscheinungsweise von Finanzkapitalismus zumindest etwas deutlicher: Es handelt sich nicht allein um Thatcher und Reagan¹, ihre Klassenpolitik nach der Krise des Keynesianismus, sondern immer auch um das ideologische Vorspiel von „Ökonomien“ im Übergang von

1 Auch wenn Marx bestimmt, „daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenüberreten“ ((1969: 100, vgl. 16), ist festzuhalten, dass es gesellschaftlich mehr als nur den ökonomischen Handlungsbereich, also individuelle Verantwortung, gibt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Beobachtung Fritz Sterns zu den Neocons: Wie diese sich in den USA „Wohlstand und Einfluss verschafft hatten, verdiente, von einem Balzac als Chronisten beschrieben zu werden; als Schlüssel-

der Mont-Pèlerin-Gesellschaft zum Institute of Economic Affairs (Dixon 2000: 21-45). Zudem kommt für die „Vorgeschichte“ das erste „Experiment“ zur Realisierung des Phänomens „Neoliberalismus“ zum Tragen, was mitentscheidend für die Einschätzung von dessen Charakter ist. In den Worten von Noam Chomsky: „Ich spreche natürlich von dem, was in Lateinamerika häufig das ‘erste 9/11’ genannt wird: dem 11. September 1973, als die intensiven Bemühungen der USA, die demokratische Regierung Salvador Allendes in Chile mit einem Militärcoup zu stürzen, aus dem General Pinochets brutales Regime hervorging, Erfolg hatten. Das Ziel war, in den Worten der Regierung Nixon, das ‘Virus’ zu töten, das all jene ‘Ausländer, [die] uns linken wollen’, ermutigen könnte, ihre Mittel selbst in die Hand zu nehmen und eine nicht zu dulddende Politik unabhängiger Entwicklung zu verfolgen. Dahinter stand die Schlussfolgerung des Nationalen Sicherheitsrats, dass die USA, wenn sie Lateinamerika nicht kontrollieren könnten, kaum erwarten dürften, ‘anderswo auf der Welt eine erfolgreiche Ordnung herzustellen’. [...] In seiner *History of the Cold War* schreibt der Lateinamerikaforscher John Coatsworth, dass ab jener Zeit bis ‘zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 die Zahl der politischen Gefangenen, Folteropfer und Exekutionen gewaltfreier politischer Dissidenten in Lateinamerika diejenige der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satelliten bei weitem überstieg; darunter waren auch zahlreiche religiöse Märtyrer und Massenexekutionen, die stets von Washington unterstützt oder dort initiiert wurden“ (Chomsky 2011: 7). Wesentlich ist dabei eben, dass Chile das Erprobungsfeld für den Neoliberalismus der „Chicago-Boys“ wurde.

Auch wenn der chilenische diktatorische Weg in Westeuropa nicht verallgemeinert wurde, bleibt doch festzuhalten, dass die Zerstörung von Gesellschaftlichkeit auf den Weg gebracht wurde, indem klassenspezifisch „Gier“ als Ausdruck von „Egoismus“ internalisiert und strukturell eine weitere Spaltung der Gesellschaft in „Reiche“ und „Arme“ betrieben wurde.² In den Feuilletons wurden allerdings die Folgen lange Zeit fast nur kulturkritisch und nicht gesellschaftsanalytisch (ab)gehandelt.

Angesichts der gegenwärtigen Krise scheint die Frage nach gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Antworten zu den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr so hypothetisch wie noch kurze Zeit zuvor. Auch wenn die Antwort „So-

figur könnte er den umgänglichen Richard Perle benutzen, der Habgier mit einem scharfen moralistischen ‘Realismus’ verband“ (Stern 2007: 535).

2 Das gibt auch einen wesentlichen Grund für Sloterdijks Angriff auf den Sozialstaat mit seiner Ideologie der Ausbeutung der „Produktiven“ durch die „Unproduktiven“ ab (vgl. Sünker 2010).

zialismus, warum denn nicht?“, die Burkart Lutz als ausgewiesener empirischer Gesellschaftsanalytiker (vgl. Lutz 1984) in einem Interview zu der Problematik gesellschaftlicher Perspektiven heute gegeben hat (2009), immer noch verblüffen mag, gilt es doch, Befunde und Perspektiven miteinander zu vermitteln. Dem dienen die Beiträge in unterschiedlichen Akzentuierungen – von politischer Ökonomie bis Kriminalpolitik – im Thementeil dieser Ausgabe der Widersprüche, deren Titel „Nach dem Neoliberalismus?“ und Konzept – und darauf ist diesmal gesondert hinzuweisen – im Januar diesen Jahres „erfunden“ und entwickelt wurden.

Literatur

- Berrman, M. 1988: All That IS Solid Melts Into Air. The Experience of Modernity. New York
- Bourdieu, P. 2004: Interventionen 1961-2001. Bd. 3 + 4. Hamburg
- Castro, F. 1985: Die Verschuldungskrise der Weltwirtschaft und die aufhaltsame Zerstörung des Kapitalismus durch die Banken – eingeleitet von E. Altvater, in: Leviathan 13, 537-557
- Chomsky, N. 2011: Gab es eine Alternative? Terrorismus und imperiale Mentalität, Universalität und zweierlei Maß, in: Lettre International H. 94, 7-9
- Dixon, K. 2000: Die Evangelisten des Marktes. Konstanz
- Hirschman, A. 1995: A Propensity to Self-Subversion. Cambridge/London
- Lutz, B. 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhundert. Frankfurt/M.
- 2009: „Sozialismus, warum denn nicht?“, in: Mitbestimmung H. 1+2, 48- 51
- Marx, K. 1969: Das Kapital. 1. Bd. Berlin
- Marx, K./Engels, F. 1972: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, 491-493
- Saul, J. R. 1997: Der Markt frißt seine Kinder. Wider die Ökonomisierung der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Stern, F. 2007: Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen. München
- Stedman Jones, G. 2002: Introduction, in: Marx/Engels, The Communist Manifesto. London, 3-187
- Sünker, H. 2010: Der „kleptokratische Steuerstaat“ und Philanthropie als „Gutmenschentum“. Wie Sloterdijk mit der Gesellschaftsanalyse Schlitten fährt, in: Soziale Passagen 2, H. 1, 79-94
- Todd, E. Die neoliberale Illusion. Über die Stagnation der entwickelten Gesellschaften. Zürich

Die Redaktion

Mitteilung der Redaktion

Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik
im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

**Liebe Abonentinnen und Abonnenten,
Liebe Leserinnen und Leser,**

im Rahmen des Verkaufs des Kleine-Verlags an USP-Publishing wechselte auch unser Zeitschriftenprojekt den Verlag. Interessiert die Widersprüche als ein Forum für kritisches Denken weiter zu führen und überzeugt von dessen Bedeutung für die Profession Soziale Arbeit entschied die Redaktion zum damaligen Zeitpunkt trotz vieler Zweifel an der Passung des neuen Verlags die Zusammenarbeit mit USP-Publishing zu versuchen.

Die Zweifel an der Passung von Verlag und dem Projekt Widersprüche waren leider begründet. Die Zusammenarbeit mit USP-Publishing wird mit Heft 118, dem letzten des Jahrgangs 2010, enden. Die Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich – werden ab dem Heft 119/120, einer gehaltvollen Doppelausgabe mit dem Titel: „Hinten Anstellen! Zur Regulation der Armut in der aktivierten Bürgergesellschaft“, durch den Verlag Westfälisches Dampfboot verlegt werden. Die Redaktion lädt alle Leserinnen und Leser der Widersprüche herzlich ein, der Zeitschrift und ihrer Redaktion zum Verlag Westfälisches Dampfboot zu folgen.

Die Redaktion freut sich sehr, wenn alle AbonnentInnen, LeserInnen und FreundInnen die Augen für die Widersprüche weiterhin offen halten und verbinden die der Zeitschrift entgegen gebrachte Aufmerksamkeit mit der Bitte, bestehende Abonnements zu erneuern, neue Abonnements abzuschließen und/oder uns veränderte Bezugsadressen von Abonnements mitzuteilen unter: widersprueche@gmx.de

Wir freuen uns von Ihnen & euch zu hören – die Widersprüche im Verlag Westfälisches Dampfboot werden von sich hören lassen!

Mit freundlichen Grüßen, *die Redaktion*

WICHTIG: Bestehende Abonnements beim alten Verlag USP-publishing können umgehend per E-Mail (kv@kleine-verlag.de) oder schriftlich gekündigt werden, da sich bei USP-publishing bestehende Abos NICHT ÜBERTRAGEN LASSEN: Kleine Verlag/ USP Publishing Europa, z.Hd. Dr. Uwe Seebacher, Bomhardstraße 6b, D-82031 Grünwald bei München.

Die neue Verlagsadresse lautet:

Verlag Westfälisches Dampfboot (Thien/Wienold GbR), Hafenweg 26a, 48155 Münster, Telefon: 0251/39 00 48 0, Telefax: 0251/39 00 48 50; EMail: info@dampfbootverlag.de

Postalische Anschrift der Widersprüche weiterhin:

Widersprüche, c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: 069 67 99 84; EMail: widersprueche@gmx.de



Michael Vester

Die Wirtschaftskrise und die Chancen eines gesellschaftlichen Pfadwechsels¹

Seit dem Sommer 2011 hat sich die Hoffnung auf einen bleibenden Aufschwung der Weltwirtschaft als Illusion erwiesen. Nach zwei Jahren relativer Erholung, in der die führenden Ökonomien der hoch entwickelten Länder auf einen Wellenberg der Konjunktur getragen worden waren, sind sie in ein neues Wellental eingetaucht. Dieses zweifache Eintauchen in ein Wellental der Rezession – die Ökonomen nennen es double-dip – ist eine Erfahrung aus der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929. Nach einer Zwischenerholung, in der die New-Deal-Regierung des amerikanischen Präsidenten F. D. Roosevelt ihre wachstumsstimulierenden Maßnahmen heruntergefahren hatte, kam es 1937 zu einem dramatischen zweiten Wachstumseinbruch.

Die Tendenz der Stagnation

Aus der Großen Depression der 1930er Jahre haben sich die damaligen hoch entwickelten Ökonomien wieder befreit, jedoch nicht aus eigener Kraft. Die neoklassische Theorie Alfred Marshalls, nach der die kapitalistische Ökonomie bei sinkenden Preisen von sich aus einen neuen Aufschwung hervorbringen würde, war in den USA gescheitert. Bestätigt war die Gegenthese der Keynesianer, die These eines „equilibrium below full employment“. Kapital und Arbeitskräftepotential waren bis zu dreißig Prozent unausgelastet, aber in vollkommenem Gleichgewicht miteinander, also ohne einen inneren Impuls des Marktes für einen neuen Aufschwung.

Der neue Aufschwung kam, aber er kam von außen. Der Staat schuf durch anleihenfinanzierte Investitionen, die Gewerkschaften schufen durch erfolgreiche Lohnverhandlungen, die Regionen durch Druck auf den Zentralstaat die Nach-

¹ Aktualisierte Fassung des Vortrags „Die lange Stagnation: Gesellschaftliche Wege aus der Krise. Gesellschaftliche Kräfte und politische Perspektiven“, gehalten am 29. 10. 2010 auf dem Ersten Sozialpädagogiktag an der Bergischen Universität Wuppertal.

frage, die für bis zu drei Jahrzehnte das Wirtschaftswachstum und teilweise die Vollbeschäftigung wiederherstellte. Im sozialdemokratischen Skandinavien und (bis 1951) im sozialdemokratischen Großbritannien waren dies vor allem die staatlichen Investitionen in den Wohlfahrtsstaat – in die Bildung, die Gesundheit, in die Sozialdienste, in die kommunalen Infrastrukturen und in die Förderung dezentraler Regionen. In den liberalen USA waren dies die Rüstungsinvestitionen für den Zweiten Weltkrieg und für den nachfolgenden Kalten Krieg. So entstanden der sozialdemokratische und der liberale Wohlfahrtsstaat, und ähnlich entstand auch, in Kontinentaleuropa, der konservative Wohlfahrtsstaat. Damit stiegen auch die arbeitenden Klassen in soziale Lagen der gesicherten Mitte auf, die zuvor dem alten Mittelstand der kleineren Unternehmer und dem neuen Mittelstand der besseren Angestellten vorbehalten gewesen waren.

Nichts an diesem Prozess war geschenkt. Das sog. „fordistische“ Modell des Kapitalismus war kein Geschenk von Henry Ford, weil dieser wollte, dass seine Arbeiter von ihrem Lohn auch Autos kaufen konnten. Ebenso wenig war die „soziale Marktwirtschaft“ ein Geschenk von Ludwig Erhard. Beides war demokratisch von unten, vor allem von den Gewerkschaften, in einem günstigen demokratischen und weltwirtschaftlichen Kontext, erkämpft. Und diese Kämpfe hielten auch an. Als der amerikanische Präsident John F. Kennedy im Jahre 1963 versuchte, dem liberalen Modell der USA eine soziale Komponente in der Gesundheitspolitik hinzuzufügen, provozierte dies eine rechtspopulistische Mobilisierung, in deren Verlauf er noch im selben Jahr ermordet wurde – ebenso wie fünf Jahre später sein Bruder Robert Kennedy. Ähnliche Mobilisierungen erledigten 1980 den amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter mit dem Stimmzettel und bedrohen jetzt auch seinen Nachfolger Barack Obama.

Diese Kämpfe politischer Akteursgruppen sind entscheidend für die Weichenstellungen zwischen den verschiedenen „Pfad“ der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, zwischen der sozialdemokratischen, der liberalen und der konservativen Entwicklungsrichtung des, wie es heißt, kapitalistischen Wohlfahrtsstaates. Aber alle drei Pfade (und ihre weiteren Varianten) sind nicht die *Ursache*, sondern die *Reaktion* auf ein Problem, mit dem alle Politik heute fertig werden muss, auf das Problem der langen Stagnationskrise bzw. nachlassender Wachstumsraten, dem alle hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaftsordnungen allein deswegen ausgeliefert sind, weil sie hoch entwickelt sind. Die „Pfade“ sind nur die verschiedenen Konzepte der verschiedenen gesellschaftlichen Interessenkoalitionen, mit dem Problem umzugehen.

Die Stagnationskrise ist schon älter und in langen Zyklen immer wiedergekehrt. Nikolaj Kondratieff, Joseph Schumpeter und Ernest Mandel haben sie beschrieben.

Friedrich Engels (1963 [1892]) hat sie schon für die Jahre nach 1871 registriert. Nach einer durch Technologie-, Konsum- und Weltmarktentwicklungen angelegten Erholung ist sie unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg wiedergekehrt, aber dann noch durch dessen Kriegswirtschaft und später durch die Expansion der Produktion langlebiger Konsumgüter, nicht zuletzt des Automobils, hinausgeschoben worden, bevor die nach dem Börsenkrach von 1929 in die Große Depression mündete. Der neue teils kriegswirtschaftliche, teils wohlfahrtsstaatliche Aufschwung, den ich schon angesprochen habe, begann Ende der 1960er Jahre erneut zu ermatten. Er mündete nach 1970 in die neue lange Stagnationskrise, die nun schon fast vierzig Jahre anhält.

Aus verschiedenen Gründen, auf die ich noch eingehen werde, hat diese Stagnationskrise nicht die katastrophische Gestalt eines Börsenkrachs. Sie ist vielmehr eine langsame und langwierige, von Zwischenkonjunktoren unterbrochene Entwicklung nachlassender Wachstumsraten (vgl. Zinn 2002). John Maynard Keynes hat schon 1943 diese lange Stagnation vorausgesagt, als notwendige Folge immer höherer Produktivität und begrenzter Nachfrage. Dieses Spätstadium des Kapitalismus in den hoch entwickelten Ländern war schon Ende der 1960er Jahre erreicht. In den 1970er Jahren hatten sich die Erscheinungen eines allgemeinen Wachstums- und Beschäftigungsrückgangs gemehrt. Nach der Ölkrise von 1973 hatte sogar der konservative Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ verkündet.

Allerdings sind die mit dieser ökonomischen Stagnationskrise verbundenen sozialen und politischen Erscheinungsformen keine schicksalhaft hinzunehmenden Naturnotwendigkeiten. Nach den Perspektiven von Keynes kann gerade die auf Hochproduktivität beruhende Stagnation politisch, durch gesellschaftliche Intervention, gewendet werden. Es ist kein Naturgesetz, dass eine „Überproduktion“ von Waren, die nicht abgesetzt werden können, eine arbeitslose „Überschussbevölkerung“ nach sich zieht. Es kann auch durch gesellschaftliche Intervention die Lebensqualität, die sozialstaatliche Sicherung und die Mußezeit aller Menschen immer mehr angehoben werden, durch Maßnahmen der Regulierung des Welthandels bis zur fiskalpolitischen und tarifpolitischen Umverteilung und Machtumverteilung in der Ökonomie.

Dynamische Produktivkräfte – bremsende Institutionen

Die heutige historische Stagnationskrise und die möglichen Auswege aus ihr lassen sich – das ist die These, die ich hier begründen möchte – immer noch mit dem zentralen Theorem von Marx untersuchen, dem Theorem des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften einerseits und ihrer institutionellen

Organisationsform, den „Produktionsverhältnissen“. Danach bringt die kapitalistische Gesellschaft nicht nur die Probleme hervor, sondern auch die Potentiale und Ansätze ihrer Lösung.

Dies setzt allerdings eine undogmatischen Lesart von Marx voraus (s. insbes. von Oertzen 2004; Vester 1970, 2008). Nach dieser Lesart hat Marx, die gesellschaftliche Entwicklung nicht als gradlinigen Fortschritt (wie in den liberalen Modernisierungstheorien) oder als eindimensional zunehmende Ausbeutung (wie in den vulgärmarxistischen Verelendungstheorien), sondern als widersprüchlich strukturierten Prozess aufgefasst. Dass Marx dabei die produktive Seite des Kapitalismus besonders hervorhebt und oft sogar emphatisch preist, hat die altlinke Marxorthodoxie oft irritiert und ist von ihr daher als Nebenaspekt behandelt worden. Aus ihrer Sicht kommt der geschaffene materielle Reichtum den abhängig Arbeitenden nicht zugute, da er über die Mechanismen der Ausbeutung von der besitzenden Klasse angeeignet wird. Demgegenüber gilt in der undogmatischen Linken die Höherentwicklung der Produktivkräfte nicht als Nebenaspekt, sondern als die historische Bedingung der Möglichkeit der sozialen Emanzipation und der Entwicklung von Gegenmächten.

Eine genauere Marxlektüre (vgl. Vester 2008) bestätigt dies. Marx' Klassenkonzept ist, anders als das von Weber, Teil einer größeren historischen Perspektive. In seiner Schrift *„Das Elend der Philosophie“* entwickelte Marx schon 1847 die Hypothese, dass die Entwicklung der Arbeiterklasse einem ähnlichen historischen Muster folgen würde wie die der bürgerlichen Klasse (Marx 1959 [1847]: 181). Deren Emanzipationsprozess sei kein automatischer ökonomischer, sondern auch ein aktiver politischer Prozess gewesen, in dem über viele Jahrhunderte mühsam einerseits die neuen ökonomischen Produktivkräfte entwickelt und andererseits das institutionelle „Gegengewicht“ von „sich selbst verwaltenden Assoziationen“, „Stadtgemeinden“ und schließlich des „modernen Repräsentativstaats“ erkämpft werden mussten (ebd.; Marx/Engels 1959 [1848]: 464). Nach einem ähnlichen Muster können sich nach Marx im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft auch die Elemente einer neuen Gesellschaftsordnung entwickeln (Marx 1959 [1847]: 181).

Durch die zunehmende Arbeitsteilung, d.h. die betriebliche bis globale Spezialisierung und Kooperation der Produktivkräfte, werde die Arbeit immer mehr vergesellschaftet. Dadurch würde sie in Widerspruch zu ihrer Organisationsform geraten, zu den institutionellen Produktionsverhältnissen, die durch die private kapitalistische Aneignung bedingt seien.

Dieser Widerspruch werde in einer sehr langen und mit großen Anstrengungen verbundenen Entwicklung über den Kapitalismus hinaustreiben. Als Voraussetzung dafür nannte Marx den hohen Reifegrad aller Produktivkräfte, zu denen nicht nur

die dinglichen Arbeitsmittel, sondern auch die lohnarbeitenden Menschen selber gehörten: „Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muss eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten konnten“ (ebd.).

In der undogmatischen Linken wurde dieser *Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen* und nicht die Verelendungstendenz als das zentrale Theorem der Marxschen Geschichtsauffassung verstanden. Die Klassentheorie der Verelendungslehre geht von den steigenden *Defiziten* der arbeitenden Klassen aus, ihrem Mangel an Macht, Einkommen, Bildung und Reflexivität. Die unorthodoxe Theorie geht von den wachsenden *Kompetenzen* der arbeitenden Klassen oder, wie Marx es ausdrückt, des „Gesamtarbeiters“ aus. Und sie fügt hinzu, dass diese emanzipatorischen Kompetenzen nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch in der Lebenswelt, der alltäglichen Kultur und Praxis von den Menschen selber aufgebaut werden.

Die Denkfigur des Strukturwiderspruchs ist nicht so ungewöhnlich wie es Marxens historische Formulierungen vermuten lassen könnten. Die Frage nach Art und Maß gesellschaftlicher Regulierung ist bis heute der Streitpunkt der großen Schulen der Volkswirtschaftslehre geblieben. Seit Adam Smith haben sich alle Makroökonomien mit dem Problem beschäftigt, dass durch die zunehmende gesellschaftliche Arbeitsteilung Produktivkräfte entstehen, die in den bisherigen institutionellen Formen nicht angemessen organisiert werden können. Der Streit zwischen den makroökonomischen Schulen dreht sich heute noch um die Frage, wie die beste Entwicklung der Produktivkräfte zu gewährleisten sei: durch das liberalistische Laissez-faire, das dem kapitalistischen Privatinteresse alles überlässt, oder durch die keynesianische Intervention, die den Mangel an gesellschaftlicher Regulierung korrigiert.

Marx ging es freilich um mehr, eben um die Möglichkeit, *Klassenherrschaft durch Formen der Selbstregulierung, der Selbstverwaltung und der föderativen (also nicht zentralistischen) gesamtgesellschaftlichen Koordination abzulösen oder wenigstens abzubauen*. Vor Augen hatte er damit vor allem Formen der betrieblich und überbetrieblich vergesellschafteten Produktion auf der Grundlage hoch entwickelter Arbeitsfähigkeiten und Technologien, die mit den institutionellen Formen der autokratischen Betriebsleitung und der privaten Aneignung des Mehrprodukts nicht mehr vereinbar sind.

Das Problem war die Dauer dieses historischen Prozesses. Marx hatte, wie Engels, zunächst nicht ausgeschlossen, dass der Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung, für die das Bürgertum immerhin sieben Jahrhunderte gebraucht hatte, abgekürzt werden könnte. Durch die neuen historischen Erfahrungen nach 1848 wurde ihnen deutlicher, dass dies ein sehr langfristiger und rückschlagreicher, aber unter demokratischen Bedingungen doch aussichtsreicher Prozess sein würde. Ihr Konzept einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratisierung wurde bis in Engels' Todesjahr, 1895, immer weiter entwickelt (vgl. u.a. Engels 1963 [1892]).

Marx und Engels bezogen sich vor allem auf den großen Aufschwung der Wirtschaft und der Arbeiterbewegungen nach 1850. Die Bewegungen erkämpften vor allem in England starke Gewerkschaften, erfolgreiche Genossenschaften, die Arbeitszeitverkürzung und Erweiterungen des Wahlrechts und erhoben im Pariser Kommuneaufstand von 1871 die Selbstverwaltung der Betriebe und Gemeinden und deren nationale Föderation zum Programm. Marx analysierte diese Entwicklung in den Schriften zu den Machtkämpfen um Louis Bonaparte (Marx 1960 [1852]) und um die Pariser Kommune (Marx 1962 [1871]) sowie in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation (Marx 1962 [1864]) und der Kritik des Gothaer Programms (Marx 1972 [1875]). Dabei ging es gerade nicht, wie im „offiziellen Marxismus“, darum, wie die Arbeiterbewegung den Staat erobern und die Gesellschaft durch eine Staatsbürokratie von oben umgestalten könnte. Es ging um die Frage, welche alternativen Institutionen die Arbeiter- und Volksbewegungen gegenüber Staat und Kapital *selbstständig* und *von unten* entwickeln könnten. Das Prinzip der Selbstverwaltung sollte zwei Gefahren entgegenwirken, die beide Autoren am französischen und amerikanischen Beispiel vernichtend kritisiert hatten: der alles erstickenden Staatsbürokratie und der Gefahr einer neuen Herrschaft der eigenen Funktionäre. Selbst Schulen sollten nicht von Staat oder Kirche, sondern „durch das Volk“ verwaltet werden.

Das Interesse galt der allmählichen Herausbildung von Elementen der Selbstständigkeit, Selbstregulierung, Selbstverwaltung und föderativen Koordination, die nur von den Menschen selber in der täglichen Praxis und in besonderen historischen Situationen hervorgebracht und darum auch nicht rezeptartig von oben verordnet, sondern nur „entdeckt“ werden können.

Nachfolgend möchte ich – wenigstens in skizzenhafter Zusammenfassung – darstellen, wie sich besonders in den letzten Jahrzehnten die sozialen Milieus nicht zuletzt auch der arbeitenden Klassen durch eine erhebliche Weiterentwicklung und Differenzierung verändert haben. Gleichzeitig werden sie durch einen einschneidenden Umbau des Sozialstaates herausgefordert. In der Gesellschaft wachsen die Kompetenzen und Autonomiestrebungen vor allem der jüngeren

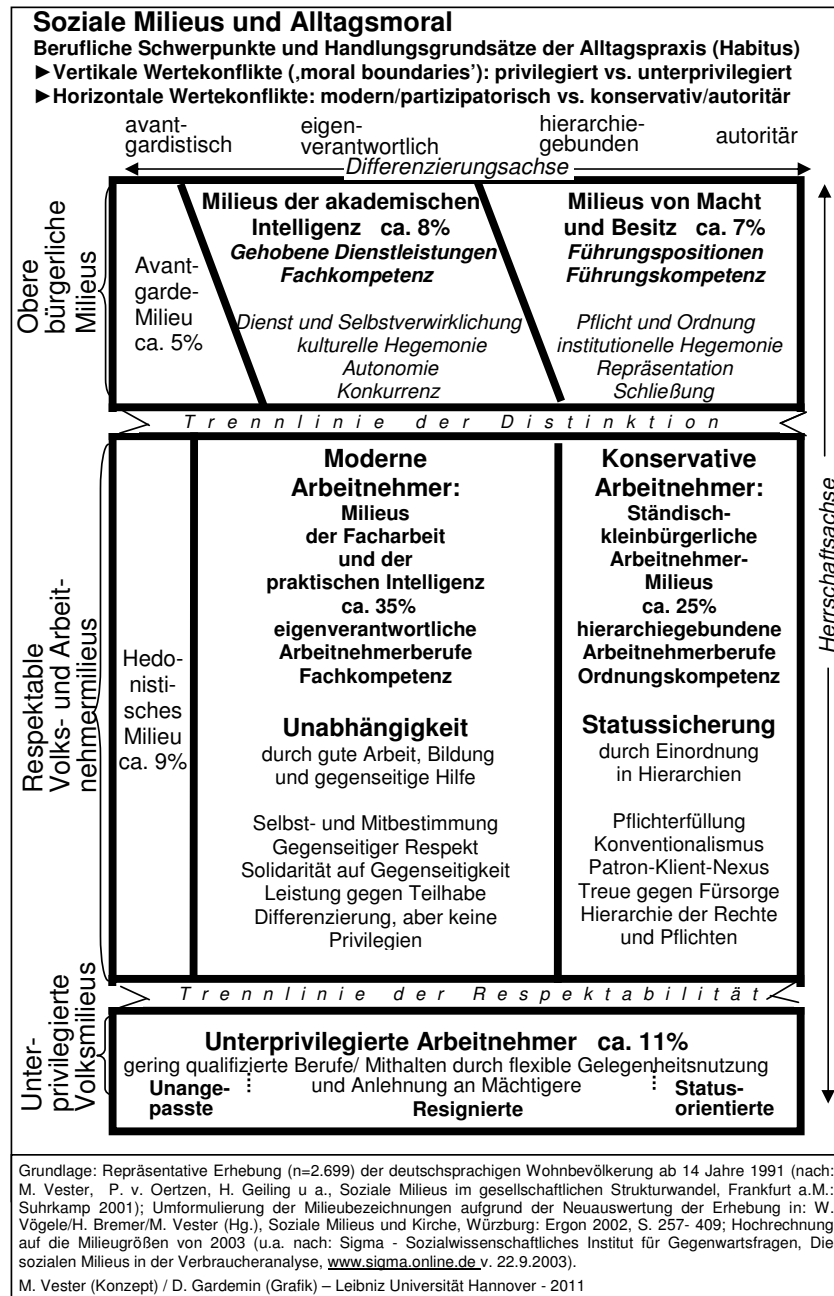
Milieuteile. Dem steht, als Folge des neoliberalen „Pfadwechsels“ der Politik, eine von oben kommende Verschärfung der gesellschaftlichen Kontrollmechanismen und der Unsicherheit sozialer Lagen gegenüber. Ich möchte zunächst diese beiden gegenläufigen Veränderungen auf empirischer Grundlage näher umreißen und sodann darstellen, welche Interessengruppen und internationalen ökonomischen Bedingungen den Wechsel zur neoliberalen Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik herbeigeführt haben. Schließlich möchte ich entwickeln, wie sich die wachsende Unzufriedenheit mit den Volksparteien, die den Abbau des Wohlfahrtsstaates zu verantworten haben, mit einer neuen internationalen Konstellation trifft, in der es immer schwieriger wird, die neoliberale Politik wie bisher fortzusetzen.

Dynamiken der Milieus: Kompetenz und Partizipation

Der Widerspruch zwischen den bremsenden Institutionen und den dynamischen Produktivkräften bildet sich auch in der Sozialstruktur ab. Die Bundesrepublik kennt immer noch erstaunlich starre Klassenunterschiede. Dies wird besonders sichtbar an der Wiederherstellung von kleinlichen Autoritäts- und Kontrollhierarchien in vielen Institutionen. Es wird auch sichtbar an zwei Erscheinungen, auf die ich später (in Abschnitt 5) noch etwas näher eingehe: an den Bildungschancen, die noch weitgehend vom Herkunftsmilieu abhängen, und an der wieder zunehmend ungleichen Einkommensverteilung. Gleichzeitig aber wirkt innerhalb jeder Klassenstufe eine enorme strukturelle Dynamik, eine Zunahme von beruflicher Kompetenz in der Arbeitswelt und von Momenten persönlicher Selbstbestimmung in der Lebenswelt. Durch diesen Widerspruch hat sich eine enorme Verdrossenheit in der Mehrheit der Bevölkerung aufgestaut, die sich gegen die Arroganz der Macht und der Mächtigen gerichtet und schließlich zum Aufkommen neuer Demokratiebewegungen geführt hat.

Zunächst zur vertikalen Klassenstruktur. Ihre Gliederung ist ziemlich anders als dogmatische Neoliberale oder dogmatische Vulgärmarxisten es sich vorstellen. Sie hat nämlich die Gestalt eines dreistufigen Schichtungsgefülles:

- Nach oben hebt sich immer noch eine privilegierte, besonders gesicherte soziale Schicht ab, die oberen bürgerlichen Milieus mit distinktiven Stil- und Führungsansprüchen (ca. 20%)
- Die große arbeitnehmerische Mittelschicht (ca. 69%) findet ihre Identität in einem „respektablen“ sozialen Status nach dem Prinzip, hohe Arbeitsleistung zu geben und dafür an Wohlstand und Sicherheit teilzuhaben. Dieser Status, durch den sie sich nach oben und nach unten abgrenzt, ist aber inzwischen aber nicht mehr so gesichert ist wie in den „guten Jahren“ der Bundesrepublik.



- Die unterprivilegierten „Unterschicht“ mit ihren niedrigen Bildungs- und Sicherheitsstandards ist stärker auf Strategien der Gelegenheitsnutzung und der Anlehnung an Stärkere verwiesen (ca. 11%).

Die Dreistufigkeit und die ihr zugrunde liegenden Abgrenzungen erinnern an ständische Gesellschaftsordnungen. Sie entsprechen nicht den Doktrinen, nach denen die Gesellschaft allein durch kapitalistische Marktmechanismen strukturiert ist. Sie entsprechen nicht der orthodox marxistischen Variante dieser Doktrinen, die aus den Marktmechanismen eine Tendenz zur zweipoligen Klassen spaltung ableitet, und auch nicht der orthodox liberalistischen Variante, die aus den Marktmechanismen eine unendliche Differenzierung der Sozialstruktur ableitet. Vielmehr wirken Marktkräfte und ständische Kräfte zusammen. Offensichtlich werden die kapitalistischen Marktstrukturierungen überformt durch ständische Strukturierungen, d.h. die Wirkungen der Verbände, des Rechts, der institutionellen Strukturen und der alltäglichen Abgrenzungspraxis:

- Die oberen Milieus grenzen sich nach unten durch Praktiken der Distinktion und durch die politische Sicherung privilegierter sozialer Chancen ab.
- Die mittleren Milieus grenzen sich ab nach oben, indem sie auf Arbeitsleistung statt auf Privilegierung setzen, und nach unten, indem sie ihre „respektable“ Lebensführung und stetige Arbeitsorientierung betonen.
- Die untersten Milieus unterliegen der „negativen Privilegierung“ (Weber) und Stigmatisierung als einer unterhalb der ständischen Ehre liegenden Schicht, einem Schicksal, dem sie mit verschiedenen „Strategien der Ohnmächtigen“ zu entkommen suchen.

Diese ständische Überformung der kapitalistischen Klassenstrukturen ist schon von Max Weber (1972 [1921: 531-540]) für Deutschland und die USA um 1900 und von Bourdieu (1982[1979]) für das Frankreich um 1980 festgestellt worden. Sie gilt nach unseren empirisch ähnlich umfassend angelegten Untersuchungen auch für die Bundesrepublik um 2000. In fast allen Milieus hatten schon die Eltern und Großeltern eine ähnliche Stellung im sozialen Raum (Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001: 34f); Vögele/Bremer/Vester 2002: 275-409; vgl. Lange-Vester 2007). Die heutigen Milieus können damit als Nachfahren der historischen Klassen und Stände angesehen werden.

Während die vertikale Klassenhierarchie ausgesprochen statisch ist, hat sich ihre horizontale Differenzierung sehr dynamisch entwickelt. Seit den 1950er Jahren haben sich die sozialen Milieus erheblich modernisiert. Auf allen drei Stufen der Klassengliederung sind jüngere, besser ausgebildete, weniger autoritär ausgerichtete

Milieufraktionen entstanden und langsam aber stetig gewachsen. Sie konzentrieren sich in moderneren Berufsfeldern, die weniger hierarchisch organisiert und mehr auf Mit- und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz angewiesen sind. Durch die Kompetenzrevolution in der Arbeitswelt und durch den Wertewandel in der Lebenswelt haben sich nicht nur die kleinen oberen Milieus, sondern auch die großen Milieus der Arbeitnehmermitte horizontal erheblich aufgefächert:

- Die autoritären *kleinbürgerlich-konservativen Volksmilieus* (in der rechten Mitte der Abbildung), die ihre Sicherheit in der Einordnung in vorgegebene Hierarchien und Konventionen finden, sind, wenn auch sehr langsam, auf etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung geschrumpft (und haben sich zudem in ihrer jüngeren Hälfte ein Stück weit modernisiert).
- Stark weiterentwickelt haben sich vor allem aber die großen *modernen Volksmilieus*, die sich in den gut qualifizierten Arbeiter- und Angestelltenberufen finden. Ihr zentraler Wert ist die Autonomie. Ihren Angehörigen geht es darum, in Lebensführung und Beruf ein möglichst großes Stück Unabhängigkeit von äußeren Zwängen und Autoritäten zu erlangen, und zwar nicht als Geschenk oder Gnade, sondern durch eigene, methodische Anstrengung, also ein asketisches Ethos.

Insgesamt sind die modernisierten jüngeren Milieus bis etwa 2000 schon auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung angewachsen und die stramm konservativen Milieus auf etwa ein Drittel geschrumpft. Zwischen beiden findet so etwas wie eine aufgeklärte Mitte. Aus diesen beiden Dritteln differenzieren sich anhalten immer noch neue, moderne Milieufraktionen heraus. Im Folgenden werden die dem zugrunde liegenden „horizontalen“ Dynamiken näher dargestellt.

Die seit den 1970er Jahren beobachteten neuen Differenzierungen der ökonomischen Gliederung und der Lebensstile werden aus oberflächlicher Sicht als Anzeichen einer neuen, unübersichtlichen Vielfalt oder einer Auflösung der Gesellschaft durch „Individualisierung“ gedeutet. Dabei handelt es sich aber nur um eine Hypothese, die um ihrer Eingängigkeit willen geglaubt wird. Empirische Untersuchungen sind von der Seite der Individualisierungstheoretiker nicht durchgeführt worden. Nach unseren eigenen breit angelegten und repräsentativen Untersuchungen aber ist das, was als Auflösung vertikaler Klassenstufungen erscheint, nur deren „horizontale“ Differenzierung. Innerhalb jeder vertikalen Klassenstufe entstehen nach und nach neue, ‚modernere‘ Auffächerungen in Teilgruppen, die jünger, besser beruflich spezialisiert und ausgebildet sind und mehr Selbst- und Mitbestimmung brauchen. Es handelt sich um zwei parallele Prozesse:

- a. den *Strukturwandel der Arbeit* durch steigende Lebensstandards und die Zunahme der qualifizierten Facharbeit, der technischen Intelligenz und der Angestellten;
- b. den *Strukturwandel der Alltagskultur* durch Herausbildung selbstbestimmter neuer Lebensstile, Subkulturen und Mentalitäten vor allem in den jüngeren Generationen.

(1) Der Strukturwandel der Arbeit lässt sich aus der Gesamtdynamik der Arbeitsteilung erklären. Die Entwicklung der menschlichen und technischen Produktivkräfte ist in der neuen technologischen Revolution noch einmal ungeahnt gesteigert worden. Die deregulierte internationale Exportkonkurrenz hat diesen Prozess allerdings auf widersprüchliche Weise vorangetrieben. Zum einen senkten neoliberale Politiken die Stückkosten durch Dämpfung der Arbeitseinkommen und deren (für die Finanzierung sozialer Ausgaben wichtigen) Nebenkosten so, dass seit den 1980er Jahren die Einkommen in der sozialen Mitte stagnierten und später unsicherer wurden und dass im untersten Fünftel der Gesellschaft zunehmend unterprivilegierte Einkommens- und Soziallagen entstanden. Zum anderen nahm die horizontale Differenzierung der Erwerbsstruktur durch produktivere, bessere Fachqualifikationen und Technologien zu. Beide Entwicklungen erzeugten nicht nur eine enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums, sondern verstärkten auch drei große Verschiebungen in der Berufsstruktur.

(1a) *Zunahme des Bildungskapitals*, der höheren Berufsqualifikationen und Bildungsabschlüsse – Stichwort „Kompetenzrevolution“. Allein von 1990 bis 2007 stieg in der BRD der Anteil der Hochschul- und Fachschulabsolventen an den Erwerbstätigen von 37% auf 47%. Der Anteil der Facharbeiter und Fachangestellten sank von 38% auf 31%. Der Anteil der gering qualifizierten Erwerbstätigen blieb hoch, sank aber doch von 27% auf 22%. Viele gering Qualifizierte wurden in die Dauerarbeitslosigkeit (mindestens die Hälfte der gut 9% Arbeitslosen) abgedrängt (Vester 2010). – Innerhalb des Erwerbssystems beobachtete die Forschung im Zuge des schon länger anhaltenden „*re-skilling*“ bis in die industrielle Fertigung hinein eine Wiederbelebung der Facharbeit und ihres Berufsethos (u.a. Blauner 1964, Mallet 1972, Piore/Sabel 1985, Kern/Schumann 1984, Grusky/Sörensen 2001, Vester/Teiwes-Kügler/Lange-Vester 2007).

(1b) *Expansion der Dienstleistungsberufe* auf Kosten der Industrieberufe – Stichwort „Tertiärisierung“. Durch steigende Effizienz sank von 1990 bis 2007 die Beschäftigung in den technisch-industriellen Berufen von 43%

auf 32%. Die Beschäftigung in den Verwaltungsdienstleistungen (einschließlich der Finanz-, Rechts-, Vermarktungs- und Büroberufe) stieg von 25% auf 28%. Die Humandienstleistungen (einschließlich der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Ordnungsberufe) stiegen von 24% auf 28% (Vester 2010).

(1c) *Wachstum der Erwerbstätigkeit von Frauen* – Stichwort „Feminisierung“. Die wachsenden Berufsgruppen der Höherqualifizierten und der Dienstleistenden waren auch die Gruppen, in denen der Frauenanteil eher hoch war. Von 1970 bis 2001 ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 36% auf 44% gestiegen (Rudizio 2003: 439).

(2) Der Strukturwandel der Alltagskultur war ein paralleler, durch den Strukturwandel der Arbeit mitbedingter aber doch relativ autonomer Prozess der Veränderung der Werte, der Lebensstile und des Habitus. Hier nahm die Untertanenhaltung gegenüber Autoritäten ab und die Bereitschaft zu Selbst- und Mitbestimmung und zur Reflexion zu. Das Gefüge der Klassenmilieus, ihrer Alltagskultur und -praxis veränderte sich insbesondere über drei Dynamiken:

(2a) *„Partizipatorische Revolution“*. Bereits seit den fünfziger Jahren wurde mit der gewerkschaftlich erkämpften Teilhabe und den höheren Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft der alte Macht-Ohnmacht-Gegensatz zurückgedrängt. Durch die jungen sozialen Bewegungen der 1960er Jahre erhielt diese Dynamik einen neuen Schub. Soziologen sprachen von einer regelrechten *„partizipatorischen“* oder *„Teilnahmerevolution“* (Kaase 1984). Mit den neuen Technologien und intelligenten Arbeitsqualifikationen sind seit den sechziger Jahren die Bildungsstandards in immer mehr Bereichen erheblich angestiegen. Das macht immer mehr Beschäftigte fähig, ohne Anweisungen von oben eigenverantwortlich zu handeln. Machthierarchien verlieren ihre sachliche Legitimation (Sünker 1999: 338-345; Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001).

(2b) *„Bildungsexpansion“*. Dank des steigenden ökonomischen Bedarfs an höheren Qualifikationen hat auch die Bildungsbeteiligung der Kinder von Landwirten, Arbeitern und einfachen Angestellten, den früheren „bildungsfernen Schichten“ seit 1950 erheblich, wenn auch gebremst zugenommen; von ihnen gelangte etwa die Hälfte über die Hauptschule hinaus, und zwar ein Drittel auf die Realschule und ein Sechstel auf das Gymnasium und ein kleinerer Prozentsatz in ein Hochschulstudium (Vester 2006a). Die Hauptschule, auf die früher vier Fünftel der Kinder gingen, wurde mit nur einem Fünftel der Kinder zur Restschule (Geißler 2008: 275).

(2c) *„Emanzipation der Lebensstile“*. Die steigenden Wohlstandsstandards und Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichten Bewegungen der Emanzipation der Lebensstile. Besonders in der Lebenswelt sind Selbstverwirklichung und eigene Gestaltung der Lebensentwürfe wichtiger geworden. An die Stelle von Konformität und Unterordnung ist oft, wenn auch durch das neoliberale *roll-back* wieder zurückgedrängt, ein stärkeres Aushandeln und mehr Respekt vor den Einzelnen getreten.

Diese Entwicklung der Produktivkräfte und der Alltagskultur geriet seit den 1970er Jahren immer mehr in Widerspruch zur neoliberalen Ummodellierung der Institutionen. Die zunehmend ungleiche Verteilung des wachsenden Reichtums wird nicht nur als materielles Problem, sondern auch als sozialmoralisches Gerechtigkeitsproblem erfahren. Wie in den 1950er/60er Jahren werden von den Menschen erhebliche Umstellungen auf neue Ausbildungen, Berufe und Lebensweisen verlangt. Doch deren Risiken werden, anders als damals, nicht mehr wohlfahrtsstaatlich flankiert. Im Interesse des *shareholder value* und mit Hinweis auf die steigende Arbeitslosigkeit wurden Unternehmen und Staat dazu genötigt, nach und nach Politiken der Senkung bzw. Bremsung der Lohn- und Sozialkosten und eines straffen disziplinierenden Leistungsdrucks zu entwickeln.

Die neoliberale Restauration: Unsicherheit und Entmündigung

Die neoliberale Wiederherstellung sozialer Unsicherheiten und autoritärer Bevormundungen ist politisch von oben erfolgt. Sie hat sich nicht als eine Art „objektiver Tendenz des Kapitalismus“, sondern als Mobilisierung bestimmter bürgerlicher Milieufaktionen durchgesetzt, die sich von Beginn an politisch gegen die Bewegungen der sechziger Jahre, die für mehr soziale Gleichstellungen und mehr Partizipation eintraten, richtete. Seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Ordnungen um 1990 hat die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen „Entwicklungspfaden“ innerhalb des Kapitalismus, die auf verschiedenen Klassenkompromissen beruhten, sich stärker zugespitzt. Seit dem Platzen der letzten Spekulationsblase im Jahre 2008 begannen die Kräfte wieder zu erstarren, die die internationale Hegemonie des neoliberalen Pfads in Frage stellen.

Gösta Esping-Andersen (1993, 1998) unterscheidet mindestens drei *„Entwicklungspfade“ des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus*. Nach seiner *„institutionellen Schichtungstheorie“* (1993: 2) hängen die Klassenverhältnisse nicht nur von den „nackten“ ökonomischen Marktinteressen ab, sondern auch von den historischen Kämpfen und Kompromissen der großen gesellschaftlichen Gruppen. Diese his-

torischen „Pfade“ sind auf vier Handlungsebenen institutionell verfestigt: [a] in den Institutionen des Staates, [b] im tarifpolitischen Konflikt- und Aushandlungssystem, [c] im Modell der Familie und der geschlechtlichen Arbeitsteilung und [d] in den Teilhabe- und Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger (vgl. Marshall 1989 [1950]). Der liberalistische, die sozialdemokratische und der konservative Pfad unterscheiden sich danach, ob ihre Politiken eine polarisierte, eine in der Mitte integrierte oder eine hierarchisch gestufte Gesellschaftsordnung begünstigen.

(1) Der *sozialdemokratische Pfad*, der aus den vergleichsweise egalitären Traditionen Skandinaviens entstanden ist, erstrebt insbesondere die Anhebung der unteren Schichten auf die individuellen Lebenschancen der modernen Mittelschichten und die Gleichstellung der Frauen. Es bietet eine steuerfinanzierte staatliche Vorsorge und, als Alternative zu Prekarität oder Erwerbslosigkeit, mehr Arbeitsplätze, auch für Frauen, insbesondere auf den mittleren Rangstufen der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienstleistungen.

(2) Der *konservative Pfad* geht auf die korporativen Traditionen des kontinentalen Westeuropas zurück, die sich vom Laissez-faire-Kapitalismus abgrenzen. In Deutschland wurden die Grundzüge des Modells vor allem im Klassenkompromiss des Bismarckschen 'Sozialversicherungsstaates' institutionalisiert. Er beruht auf einem Arrangement zwischen ständischen Interessen (Besitzstands- und Statussicherung), marktwirtschaftlichen Interessen (Leistungsdifferenzierung) und sozialintegrativen Interessen (sozialer Ausgleich). Die soziale Ungleichheit wird abgefedert durch die Sicherung des bisherigen Platzes (der Gesellschafts-, Geschlechts- und Altersklassen) in einer Hierarchie gestufter Rechte und Pflichten. Die Weiterentwicklung des Modells in den 1950er Jahren förderte wirtschaftspolitisch die Sicherung einer großen Mitte von Arbeitnehmern und Kleineigentümern, familienpolitisch das patriarchalische Alleinverdienermodell und sozialpolitisch die Vorsorge nicht durch Privatversicherungen oder Steuermittel, sondern nach dem Sozialversicherungsprinzip, d.h. auf Gegenseitigkeit mit einer Komponente des sozialen Ausgleichs. Entgegen wirtschaftsliberalen Vorhaltungen handelt es sich also nicht um ein protektionistisches Modell.

Dass im deutschen Wohlfahrtsstaat die Sicherung einer großen arbeitnehmerischen Mitte erfolgreich wurde, ist nicht zuletzt durch das „industrielle Produktionsmodell“ ermöglicht worden, das die internationale Vorrangstellung der deutschen Exportwirtschaft begründet hat. Sie beruhte auf einer hochwertigen Produktionsleistung, allerdings mit Fachkräften, deren hohe Arbeitsleistung vor allem auf der mittleren Ebene der Berufs- und Allgemeinbildung eingestuft und

bezahlt wurde. Bis in die 1990er Jahre konnte dieser begrenzte Aufstieg vielen durch gute und sichere Arbeitsplätze schmackhaft gemacht werden.

(3) Der *liberale Pfad* der angelsächsischen Länder knüpft an die radikale liberale Laissez-faire Politik an, die die starken sozialen Polarisierungen und Konfrontationen während der industriellen Revolution herbeigeführt hatte. Deren neoliberale Neuauflage verstärkte, durch Deregulierung und staatliche Sparpolitik, vertikale Polarisierungen. Im Interesse der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten setzt sie auf individuelle Konkurrenz um sozialen Aufstieg und Abstieg. Dessen Risiken sollen nicht von der Gesellschaft, sondern durch private Selbstvorsorge abgesichert werden. Diejenigen, die nicht mithalten können, werden auf staatliche Minimalsicherungen bzw. Beschäftigungen im expandierenden Niedriglohnsektor verwiesen.

Die *internationale Hegemonie* der Institutionen des *wirtschaftsliberalen Pfades* ist aus einer Kette *politischer Mobilisierungen bestimmter Fraktionen der oberen bürgerlichen Milieus* entstanden. Aber auf welchem Wege wurden sie dann zur Leitlinie der Politik? – Hier müssen wir aus der Geschichte lernen, damit wir die verschiedenen Varianten dieses Weges unterscheiden können. Was das heißt, lässt sich am Datum des 11. September verdeutlichen, des anderen 11. September im Jahre 1973 in Chile, an dem die von Salvador Allende geführte Volksregierung durch den von Augusto Pinochet geführten Militärputsch gestürzt wurde. Die blutige Unterdrückung aller politischen und sozialen Opposition war dann der Auftakt dazu, einen direkt von der Chicagoer Ökonomschule Milton Friedmans gelieferten Masterplan diktatorisch durchzusetzen. Auch in Deutschland haben damals bestimmte Fraktionen der Linken eine Refaschisierung befürchtet und das Bild eines fast totalitären kapitalistischen Zwangssystems entworfen, indem es keine aussichtsreichen Gegenmächte und demokratische Korrekturen geben konnte.

Die Entwicklung kam dann, nicht zuletzt durch den Druck der anschwellenden Neuen Sozialen Bewegungen, ganz anders. Nicht durch einen manifesten repressiven und manipulativen Zwangsapparat, sondern über die unsichtbare Hand internationaler Marktmechanismen kam es im nationalen und internationalen Maßstab zum Umbau der Institutionen, auf tendenziell allen vier Handlungsebenen nach Esping-Andersen. Die Resultate der neoliberalen Mobilisierung haben sich *institutionell verfestigt und verselbständigt*, so dass schließlich von unausweichlichen „Sachzwängen“ der „Globalisierung“ gesprochen wurde.

In der BRD ist die Rückwendung zu wirtschaftsliberalen Politiken schon zur Zeit der Kanzlerschaft Willy Brandts (1969-1974) als „*Gegenreformkampagne*“ (Vester 1972) entstanden. Die gemeinsame Opposition gegen die autoritären Institutionen der Ära Adenauer hatte verschiedene Arbeitnehmer-, Bildungs- und Protestmilieus zusammengeführt und Willy Brandt 1969 mit einem liberalen Koalitionspartner

an die Macht gebracht. Er versuchte, den konservativen Wohlfahrtsstaat durch den Kompromiss zwischen Arbeitnehmerinteressen, neuen sozialen Bewegungen und reformbereiten Bildungsschichten zu erweitern und dies auch durch die Normalisierung der Beziehungen mit dem Osten außenpolitisch abzusichern. In der Regierungserklärung nach dem großen Wahlsieg von 1972 verkündete Brandt diese Erweiterung als „*Arbeitnehmergesellschaft*“, die die Macht des „großen Geldes“ zurückdränge, im Sinne des skandinavisch-sozialdemokratischen Modells des Wohlfahrtsstaates.

Brandts Regierung nahm damit auch verschiedene Impulse der Protestbewegungen auf, die seit der Präsidentschaft von John F. Kennedy in den USA (1961-1963) international immer gewichtiger geworden waren. Die jungen Protestbewegungen, für deren Erfolge und Rückschläge symbolisch die Ereignisse des Jahres 1968 in Paris und Prag standen, verfestigten sich seit Ende der 1960er Jahre als miteinander vergemeinschaftete Milieus und zugleich als ein neues politisches Lager, das neben die herkömmlichen politischen Lager trat. Dieses neue Lager drängte auf Erweiterung der demokratischen Entscheidungsbefugnisse, eine im Alltag beginnende „postmaterielle“ oder „partizipatorische“ Demokratie.

Der „antiautoritäre“ Impetus dieser neu entstehenden Bewegungen und Milieus war nicht allein moralisch, sondern auch in den beschriebenen und damals schon spürbaren sozialen und beruflichen Strukturverschiebungen begründet. Hier standen sich die traditionellen und die wachsenden modernen Berufsgruppen gegenüber. Walter Müller (1998b) hat in einer großen Längsschnittanalyse des Wahlverhaltens der oberen Berufsgruppen nachgewiesen, dass die traditionellen „Klassenfraktionen“ der „administrativen Dienstklasse“, denen es um die Einordnung in vorgegebene Autoritätshierarchien geht, mehr zum schwarzgelben Parteienspektrum neigen, während die wachsenden moderneren Berufsgruppen der technischen Experten und Humandienstleistungen, die an mehr Autonomie auch am Arbeitsplatz interessiert sind, mehr zum rot-grünen Parteienspektrum tendieren.

Diesen Interessengegensätzen entsprechend entzündeten sich die Konflikte bereits um 1970 besonders an zwei Feldern der staatlichen Politik: an der Finanzpolitik und an der Bildungspolitik. Deren Ausweitung unter der Regierung Brandt tangierte die Vorrechte von zwei „Fraktionen“ der oberen Milieus.

- Die *konservative Fraktion des Bildungsbürgertums* sah die alte ständisch hierarchische Ordnung vor allem durch Bildungsreformen (Gesamtschulen, Mitbestimmung an den Hochschulen usw.) gefährdet und mobilisierte ihre Bevölkerungsbasis in anhaltenden breiten Meinungskampagnen dagegen.
- Angehörige der *wirtschaftsliberalen Fraktion* der vermögenden und gut verdienenden Oberschicht sahen durch die steigende Arbeitseinkommen und

Wohlfahrtsausgaben – insbesondere den Ausbau des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens und der kommunalen Infrastrukturen – die ökonomischen Verteilungsrelationen gefährdet und mobilisierten ihre Bevölkerungsbasis dagegen mit anhaltenden Kampagnen zur Senkung der Steuern und der „Lohnnebenkosten“.

Beide Fraktionen gewannen in der Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt an Boden. Die wirtschaftsliberale Fraktion mobilisierte erfolgreich Kräfte, um 1982 Schmidt zu stürzen und 1983 eine schwarzgelbe Mehrheit in den Bundestag zu wählen. Die Mobilisierung erlangte auch internationale Dimensionen. Sie führte 1979 in England zur Ablösung Callaghans durch Thatcher und 1980 zur Ablösung Carters durch Reagan. Besonders diese beiden neuen Regierungen beschleunigten entscheidend die wirtschaftsliberale Deregulierung der Weltwirtschaft im Interesse des spekulativen Finanzmarktkapitals. Dadurch wurde der politische Druck in „objektive Sachzwänge“ verwandelt, die nun auch die Länder des konservativen und des sozialdemokratischen Pfadmodells zunehmend zum neoliberalen Umbau ihrer Haushaltspolitiken und gesellschaftspolitischen Institutionen nötigten.

Die neue soziale Schere: Privilegierung und Unterprivilegierung

Der unter Kohl begonnene und unter Schröder durchgeführte neoliberale Pfadwechsel, der den Sozialstaat als verwöhnende Hängematte darstellte und die sozialen Ungleichheiten als Anreiz für Leistungssteigerungen wieder herstellen wollte, hat die gewohnten Lebensweisen und Gerechtigkeitsvorstellungen der Milieus in drei Dimensionen herausgefordert (Vester 2006b: 259). Die Politik des „*Sparens*“ förderte soziale Schieflogen, die die gewohnten materiellen Lebensstandards zunehmend in Frage stellten. Die Politiken der *Flexibilisierung* und Verunsicherung griffen in die Qualität der Lebensweise sowie in die Umgangs- und Organisationsformen des alltäglichen Arbeitens und Lebens ein und schränkten die Gestaltungsfreiheiten der Menschen ein. Davon wurden zunehmend auch Menschen in den gesicherten Lagen der Mitte, in der Zone der „Integration“ (Castel 2000 [1995]), betroffen. Schließlich wurde das Prinzip einer fairen Verteilung der Vorteile und Lasten durch zunehmende *Asymmetrien* zwischen privilegierten und minder privilegierten sozialen Gruppen in Frage gestellt.

Alle diese Zumutungen widersprechen den gewohnten Erwartungen der sozialen Gerechtigkeit und der jeweils milieugemäßen Lebensweise. Die Folge ist

die seit langem aufgestaute politische Verdrossenheit, die sich besonders an die Adresse der Volksparteien richtet. Die neuen sozialen und moralischen Schief lagen bringen das bisherige Verhältnis zwischen den oberen, mittleren und unteren Milieus ins Rutschen. Eine gesteigerte Privilegierung eines kleinen Teils der oberen Schichten, Zunahme der sozialen Unsicherheit („Prekarität“) in der früher stabil gesicherten Arbeitnehmermitte und Zunahme der Ausschließung („Exklusion“) vom Wohlstand nicht nur in den unterprivilegierten, sondern auch in den geringer qualifizierten Arbeitnehmergruppen der Mitte (Hübinger 1996, Castel 2000 [1995]). Dies wird exemplarisch verdeutlicht

- von der Prekarisierung der Einkommensverteilung und
- von der Bremsung der Bildungschancen.

(1) In der *Einkommensverteilung* hatte sich, nach repräsentativen Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), schon 2005 eine Teilung in drei soziale Großlagen herausgebildet (Groh-Samberg 2007: 179):

- 28% waren von den allgemeinen Standards des Wohlstands und der sozialen Sicherheit ausgeschlossen. Unter diesen lebten 9,5 % temporär oder in Teilbereichen der Lebensführung in Armut (mit ca. 68% des mittleren Einkommens), 10,1% direkt an oder unter der Armutsgrenze (60% d. m. Eink.) und 8,4% in verfestigter Armut (43,1% d. m. Eink.). In diese Armutsschichten, die nach 1990 stetig gewachsen sind, abzusinken, ist durchaus ein Klassenrisiko. Es trifft vor allem der gering qualifizierten Arbeiter und Angestellten und unter diesen besonders Migranten, Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern.
- 26,1% lebten in instabilem Wohlstand (89,0% des mittleren Einkommens). Die Gruppe hat kontinuierlich und etwa in dem Maße abgenommen, wie die verfestigte Armut zunahm.
- Nur noch 45,9% lebten in eher dauerhaft gesichertem Wohlstand, mit 131,8% des mittleren Einkommens.

Die Arbeitnehmer der Mitte sind weniger vom Abstieg in die Armut als von relativem Abstieg in weniger sichere („prekäre“) Lagen der Knappheit bedroht, darunter auch Menschen mit guter Fachausbildung, die in die (nach den Angaben des Sachverständigenrats von 2008) auf 38% der Beschäftigten gewachsenen Sektoren „atypischer Arbeitsverhältnisse“, also Niedriglohn, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit usw., abgedrängt sind. Inzwischen diagnostiziert das DIW auch eine „schrumpfende Mittelschicht“: „Die Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen [...] ging von 62% im Jahr 2000 auf 54% im Jahr 2006 zurück.

Entsprechend gestiegen ist der Bevölkerungsanteil an den Rändern der Einkommensverteilung, wobei [...] die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war“ (Grabka/Frick 2008, S. 101).

(2) *Bremung der Bildungschancen*. Das segregierende Schulsystem konserviert eine ständische Chancenordnung, die die Kinder nach ihrer Herkunft in das dreistufige System der Schulen und der fachlichen Berufswege „einsortiert“ (Müller 1998a, Vester 2006a). Die Herkunftsfamilie bedingt bereits bei der Formierung des individuellen Habitus Bildungsvorsprünge, die vom Bildungssystem kaum ausgeglichen werden. In den *gering qualifizierten* Arbeitnehmermilieus verfestigt sich die „Bildungsarmut“ (Allmendinger). Von den einstigen „bildungsfernen“ Volksmilieus ist immer noch die eine Hälfte „bildungsfern“ und schließt allenfalls die Hauptschule ab. 22% bis 23% der Jugendlichen beherrschen die Schlüsselkompetenz des Lesens nicht richtig und bleiben damit auf ungelernete Berufe oder Erwerbslosigkeit festgelegt (PISA-Konsortium Deutschland 2004: 105). Schon ihrer Zahl nach reicht diese Gruppe der Bildungsarmen erheblich in die Arbeitnehmermitte hinein. Die *fachqualifizierten* Arbeitnehmermilieus, die andere Hälfte der einstigen „Bildungsfernen“, sind „ausgebremst“ (Klemm) bzw. weitgehend auf die mittlere Qualifikationsebene „umgelenkt“ (Müller) worden. Obwohl ausgesprochen bildungsaktiv, haben sie nur zu einem Drittel das Gymnasium erreicht; die Mehrheit wird auf die Realschule gelenkt (Vester 2006a).

Diese Ungleichheit der Chancen, aber auch die neoliberalen Verhaltenszumutungen in ihrer Gesamtheit kollidieren zunehmend mit den gewohnten Lebensweisen, Strategien und Gerechtigkeitsersparungen der Milieus und erst recht mit der Weiterentwicklung dieser Ansprüche, wie sie im ersten und zweiten Abschnitt beschrieben sind. Die Ansprüche laufen darauf hinaus, das Gefälle ungleicher sozialer Chancen abzubauen. Die von oben kommenden Zumutungen dagegen zielen darauf, die sozialen Abgrenzungslinien in der umgekehrten Richtung zu verschieben. Den Angehörigen der respektablen Mitte werden Unsicherheiten und Abhängigkeiten zugemutet, die den Abstieg in die unterprivilegierten Milieus symbolisieren. Angehörige der höheren Dienstleistungsmilieus sehen sich konfrontiert mit einem widersinnigen Abbau des Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Sozialwesens und der kommunalen Infrastrukturen, in denen ein großer Teil von ihnen beschäftigt ist.

Nicht nur die materiellen und moralischen Schief lagen, sondern auch die Wiederherstellung kleinlicher autoritärer Strukturen treffen mehrheitlich nicht mehr auf gering qualifizierte, sondern auf gut gebildete, autonomiefähige Bürgerinnen und Bürger. Sie erfahren in ihrem Arbeits- und Lebensalltag, dass es die neuen Dynamiken zu mehr Kompetenz und Partizipation gibt, dass diese aber durch die

neuen Privilegienstrukturen gebremst oder sogar abgebaut werden. Die international vergleichende Erwerbsstatistik bestätigt dies: Die Zahl der Erwerbstätigen im Hochqualifikations- und im Tertiärbereich und die Einkommen der Frauen liegen deutlich unter dem internationalen Durchschnitt (vgl. Vester 2010).

In der Mitte, die ihre Anliegen aktiver vertreten kann, rührte sich nach und nach eine aktivere Gegenwehr von Gewerkschaften und von Bürgerbewegungen, wachsende Bewegungen zur Ersetzung des dreigliedrigen Schulsystems durch Gesamtschulen und auch Protestbewegungen gegen haushaltspolitische Asymmetrien, das Sparen bei Sozialausgaben und die Verschwendung von Steuergeldern für große Banken, Energiekonzerne und Verkehrsprojekte. Die politische Verdrossenheit richtet sich nicht einfach auf materielle Verteilungsfragen, sondern auf die moralisch-symbolische Ebene der „Arroganz der Macht“, die in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch das Stichwort „Basta-Politik“ symbolisiert wird. Seit dem Kampf um „Stuttgart 21“ im Jahre 2010 haben diese Bewegungen eine neue Qualität, die neuer umfassender Demokratiebewegungen, erreicht. Das Gleiche gilt für die machtvollen neuen Protestbewegungen gegen die privilegierten politischen Oligarchien, die wenig später in den arabischen Ländern, in den südeuropäischen Ländern, in Israel und in verschiedenen Schwellenländern entstanden sind.

Perspektiven der Krise und des Pfadwechsels

In den alternativen Konzepten der gesellschaftspolitischen „Pfade“ sind die Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik eng miteinander verkoppelt. Ein Ausbau der sozialstaatlichen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur, Infrastrukturen) kostet den Staat und die Steuerzahler nach keynesianischer Ansicht nicht nur Geld. Er hat, in der Sprache der Ökonomie, auch einen positiven „Multiplikatoreffekt“: Er schafft Arbeitsplätze, deren Inhaber Steuern zahlen und Konsumgüter nachfragen, die dann wieder Arbeitsplätze sichern usw. Er senkt die Arbeitslosigkeit und erhöht die Inlandsnachfrage nachhaltig und erheblich. Damit bietet er auch eine Lösung für das große wirtschaftspolitische Problem der hoch entwickelten kapitalistischen Länder, die langfristige Abschwächung und Stagnation des Wirtschaftswachstums.

Im Gegensatz dazu hat das neoliberale Versprechen, durch das freie Spiel der Marktkräfte die Entwicklung der Produktivkräfte freizusetzen, sich nicht erfüllt. Das von den Stagnationstendenzen ausgelöste Wettrennen um die „Exportweltmeisterschaft“ hat die Problemlagen nach und nach verschärft. Je mehr durch exportfördernden Kostensenkungen unsere Inlandsnachfrage gedämpft wurde, desto mehr wurde unsere Gesamtnachfrage vom Export abhängig. Zugleich ver-

stärkten sich innerhalb wie zwischen den Volkswirtschaften die Ungleichgewichte. Innerwirtschaftlich stiegen durch enorme gewinnfördernde Steuer- und Kostensenkungen nicht nur die sozialen, sondern auch die ökonomischen Kosten der gesteigerten Exportorientierung. Im internationalen Maßstab nahmen die Disparitäten zwischen Ländern, die zu viel und die zu wenig exportierten, anhaltend zu.

Ende 2008 erreichte diese Entwicklung einen Kulminations- und ersten Wendepunkt. Die Spekulationsblase des Finanzmarktkapitals, die die Stagnationstendenzen überspielen sollte, wurde so aufgebläht, dass sie zum dritten internationalen Börsenzusammenbruch seit den 1970er Jahren führte. Die Krise wird langfristig nicht mehr auf die gleiche Weise durch den deutschen Hyperexport bewältigt werden können wie ihre beiden Vorgänger. Die Exportabhängigkeit der BRD zeigt zunehmend ihr Janusgesicht: Die BRD profitiert überdurchschnittlich von Aufschwüngen der Weltwirtschaft, und sie ist ebenso überdurchschnittlich von Abschwüngen betroffen.

So war die Bundesrepublik besonders betroffen, als in der Finanzkrise von 2008/09 die Nachfrage nach Industriegütern aus den USA und den anderen verschuldeten Volkswirtschaften einbrach. Sie überbrückte dieses Problem 2009 durch eine starke Nachfrigestimulierung auf dem Binnenmarkt, insbesondere durch Stützung der Kurzarbeit und der Autokäufe. Der Rückgang des Exports in die Schuldnerländer wurde ab Mitte 2009 durch den sich rasch erholenden Export des Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau in die großen neuen Industrieländer in Asien und Lateinamerika kompensiert.

Der Zwischenaufschwung der Weltwirtschaft hielt aber nur bis zum Sommer 2011 an. Von ihm profitierten vor allem Länder mit hoher Exportbilanz wie die Bundesrepublik. Besonders in den Schuldnerländern hielt die Stagnation der Realwirtschaft, d.h. des Wachstums, der Investitionen und der Massenarbeitslosigkeit, an. Die wachsenden Disparitäten zwischen den Ländern der Europäischen Union führten schließlich zur Eurokrise und weltweit zur Gefahr einer neuen Rezession. Ende August 2011 signalisierte der liberale „Economist“ (27.8.-2.9.2011, S. 10) die Notwendigkeit eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels. Unter dem Titel „How to avoid a double dip“ las er der Politik die Leviten:

„Im Jahre 2008 wurde die Weltwirtschaft durch einen mutigen und koordinierten Plan, die Banken zu stützen und dem Abschwung mit einem fiskalischen und monetären Stimulus zu begegnen, gerettet. Heute fehlt ein solcher Mut (die Krise der Euro-Zone steht für Politiker, die zu wenig zu spät tun). Es gibt keine Koordination. Und soweit die Maßnahmen ein gemeinsames Thema haben, ist es das falsche: Politiker überall in den reichen Ländern haben eine zu kurze Sicht finanzieller Austerität – eine Runde von Haushaltskürzungen, die das Risiko einer neuen Rezession nur erhöhen wird. Dieser Weg muss aber nicht gegangen

werden. Im Geist von 2008 könnten die *policy makers* eine koordinierte Strategie einschlagen, um dem Wachstum Auftrieb zu geben. [...] Eine solche Agenda des Wachstums würde die Aussichten der reichen Länder nicht völlig verändern. Die Erholung wäre dann immer noch unsicher und langsam. Aber sie hätte eine weit bessere Chance, sowohl eine Rezession als auch eine Stagnation zu verhindern als das heutige *policy mix*. Es ist höchste Zeit, den Kurs zu wechseln“ (ebd.).

Die Eurokrise beruht, wie Helmut Schmidt zur gleichen Zeit hervorhob, auf den gigantischen Überschüssen der deutschen Leistungsbilanz. Das sei „vielen anderen europäischen Regierungen und auch der öffentlichen Meinung in diesen Ländern zu Recht ein Dorn im Auge.“ Abhilfe verschaffen könne nur eine Belebung der Binnennachfrage in Deutschland (Frankfurter Rundschau, 26.8.2011, S. 11). Der keynesianische Nobelpreisträger Joseph Stiglitz verlangte vor Angehörigen der Protestbewegungen in Madrid eine wirtschaftspolitische Kehrtwende und eine entschiedene Stärkung der Inlandsnachfrage durch höhere Einkommen sowie Investitionen in Bildung, Spitzentechnologien, Dienstleistungen und Infrastrukturen (El País, 26.7.2011, S. 1 u. 14). – Das heißt, dass nicht nur die finanzpolitischen Regulierungen, sondern auch die Arbeitsteilungen innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften und zwischen ihnen neu justiert und ausbalanciert werden müssen.

Es muss aber wohl erst ein Schock vom Kaliber der Finanzkrise von 2008 oder der Fukushima-Katastrophe von 2011 kommen, um einen solchen Kurswechsel zu motivieren. Die Durchsetzung einer nachfragedämpfenden Austeritätspolitik in den Euro-Ländern verstärkt aber bereits die Spannungen, die zu neuen Schocks führen können.

Noch hat die heilige Kuh der Tabuierung von progressiver Besteuerung und staatlicher Kreditaufnahme nicht ausgedient. Aus den neoliberalen Jahren hat sich in den Köpfen vieler die Vorstellung festgesetzt, wir lebten wieder in der alten Mangelgesellschaft, in der die Arbeitsproduktivität, der gesellschaftliche Reichtum und die staatlichen Haushaltsmittel sehr gering sind und die knappen Kassen durch die wachsende Zahl der Alten, der Jungen und in der Ausbildung Befindlichen der ausländischen Zuwanderer usw. usf. extrem überfordert würden. Daher würden sich Staat und Gesellschaft zu Lasten der kommenden Generationen unverantwortlich verschulden. Also komme es darauf an, diese vermeintliche Vergeudung von Ressourcen durch „Sparen“ herunterzufahren: Ein Schuljahr weniger zum Abitur, größere Schulklassen, Lehrmittel selber kaufen, Studiengebühren, mehr Eigenleistung im Krankheitsfall, private Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, Kürzung des Rentenalters um zwei Jahre, Herunterfahren von Stadtteilbüchereien, Schwimmbädern usw. usf.

Ist das wirklich alles nicht bezahlbar? Da helfen Kenntnisse der Zins- und Zinseszinsrechnung, wie es der keynesianische Ökonom Karl Georg Zinn rät. Selbst bei dem jetzigen mäßigen Wirtschaftswachstum von etwa zwei Prozent verdoppelt sich das Bruttosozialprodukt alle 20 bis 25 Jahre. Bei einem hohen absoluten Umfang des BSP sind dies, pro Kopf und absolut gesehen, weit mehr als zehn Prozent des BSP in einem Land, das sich gerade von Armut und Mangel zu befreien beginnt. Wenn bei diesem Reichtum die progressive Besteuerung, wie sie andere hoch entwickelte Länder noch haben, wieder ernst genommen würde, könnten ohne weiteres alle Wohlfahrtsleistungen, die heute angeblich zu teuer sind, bezahlt werden – und die ökologische Wirtschaftsumstellung dazu.

Die neoliberale Politik wird von weniger als zehn Prozent der Bevölkerung gutgeheißen. Mehr als 80 Prozent unterstützen eine Rückkehr zu einem Wohlfahrtsstaat in konservativer oder sozialdemokratischer Prägung. Das Problem liegt eher darin, ob die in den Volksparteien maßgeblichen Machtgruppen in ihrer Mehrheit ebenfalls wohlfahrtsstaatlich oder aber neoliberal tendieren. Wie die Wahlergebnisse zeigen, gehören die wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen der Bevölkerung zu den dauerhaften Verhaltensdispositionen. Doch die neoliberalen Fraktionierungen, die in den Volksparteien nach 1990 die Vorherrschaft gewonnen haben, sind immer noch stark. Die neoliberale Weichenstellung hat seit etwa 1991 bei einer Mehrheit der Bevölkerung, wie Umfragen bestätigen, zur „politischen Verdrossenheit“ von mehr oder minder 60% geführt. Erhebliche Wählerpotentiale sind von den Volksparteien zu den kleinen Parteien bzw. der Gruppe der Nichtwähler abgewandert. Dies hat zu einer „Krise der politischen Repräsentation“ beigetragen (Vester u.a. 2001: 116-118). Der Druck wird zunehmend auch außerparlamentarisch, hat aber noch keinen Kurswechsel hervorgebracht.

Der Druck zu einem neuen Pfadwechsel, der aus dem internationalen Kräftefeld kommt, hält jedoch an. Mit den Disparitäten der Volkswirtschaften wächst die Gefahr neuer Schocks, ohne die offenbar die besten Argumente zum Umsteuern wirkungslos bleiben.

Literatur

- Blauner, Robert 1964: *Alienation and Freedom – The Factory Worker and His Industry*, Chicago/London
- Bourdieu, Pierre 1982 [1979]: *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Castel, Robert 2000 [1995]: *Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: UVK
- Engels, Friedrich 1963 [1892]: Vorwort zur englischen Neuauflage „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 22, S. 265-278

- Esping-Andersen (Hg.) 1993: *Changing Classes*, London: Sage
- Esping-Andersen, Gösta 1998: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan Lessenich/Ilona Ostner (Hg.), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*, Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 19-56
- Geißler, Rainer 2008: *Die Sozialstruktur Deutschlands*. 5. Aufl., Wiesbaden: VS
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. 2008: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: *Wochenbericht des DIW Berlin* Nr. 10/2008, S. 101-108
- Groh-Samberg, Olaf 2007: Armut in Deutschland verfestigt sich, in: *Wochenbericht des DIW Berlin* Nr. 12/2007, S. 177-182
- Grusky, David B./Sörensen, Jesper B. 2001: Are There Big Social Classes? In: Grusky, David B./Manwai, C.Ku/Szelényi, Sonja (Hg.) 2008: *Social Stratification: Class, Race and Gender in Sociological Perception*, 3rd ed., Boulder: Westview Press: S. 183-184
- Hübinger, Werner 1996: *Prekärer Wohlstand*, Freiburg i. Br.: Lambertus.
- Kaase, Max 1984: The Challenge of the 'Participation Revolution', in: *International Political Science Review*, vol. 5 (3), S. 299-318
- Kern, Horst/Schumann, Michael 1984: *Das Ende der Arbeitsteilung*, München: Beck.
- Lange-Vester, Andrea 2007: *Habitus der Volksklassen*. Münster: Lit
- Mallet, Serge 1972 [1963]: *Die neue Arbeiterklasse*, Neuwied/Berlin: Luchterhand
- Marshall, Thomas Humphrey 1989 [1950]: *Citizenship and Social Class*, Cambridge
- Marx, Karl 1981 [1845]: Thesen über Feuerbach, in: *Marx-Engels Werke*, Bd. 3. S. 533-535.
- 1959 [1847]: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 4, S. 63-182
 - 1960 [1852]: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 8, S. 111-207
 - 1962 [1864]: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 16, S. 5-13
 - 1962 [1871]: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 17, S. 313-365
 - 1972 [1875]: Kritik des Gothaer Programms, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 19, S. 11-32
- Marx, Karl/Engels, Friedrich 1959 [1848]: Manifest der Kommunistischen Partei, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd.4, S. 457-493
- Müller, Walter 1998a: Erwartete und unerwartete Folgen der Bildungsexpansion, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 50, 1998, Sonderheft 38: Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, S. 81-112
- 1998b: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 50, H.1, 1998, S. 3-46
- von Oertzen, Peter 2004: *Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft*, Hannover: Offizin

- Piore, Michael J./Sabel, Charles, F. 1989 [1984]: *Das Ende der Massenproduktion: Studie zur Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*, Berlin PISA-Konsortium Deutschland 2004: PISA '03. Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster: Waxmann.
- Rudzio, Wolfgang 2003: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 6. Aufl., Opladen: Leske + Budrich
- Sünker, Heinz 1999: Kritische Bildungstheorie und Gesellschaftsanalyse: Bildung, Arbeit und Emanzipation, in: Heinz Sünker/Heinz-Hermann Krüger (Hg.): *Kritische Erziehungswissenschaft am Neubeginn?!*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 327-348
- Vester, Michael 1970: *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess*, Frankfurt a.M.: EVA
- 1972: Die Gegenreform-Kampagne 1970-1972, in: *links. Sozialistische Zeitung*, 3 (1972), H. 31, S. 9-11
 - 2006a: Die ständische Kanalisierung der Bildungschancen, in: Werner Georg (Hg.), *Soziale Ungleichheit im Bildungssystem*, Konstanz: UVK, S. 13-54
 - 2006b: Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells, in: Heinz Bude/Andreas Willisch (Hg.). *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*, Hamburg: Hamburger Edition/Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 243-293
 - 2008: Klasse an sich /für sich, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 7/I, hg. v. Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug und Peter Jehle, Berlin: Argument 2008, Sp. 736-775
 - 2010: „Orange“, „Pyramide“ oder „Eieruhr“? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990, in: Nicole Burzan/Peter A. Berger (Hg.) 2010: *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*, Wiesbaden: VS 2010, S. 55-78
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko u.a. 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp [Vollst. überarbeitete Fassung der 1993 im Bund-Verlag erschienenen 1. Ausgabe]
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea 2007: *Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit*, Hamburg: VSA
- Vögele, Wolfgang/Bremer, Helmut/Vester, Michael 2002: *Soziale Milieus und Kirche*, Würzburg: Ergon
- Weber, Max 1972 [1921]: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr
- Zinn, Karl Georg 2002: *Wie Reichtum Armut schafft*, Köln: PapyRossa

*Prof. Dr. Michael Vester, Institut für Politische Wissenschaft,
Schneiderberg 50, D-30167 Hannover
E-Mail: m.vester@agis.uni-hannover.de*



Franz Hamburger

Freiheit für das Kapital – Mauern für die Armen

Der digitale Kapitalismus potenziert Widersprüche ins Globale. Während täglich Milliarden Dollar um die Börsen der Welt gejagt werden auf der Suche nach noch kurzfristigeren Renditen, werden die Mauern für die der Dynamik des Kapitals folgenden Menschen teilweise abgerissen, teilweise hochgezogen. Für Sportgladiatoren und IT-Fachleute werden „Anwerbestoppausnahmereverordnungen“ erlassen, gegen die anderen werden die Abwehrinstrumente von FRONTEX verfeinert. Während der internationale Massen- und Luxustourismus jährliche Steigerungsraten meldet, kommen im Mittelmeer ungezählte Flüchtlinge ums Leben. Deren Schicksal wird von Schleppern und Neppern bestimmt, das von Millionen Frauen von der Mafia und anderen Menschenhändlerorganisationen. Waffen-, Rauschgift- und Menschenhandel in allen nur denkbaren Formen sind das logische Korrelat des Wertpapierhandels. Denn wo sich die Entfaltung des Finanzkapitals von der territorial verfestigten Produktion abgelöst hat, sind die legalen und vor allem illegalen Handelsströme eine zentrale Quelle des Profits.

1.

Drei Dynamiken entwickeln sich gleichzeitig und gleichsinnig: Die Mobilisierung von Menschen für die Migration, die Abwehr der unerwünschten Mobilität und die Entfaltung der irregulären Migration. Sie bilden eine logische Einheit.

Die Anwerbung von Kolonisten, die Ansiedlung von Bauern und Handwerkern und die Mobilisierung einer industriellen Reservearmee ist ein elementarer Strang der Gesellschaftsgeschichte. Barrieren, die die Steigerung der Produktion zu begrenzen begannen und ihre Ursache im Mangel an Menschen hatten, wurden durch politisch-herrschaftliche Steuerung beseitigt. Ansiedlung in einem Kolonialismus nach innen und außen, Sklavenhandel und Arbeitsmigration/Wanderarbeit bilden eine ununterbrochene historische Realität.

Die den Migrationsbewegungen zu Grund liegenden Push-Faktoren, vom Bevölkerungswachstum über Hunger, Not und Naturkatastrophen bis hin zu Vertreibung und Verfolgung, haben gelegentlich eine mit den Pull-Faktoren übereinstimmende Größenordnung erreicht. Aber die Bedarfe der neuen Märkte richten sich nicht nach den Notwendigkeiten der alten Lebensbedingungen. Die Möglichkeit der Auswanderung selbst, vor allem aber das Wissen darüber bzw. das Wissen darüber, dass es eine Alternative zum bloßen Ertragen der gewohnten Lebensverhältnisse gibt, wird zum Faktor der Mobilisierung für Migration. Migration verursacht Migration.

Gegen die selbsttätige Migration werden Mauern errichtet, und zwar materiell, technisch, ideologisch-kulturell, rechtlich und politisch. Doch können diese Grenzziehungen nicht vollständig wirken, denn sie müssen für die weiterhin selektiv erwünschte Mobilität porös bleiben. Irreguläre Migration ist also möglich und nötig. Denn dort, wo die legalen Märkte Migranten aufnehmen, wollen auch die illegalen Märkte Migranten aufnehmen, wollen auch die illegalen Märkte von Migranten profitieren.

Wenn beispielsweise der legale Arbeitsmarkt dadurch die Profitraten steigern kann, dass er Arbeitskraft, für deren Entstehung er keine Kosten hatte, verwertet, dann muss der illegale Arbeitsmarkt noch billigere, also irreguläre Arbeitskraft verwerten, um seine Profitabilität zu sichern.

Die unermesslichen Bedarfe der Metropolen von Großreichen, der reichen Nationen oder bestimmten Gesellschaftsklassen und Produktionszweigen an verwertbaren Menschen sichern die Profite der Sklavenhändler, Vermittlungsagenturen und des organisierten Verbrechens. An den „Gestrandeten“ der Mittelmeerküsten verdient die Mafia – so wie die Kapitäne der Nordatlantikschiße im 18. und 19. Jahrhundert an den Auswanderern aus Alteuropa. Der Mensch ist Ware – vom Kolonialreich der Griechen am Schwarzen Meer bis hin zu den Haushaltshilfen und Prostituierten der modernen Welt. Je schärfer das Grenzregime aufgebaut wird, umso höher steigt der Preis; Illegalität kann nicht zum Erliegen gebracht, sie kann nur teurer werden. Und jeder Tyrann, der verspricht, die Grenzen dicht zu halten, wo Migration unerwünscht ist, wird reichlich belohnt – mit Entwicklungshilfe, Waffen und Ausbildungshilfen für Polizei und Militär.

2.

Die Abwehr und Steuerung von Migration ist zu einer vorrangigen politischen Aufgabe geworden. Dies hängt mit dem erreichten Stand der globalen Kommunikation und der Mobilitätstechnologien zusammen. Fußballspiele und Kultur-

veranstaltungen, Events und Katastrophen werden weltweit in Echtzeit kommuniziert. Doch nicht nur Geldströme für Katastrophenopfer werden dabei mobilisiert, sondern auch Motive und Wünsche nach einem besseren Leben werden aktiviert und ausgerichtet. Es ist nur eine Frage der verfügbaren Ressourcen, frei flottierende Wünsche zu befriedigen. Denn es steht fast überall in der Welt die erforderliche Verkehrsinfrastruktur zur globalen Beweglichkeit zur Verfügung.

Die Chancen, die informationellen und verkehrstechnologischen Infrastrukturen zu nutzen, sind jedoch prinzipiell ungleich verteilt, je nachdem, wo man in Zentren und Peripherien, die über die ganze Welt verteilt sind, sich aufhält und auf welche finanziellen Ressourcen man zurückgreifen kann. Die Verteilung von Angebot und Nachfrage der Ware Arbeit ruht auf dieser Verteilung auf.

Die Widersprüche zwischen Denkbarem und Möglichem werden durch die Ungleichzeitigkeit der großen Freiheiten (wie sie in der Europäischen Union genannt werden) für Kapital und Waren, Dienstleistungen und Menschen gesteigert. Das Kapital hat sich von der territorialen Bindung an Produktionsstätten gelöst und fließt zu den kurzfristigen Profitraten. Die Warenströme sind dank Verkehrsinfrastruktur auf optimale Kompositionseffekte orientiert und werden durch Dienstleistungen nach den Interessen der Kaufkraft gesteuert. Menschen, die in die Prozesse integriert sind, werden inter- oder transnationalisiert und nach Nützlichkeit kontingentiert. Alle Unzweckmäßigkeit wird minimiert, alles Stehende vergeht, in Raum und Zeit Fixiertes löst sich auf. Unschwer lässt sich die Diagnose des Kommunistischen Manifest zur Auflösung des Feudalismus durch den Kapitalismus übertragen auf die Auflösung des Produktionskapitalismus durch den digitalen Finanzkapitalismus.

Die Vor- und Nachteile dieses Prozesses verteilen sich kumulativ je nach der jeweiligen Ausgangssituation. Die globale Ungleichheit wird verstärkt, weil die je ärmeren Regionen der Welt ökonomisch destabilisiert und ökologisch degradiert werden. Ärmere Regionen versuchen, durch intensivierte Ressourcennutzung (konkret: Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen) ihre marginale Position zu verbessern, verschärfen ökologische und dann soziale Krisen mit der Folge eines erhöhten Migrationsdruckes.

3.

Unter globalisierten Rahmenbedingungen verändert sich auch das Verhältnis von Ökonomie, Politik, Sozialstruktur und Kultur – um wieder einmal das Schema von Talcott Parsons zu bemühen. Die Legitimationsbasis von *Politik* ist weitgehend und nach wie vor die nationalstaatliche Ordnung. Während sich die

Fiktion einer Nationalökonomie schon lange aufgelöst hat, wird die Vorstellung einer politischen Steuerung nach wie vor am Leben gehalten. Faktisch hat sie sich auf die Subvention von Standorten reduziert, um im Wettbewerb der Konkurrenzstaaten, wie es innerhalb der Europäischen Union schon länger der Fall ist, Stand halten zu können.

Haben von diesen Entwicklungen bisher die mächtigen Staaten und starken Standorte profitiert, so werden sie jetzt Opfer ihrer eigenen Liberalisierungspolitik. Denn die Wirtschaftsmächte haben zusammen mit den transnationalen Akteuren des Finanzkapitals eine rasante Deregulierung betrieben und durch Liberalisierung der Märkte dafür gesorgt, dass die Ungleichheiten global ausgedehnt und erweitert wurden.

Gleichzeitig sind öffentliche Tätigkeitsbereiche privatisiert worden, so dass die Ausdehnung der Märkte die staatlichen Interventionsbereiche verkleinert hat. Das Verhältnis von *Politik und Ökonomie* hat sich nicht prinzipiell verändert, denn die Politik hat schon immer die Bedingungen für die Entfaltung der Ökonomie gesichert; aber im globalisierten Kontext setzt die Ökonomie die Bedingungen, denen sich territorial gebundene Politik unterwerfen muss.

Migration als Element der *Sozialstruktur* entwickelt sich dabei in einem spezifischen Spannungsfeld. Einerseits muss die Politik eine sehr flexible Regulierung von Migration organisieren, damit die schnell wechselnden Bedarfe der Arbeitsmärkte befriedigt werden können. Die Anwerbung von Gastarbeitern im Jahr 1955 in Deutschland hat beispielsweise begonnen, obwohl gleichzeitig eine Million Arbeitslose registriert waren. Deren territoriale, motivationale und qualifikatorische Mobilisierung im nationalen Rahmen erschien aber zeitlich und finanziell zu aufwendig, um den ausdifferenzierten Arbeitsmarktbedarf schnell decken zu können. Ähnlich verhält es sich im neuen Jahrzehnt in der europäischen Zentralregion, wo die Wirtschaft nach schnell und unkompliziert einsetzbaren Arbeitskräften auf einem bestimmten Qualifikationsniveau giert, während gleichzeitig soziale Probleme durch Ausschluss von Qualifikationspotentialen generiert werden.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Abbau sozialstaatlicher Armutsprävention führt zu einer Vergrößerung der Armutspopulation, der gegenüber eine staatliche Loyalität zunehmend mit nationalistischen Parolen abzusichern versucht wird. Rassistische Militanz und Bedarf nach „transnationaler Flexibilität“ der Arbeitskräfte stehen sich scharf gegenüber.

Die nationale Schutzpolitik kommt auch in den ärmeren Ländern der Welt (zu oder sehr) spät. Dort haben die Regierungen die Ausbeutung der Rohstoffe und die Zerstörung der natürlichen Ausstattung vorangetrieben – vor allem um sich selbst zu bereichern – und versuchen jetzt teilweise, die Fortsetzung dieses Prozesses

aufzuhalten. Denn er führt nach Rodung der Urwälder beispielsweise nicht zum Reichtum, sondern zur Armut durch Beseitigung von Subsistenzmöglichkeiten und zur massiven ökonomischen Abhängigkeit. Dabei entsteht ein erheblicher Migrationsdruck, der durch Umweltkatastrophen und demografischen Wandel forciert wird. Die zeitliche Verdichtung dieser Prozesse folgt hilflos der Dynamik der Kapitalbewegungen. Diese vollziehen sich teilweise in globaler Echtzeit und üben deshalb einen politisch und sozial nicht einholbaren Druck aus.

Im Wissen der Gesellschaften und seiner Kultivierung sind diese Veränderungen nur von kleinen radikalen Minderheiten nachvollziehbar. Die informationstechnologischen Dynamiken sind vom menschlichen Verstand nur gelegentlich nachvollziehbar. Die kulturellen Bearbeitungen dieser Verstehensversuche sind lebensweltlich praktisch nicht mehr vermittelbar, weil sie sich in einem globalen Vorstellungsraum bewegen, der nur noch hoch abstrakt und widerspruchsvoll symbolisiert werden könnte.

Die Dynamik der *Kultur* wird deshalb durch Migration erhöht und zugleich verlangsamt. Beschleunigt wird sie, weil mit den Menschen auch ihr Wissen und ihre erwartbare Selbstdefinition wandert, und verlangsamt wird sie, weil die Migranten ihre erworbenen Muster konservieren und in Folklore transformieren. Sie transportieren ihre lokale Kultur in die Fremde und repräsentieren dort reale Fremdheit. Dies provoziert bei den Einheimischen nicht nur Lust auf Konsum des Exotischen, sondern auch Abwehr und den Versuch der Revitalisierung des vergangenen Eigenen. Der Boom der lokalen Traditionsfeste – die es tatsächlich seit wenigen Jahren oder Jahrzehnten gibt – hält nicht nur die lokale Kleinökonomie am Leben, sondern auch die regionale kulturelle Selbstdefinition. Ob die Kultur der Transnationalen Sozialen Räume und der bornierten Provinzialität, zu der ja auch die importierte Folklore der Migranten gehört, miteinander verschmelzen oder nicht, und wenn ja, wie – das ist hier die Frage.

Die irreguläre Migration hat nun den „Vorteil“, dass sie ökonomische Bedarfe deckt, dass sie die kriminelle Ökonomie bereichert, dass sie eine Lösung für das politische Legitimationsproblem zwischen Abschottung und Liberalisierung darstellt, dass Aggressionen und Bedrohungsgefühle gegen die „Illegalen“ gerichtet werden und dass deren Stigmatisierung das kulturelle Selbstverständnis der Gesellschaft als einer modernen Gesellschaft immunisiert. Alternative Vorstellungen entwickeln sich theoretisch in der Staatsrechtsphilosophie (von Immanuel Kant bis Seyla Benhabib) und praktisch bei Pro Asyl.

4.

Die *Zahl der Migranten* im globalen Maßstab ist nicht bestimmbar. Dies hängt damit zusammen, dass der Begriff unterschiedlich definiert wird und deshalb die statistische Erfassung unterschiedlich erfolgen muss. Die Definitionsmerkmale variieren im Hinblick auf die Zeit (Dauer des Wohnsitzwechsels, temporäre Migration versus Umsiedlung) und im Hinblick auf den Raum (regionale versus überregionale, innerstaatliche versus internationale Migration). Die allgemein verbreiteten Schätzungen internationaler Organisationen bewegen sich zwischen 190 und 250 Millionen Menschen, die dauerhaft nicht in dem Land leben, in dem sie geboren sind. Diese Art der Schätzung impliziert dann beispielsweise, dass die nahezu 30 Millionen chinesische Wanderarbeiter nicht erfasst sind, obwohl ihre soziale Lage und ihre rechtliche Position weitaus schlechter ist als die der Ausländer in zentraleuropäischen Ländern.

Bedeutsam ist, dass der Anteil der Migranten an der Weltbevölkerung mit ca. 3% relativ konstant bleibt – auch über einen längeren Zeitraum hinweg. Aber auch dazu gibt es unterschiedliche Schätzungen, ebenso zum Anteil der irregulären Migration.

Irregularität entsteht sowohl durch „unerlaubte“ Zuwanderung, in Europa aber überwiegend durch das Auslaufen befristeter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse. Dieser Sachverhalt wiederum ist ein Hinweis darauf, dass der Arbeitskräftebedarf in Europa mit einem breiten Instrumentarium an Steuerungsstrategien reguliert wird. Nach wie vor dominieren die Strategien der befristeten Anwerbung von Arbeitskräften (in Europa, in den arabischen Ölförderländern beispielsweise), so dass auf Krisen und Schwankungen der Konjunktur flexibel reagiert werden kann. Für diese „Gastarbeiter“ ist nach wie vor der Begriff „Reservearmee“ zutreffend.

Der Prozess der Migration wird vor allem als „Zuwanderung“ wahrgenommen, denn bei aller Nützlichkeit der Migranten werden immer wieder und überall die Ängste vor den Fremden geschürt. Diese Politik *mit* den Migranten ist ein konstantes Element der Migrationsgeschichte. Zuwanderer werden auf jährlich 12 Millionen weltweit geschätzt, wobei es wegen der technologischen Erleichterung und der ausländerrechtlichen Durchsetzbarkeit große Schwankungen gibt, die im Weltmaßstab natürlich nicht gleichzeitig und gleichgerichtet ablaufen. Die Abwanderung ist in vielen Ländern ebenso stark wie die Zuwanderung ausgeprägt, so dass der Wanderungssaldo dann vielfach ausgeglichen sein kann, auch wenn das Wanderungsvolumen insgesamt hoch ist. In Deutschland beispielsweise ist in den 1990er Jahren noch ein Fünftel der ausländischen Wohnbevölkerung pro Jahr zu- oder abgewandert. Diese Fluktuationsrate liegt nach der Jahrhundertwende regelmäßig bei einem Sechstel. Und dabei sind alle kurzfristigen Zu- und Abwanderungen wie die der Saisonarbeiter nicht erfasst, ebenso wenig die Bewegungen der faktischen und fiktiven Touristen.

Nach den Bewegungen der Arbeitsmigranten ist Familiennachzug (und Kettenmigration) eine häufige Form der Migration. Die Arbeitsmigration dominiert in vielen Teilen der Welt, in anderen die Flucht. Je nachdem wo und wie sich Bürgerkriege und Umweltzerstörungen bzw. -katastrophen entwickeln, kann die Zahl der Flüchtlinge schnell ansteigen. Am Ende des letzten Jahrzehnts waren der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und das UN-Flüchtlingswerk für die palästinensischen Flüchtlinge (4,6 Millionen) für ca. 16 Millionen Menschen zuständig (vgl. Angenendt 2011).

Symptomatisch für die neueren Entwicklungen sind die schärfere Abwehr von irregulärer Migration und die kurzfristige Arbeitsmigration. Wenn beispielsweise chinesische Arbeitskräfte zusammen mit ihren Wohncontainern auf Sattelschleppern für ein paar Wochen zur Blaubeerenernte nach Nordschweden verfrachtet werden, ist dies noch nicht einmal in der Migrationsstatistik erfasst.

Die regionale Verteilung der Migration folgt einem einfachen Schema: Im Vordergrund steht die Land-Stadt-Wanderung in allen Kontinenten, und zwar innerhalb der Staaten. Die internationale Migration lässt sich ebenfalls mit diesem Muster erfassen: Sie ist global und kontinental auf die jeweils fortgeschrittensten Zentren gerichtet. Dabei weisen die reichen Ölförderländer die höchsten Migrationsraten auf – sie exportieren aber auch am schnellsten die (drohende) Arbeitslosigkeit zurück nach Indien, Pakistan und Bangladesch. Unabhängig davon ist die Feminisierung der Migration eine dominante Tendenz (Dienstleistungen von der Haushaltsarbeit über die Pflege bis hin zur Zwangsprostitution).

Der Bedarf an bestimmten verwertbaren Qualifikationen ist sowohl der Grund für die Feminisierung der Migration wie auch für die Zunahme der Migration hochqualifizierter Fachkräfte. *Brain drain* und *brain gain* haben schon immer das Wanderungsgeschehen mit beeinflusst. Auch wandern im internationalen Kontext schon immer nicht die Armen und die Unterschicht einer Gesellschaft aus, sondern die Qualifizierten aus der Mittel- und Oberschicht. Traditionelle Einwanderungsländer haben schon immer eine harte Selektivität durchgesetzt und sowohl Humanressourcen als auch Finanzressourcen in's Land geholt. In der Regel ist die Durchsetzung eines utilitaristischen Migrationsregimes mit irregulärer Zuwanderung verbunden.

5.

Die *Weltwirtschaftskrise* seit 2008 wirkt sich bei Migranten zuerst und zutiefst aus. Sie sind überall von Entlassungen betroffen und verlieren ihren Rechtsstatus. Sie können mit ihren Überweisungen die Herkunftsregionen nicht mehr

unterstützen (diese Rimesen sind normalerweise doppelt so hoch wie die weltweiten Entwicklungsprogramme). Arbeitslosigkeit verstärkt die Armut und führt zur Obdachlosigkeit. Billiglöhne können noch einmal ausgeweitet werden, das Lohnniveau insgesamt kann auch aus diesem Grund niedrig bleiben. Vor allem „exportstarke“ Länder wie Deutschland verdanken ihre ökonomische Dominanz der entlohnungspolitischen Disziplinierung und arbeitsmarktpolitischen De-regulierung. Um diese durchsetzen zu können, muss aber vorher eine scheinbare oder reale Alternative für die standortgebundene Produktion in einem Billiglohnland aufgebaut werden, damit die Drohung mit dem Export der Arbeitsplätze Anschaulichkeit gewinnt. Dann wird der Hinweis auf „Globalisierung“ zum klassenkämpferischen Argument. Das „Wirtschaftswunder“ war noch mit beachtlichen Lohnsteigerungen verbunden, weil die Systemkonkurrenz zu materiellen Zugeständnissen zwang.

Migrationsströme kehren sich in der Krise um und vergrößern in den früheren Herkunftsregionen die sozialen Probleme. In Europa beispielsweise sinkt das Einkommen der alten Mittel- und Nordeuropäer, die bisher am Mittelmeer gelebt haben, und sie müssen „heimkehren“. Gleichzeitig kehren Arbeitskräfte in ihre Herkunftsländer zurück und verdrängen dort die rechlosen afrikanischen Saisonarbeiter (vgl. Düwell 2006 u. 2009). Rassismus als Reaktionsmuster steigt an – auch in Mittel- und Oberschichten, denn Krisen steigern Bedrohungsgefühle in allen Teilen der Gesellschaft. Weil politisch die Finanzkrisen nicht mehr beherrschbar sind und das Kapital zunehmend und in unüberschaubarem Ausmaß aus den öffentlichen Haushalten subventioniert wird, bedient sich Politik der Ablenkung der Aufmerksamkeit auf Terrorismus und die Fremden. Dies erhöht den Verdrängungsdruck, der sich zuerst auf die Migranten richtet.

6.

Alle passenden allgemeinen *Theoriemodelle* der Sozialwissenschaften wurden auf den Gegenstand „Migration“ angewandt. Synthesen landen in der Regel bei einfachen, weil allgemeinen Unterscheidungen wie: Ursachen und Folgen von Migration, Push- und Pull-Faktoren, Förderungs- und Verhinderungsbedingungen, ökonomischen-sozialen-politischen- individuellen *Kräften*. Gegenwärtig dominiert das Konzept der „Transmigration“, in dem allerdings weitgehend traditionelle Phänomene lediglich umdefiniert werden.

Der Anspruch, den globalen Rahmen zu erfassen und zu verstehen, in dem die moderne Migration ihren Platz hat, ist theoretisch kaum einzulösen. Ein gelungener Versuch ist allerdings die Triologie „Das Informationszeitalter“ von Manuel Castells

(2001-2003). Das Kernstück dieses Modells ist das Konzept des digitalen Kapitalismus, der Arbeits- und Herrschaftsformen, Kommunikations- und Mobilitätsmuster, Öffnungen und Schließungen von Gesellschaften und Kulturen umwälzt. In diesem Modell lassen sich durchaus genau die umfassenden Krisen am Anfang der 2010er Jahre verstehen und ebenso der Anstieg der nationalistischen und rassistischen Bewegungen und Kräfte. Dem kann, weil die Frage nach dem Positiven sich unausweichlich, laut oder leise, stellt, auch Castells nur viele „Wenns“ entgegensetzen, aber immerhin sind diese Bedingungen immer schon nicht nur utopisch:

„Wenn die Menschen aktiv und informiert sind und über die ganze Welt hinweg miteinander kommunizieren; wenn die Wirtschaft soziale Verantwortung übernimmt; wenn die Medien zu Boten werden, anstatt Botschaften zu sein; wenn sich die politisch Handelnden gegen den Zynismus wenden und den Glauben an die Demokratie wieder herstellen; wenn die Kultur aus der Erfahrung wieder hergestellt wird; wenn die Menschheit die Solidarität der Gattung auf dem gesamten Globus spürt; wenn wir mit der Solidarität zwischen den Generationen Ernst machen, indem wir mit der Natur in Harmonie leben; wenn wir zur Erforschung unseres inneren Ich aufbrechen, nachdem wir miteinander Frieden geschlossen haben. Wenn all dies durch unsere informierte, bewusste, gemeinsame Entscheidung möglich wird, während es noch Zeit ist, werden wir vielleicht endlich in der Lage sein, zu leben und leben zu lassen, zu lieben und lieben zu lassen“ (Castells, Bd. 3, S. 411f.).

Literatur

- Angenendt, Steffen 2011: Migration. In: <http://www.bpb.de/themen/8T2L6Z,0,0,Migration.html> [Zugriff 9.9.2011]
- Ascherson, Neil 1998: Schwarzes Meer. Frankfurt am Main
- Castells, Manuel 2001-2003: Das Informationszeitalter I – III. Opladen
- Düwell, Franck 2009: Globale Migration – die Krise und ihre möglichen Folgen. In: Zeitschrift Luxemburg vom 14. 8. 2009
- 2006: Europäische und internationale Migration. Hamburg
- Hamburger, Franz 2009: Abschied von der Interkulturellen Pädagogik. Weinheim/München

*Prof. Franz Hamburger, Institut für Erziehungswissenschaft,
Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz
E-Mail: franz.hamburger@uni-mainz.de*



Sascha Schierz und Herbert Reinke

Punitivität und Kultur zwischen Moderne und Spätmoderne Anmerkungen zu kultursoziologischen Zugängen

Einleitung

Im folgenden Beitrag wird der Fokus auf verschiedene soziokulturelle Facetten wie kultursensible Theoretisierungen der Punitivität gelegt. Auf Grund der Vielzahl unterschiedlicher wissenschaftlicher Kulturkonzepte verzichten wir an dieser Stelle auf eine Definition von Kultur; dennoch muss auf folgendes hingewiesen werden: Punitivität wird von den meisten hier besprochenen Autoren weniger als ein sozialer Fakt gedeutet oder durch strikte kausalanalytische Analysen geformt und ungleich in der Grundgesamtheit verteilt verstanden. Gefolgt wird einem breiten Verständnis von Punitivität, welches sowohl Gesetzesveränderungen als auch gewandelte Strafeinstellungen umfasst, allerdings um Fragen zu moralischen Paniken ergänzt. Dazu ist anzumerken, dass es nicht alleine das kriminalpolitische Feld und dessen Institutionen berührt, sondern nahezu zwangsläufig auch den sich verändernden Kontext der Sozialstaatlichkeit – sprich des Neoliberalismus – thematisiert. Zusammenfassend ließe sich betonen, dass es eher um die Konstruktionslogiken und die Konstitution von Punitivität geht beziehungsweise um ihre Kontextualisierung in modernen bzw. spätmodernen Gesellschaftsformationen. Zentral erscheint die Rekonstruktion von (neoliberalen) Mentalitäten und Sensibilitäten, die mit einer jeweiligen Kultur einhergehen, ihr zugrunde liegen oder aus ihr hervorgehen.

Strafe und Emotionen: Durkheim revisited

Die Rekonstruktion von Mentalitäten und Sensibilitäten dockt bei Emile Durkheim an, ohne immer und überall Bezug auf ihn zu nehmen. Dennoch ist eine Nähe zu den Schriften Emile Durkheims nicht zu übersehen. Das führt dazu, dass derzeit die kulturellen Kontexte in den Schriften Emile Durkheims zu Kri-

minalität und Strafe eine Wiederentdeckung – oder, genauer gesagt eine Neu-entdeckung erleben (Smith/Alexander, 2005: 1ff., Gebhart 2009, vgl. Karstedt 2006). Diese Neu- oder Wiederentdeckung ist umso erstaunlicher, weil Emile Durkheim unter vielen Kriminologen und Soziologen als einer derjenigen Klassiker gilt, dessen Schriften auch heute noch als relevant angesehen werden. Die Literatur zu Durkheim ist inzwischen kaum noch zu übersehen. Diese Anerkennung gilt aber häufig einem verkürzten Durkheim, einem Durkheim, der das Regelwerk einer analytischen Soziologie zu entwickeln versucht, der Gesellschaft nicht philosophisch zu deuten, sondern soziologisch zu erklären versucht. In diesem Regelwerk nimmt Kriminalität einen zentralen Platz ein: Kriminalität wird bei Durkheim als *normal gedeutet*, weil ohne die Abweichung Gesellschaft nicht gedacht werden könne, sich in der Abgrenzung zur Abweichung Gesellschaft konstituiere (vgl. Sack 1978: 314). Unter vielen akademischen Kollegen und Zeitgenossen, die daran arbeiteten, Varianten des Pathologischen zum hegemonialen Deutungsmuster von Kriminalität zu etablieren, war Normalität als Kontext zur Erklärung von Kriminalität weder konkurrenz-, geschweige denn (als Teil akademischer Debatten) geschäftsfähig. Diese „methodologische Erzeugung der ‘Normalität’ des Verbrechens“ (Gebhart 1990, vgl. auch König 1968: IX-X und Lukes 1975) hat bis heute ihre Faszination nicht verloren. Daneben wird aber jetzt zunehmend ein Emile Durkheim in den Blick genommen, der die kulturellen Kontexte in dessen Schriften in den Vordergrund rückt. Dabei ist sichtbar geworden (was in der Durkheim-Rezeption eher selten thematisiert worden ist), in welchem Umfang Emile Durkheim Kriminalität bzw. Strafe und Emotionen zusammen gedacht hat (vgl. auch Bullasch 1987, Gebhart 1990).

Rache und die Erfüllung von Rachebedürfnissen nehmen einen zentralen Platz in Emile Durkheims Argumentationskontexten ein. Emotionen fänden sich, so Durkheim, in verschiedenen Formen als Reaktionen auf ein kriminelles Delikt wieder. Ein krimineller Akt verletzte den kollektiven emotionalen Haushalt, der eine Gesellschaft zusammen halte, er tangiere in negativer Weise kollektive Gefühle, die ein zentraler Bestandteil desjenigen Kitts seien, der Individuen und Gesellschaft zusammen binde. Die starke Reaktion auf die Beschädigung einer starken Emotion sei – so Emile Durkheim – Rache (vgl. dazu vor allem auch Garland 1990). Strafe habe auch religiöse Wurzeln, der affektbeladene und performative Charakter des Strafprozesses habe die Funktion diese *starken* Emotionen einzufangen. Dennoch bleibe Strafe aber – so David Garland (1990) – im theoretischen Universum Emile Durkheims – vor allem ein moralisch-emotionaler Impuls und weniger ein rational-utilitaristisches Instrument, das Kontrolle und Sanktion verbinden und bewirken solle. Unabhängig von der Frage, ob diese Vorstellung mit dem Modell

einer emotional-straftenden Wiederherstellung des kollektiven emotionalen Kitts der Gesellschaft vielleicht eher vormoderne Strafbedürfnisse reflektiere, so war diese These erneut kaum mit zeitgenössischen kriminalpolitischen Thematisierungen vereinbar, die eher auf die präventive Handhabbarkeit des Kriminellen und auf die objektivierende Entemotionalisierung des kriminellen Aktes durch die Konstellationen der Strafprozessordnung im Strafprozess abstellten als auf die Erfüllung der Rachebedürfnisse jener, deren kollektive Gefühle verletzt worden waren.

Neuere Arbeiten einer als „new Durkheim“ (Smith/Alexander 2005) apostrophierten kultursoziologischen Lesart der Schriften Emile Durkheims zu Kriminalität und Strafe haben dessen Themen aufgegriffen: Diese Thematisierungen lassen sich in vier Clustern bündeln (vgl. auch die luzide Zusammenfassung bei Karstedt 2006 und 2007): Das erste dieser Cluster umfasst vor allem Diskussionen um die „restorative justice“ und die Möglichkeiten, hierüber die durch den kriminellen Akt ausgelösten negativen Emotionen in individuelle Gefühle der Zuwendung, der Zugehörigkeit und der kollektiven Solidarität umzuwandeln – eine Annäherung an einen zentralen Ansatz Emile Durkheims. Das zweite Cluster beinhaltet Arbeiten, die die Verknüpfung individueller emotionaler Erfahrungen und kollektiver sozialer Praktiken thematisiert; als Bedrohung wahrgenommene und emotional hoch aufgeladene Statusverluste weißer Männer in den Südstaaten der USA und Praktiken des Lynchens indizieren diese Verknüpfung. Das dritte Cluster, dessen Nähe zu Emile Durkheim ebenfalls nicht zu übersehen ist, versammelt Ansätze, die die expressive Emotionalität bestimmter Formen des Bestrafens mit ausgeprägten kollektiven Wir-Gefühlen von Gemeinschaften verknüpfen, u.a. dient dieses Erklärungsmodell dazu, die *positive Einstellung* zur Todesstrafe unter Amerikanern zu erklären. Das vierte Cluster führt über Emile Durkheim hinaus; in diesem Cluster werden Themen aufgegriffen, die Macht- und Statuspolitiken (Rache, Strafbedürfnisse und Mittelklasse) und emotionale Komponenten des Strafens zu verknüpfen versuchen. „Retributive temper“ scheint hier Schlüsselkonzept zu sein (Whitman 2005, vgl. auch Karstedt 2006).

Cultural Criminology und die Soziologie staatlichen Strafens als Kultursoziologie

Neben dieser erneuerten Durkheim-Rezeption gibt es zumindest zwei divergente Theorierichtungen, in denen es zu einem gesteigerten Interesse an kulturwissenschaftlich erweiterten Analysen rund um Abweichung, Sicherheit, Kontrolle und Strafen kommt. Einerseits lassen sich hier die Fragestellungen und Theorieentwürfe aufführen, die seit Mitte des letzten Jahrzehntes mit der sogenannten

Cultural Criminology verbunden werden (vgl. Ferrell/Hayward/Young 2008). Hier werden vor allem Alltagsverständnisse und Konflikte rund um Kriminalität und deren Kontrolle thematisiert. Daneben lassen sich auch kultursoziologische Erweiterungen der Soziologie staatlichen Strafens ins Feld führen, die ihrerseits ein verstärktes Interesse an symbolischen Formen und kulturellen Formationen gegenüber politischen und sozialstrukturellen Zusammenhängen betonen (vgl. Garland 2006 und 2009, Wacquant 2009). Am radikalsten wird diese sozialwissenschaftliche Neuorientierung entlang von Kultur gegenwärtig durch Philip Smith (2008) vertreten, der mit „Punishment And Culture“ eine durchweg kulturalistische Interpretation vorgelegt hat, die sich entlang von verschiedenen historischen Fallstudien abarbeitet, um unterschiedliche kulturelle Prozesse wie die Suche nach Reinheit durch Kontrolle oder rituelle Praktiken des Strafens zu deuten. So wird das Feld einer Soziologie des Strafens aktuell jenseits neo-marxistischer und foucault'scher Ansätze kulturtheoretisch erweitert.

Zentral erscheint dabei vor allem der Befund, wonach sich in den letzten Jahrzehnten (zumindest für die westlichen Gesellschaften, allen voran die USA) eine Entkopplung von Kriminalpolitik (incl. Strafrechtsreformen, Politisierungen und neuen Techniken) einerseits und der Kriminalitätsentwicklung andererseits diagnostizieren lässt (vgl. Hollway/Jefferson 1997, Garland 2001). Gerade diese Erweiterungen bzw. Ergänzungen sollen im Folgenden in den Blick genommen und gegenwärtige Strafkulturen vor allem in einem Zusammenhang mit einer rahmenden Konsumkultur gedeutet werden.

Das Unbehagen der punitiven Kultur

„Nach dem Gewaltexzess in einer Berliner U-Bahn-Station diskutiert die Politik über den ‘Warnschussarrest’ für Jugendliche. Kritiker sagen, dass Haft noch niemanden gebessert habe, doch genau da beginnt das Missverständnis: Sinn von Strafe ist nicht Besserung, sondern Vergeltung.“¹

Auch im Falle der jüngsten Gewalttaten von Jugendlichen in U-Bahnstationen lassen sich Debatten um Strafverschärfungen und punitive Kommentare auffinden. Dabei umfasst die Darstellung der gegenwärtigen Situation häufig generelle Kritiken am Strafrechtsstaat und seiner vor allem wohlfahrtsstaatlich-integrativen Auslegung des Jugendstrafrechts. Kriminalpolitische Fragen sozialer Kontrolle

1 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,760080,00.html> 17.05.2011

und ihrer Organisation sind nicht länger Expertenthemen, sondern das Feld wird als „kriminologisches Karaoke“ (Rock 2005: 484) artikuliert, in dem eine Vielzahl von Stimmen und Gesängen möglich ist, während die Grenzen zwischen „hoher Kultur“ und Unterhaltung verschwimmen. Die Auslegung von Strafrecht durch Praktiker, so der Tenor vieler Berichte, decke sich eben nicht mit der Wahrnehmung durch die gemeinen Bürger, die selber nach einem Mehr an Strafe und Grenzen verlangen würden. Eben aber dieses, so die Wahrnehmung vieler Berichte und noch häufiger von Leserbriefen, verweist auf eine diagnostizierte Wirkungslosigkeit sozialpädagogischer und sozialstaatlicher Interventionen und betont dagegen die Bedeutung von Strafe als Rache oder Leidzufügung, die nicht nur den Opfern zur Gerechtigkeit verhelfen solle, sondern eben auch die Vision umfasst, wonach Strafe pur eben präventiv wirke, eben durch ihre Härte abschrecke. Den Fluchtpunkt bildet dabei eine durchweg optimistische Deutung von Strafe und Sicherheit, die effektiv durch staatliche Organe wie die Polizei und das Gefängnis realisiert werden könne. Der Staat muss nur sein Potenzial anerkennen und sich von den ihn beschränkenden Faktoren trennen. Was hier evoziert wird, so ließe sich anmerken, ist die vor allem diskursive Konstitution eines „punitiven Subjektes“ des gemeinen Bürgers rund um Kriminalitätsdiskurse (vgl. Krasmann 2003: 253 ff.), während der kriminalpolitische Raum umfassend politisiert wird.

Folgt man der neueren englischsprachigen Kriminologie, scheint die gegenwärtige Situation von Devianz, sozialer Kontrolle und Kriminalisierung vor allem durch gesellschaftliche Wirkungen von Konsum wie Hedonismus geformt (vgl. Hall/Winlow 2006, Hayward/Ferrell/Young 2008). Die Spätmoderne erschließt sich damit in einigen Tropen der kritischen Kriminologie und Kultursoziologie als ein Zeitalter der Extreme, das sich nicht mehr auf einen hegemonialen Fluchtpunkt hin fixieren lässt, sondern durch einen allseitigen Exzess geprägt wird. Entsprechend gilt es, die diskursive Formation der Kriminologie kulturell reflexiv anzupassen:

„Criminology becomes a practice of narratology and iconography, the evidence of stories, practices and memorials from the jurisdiction of dissent. The discourse of deviancy would be one discourse in a complex web of cultural networks, a discourse of excess (in psychoanalytic and political economic terms) beyond the scope of but framed by the discourses of the interpretative community (in all its forms – the state, the media, the corporation, the academy – community which claims a monopoly on interpretation, the production of representation and the legitimization of desire which is the source of both individual and communal freedom)“ (Stanley 1997: 6).

Eben an diese Ikonographie von Bildern des Strafens lassen sich punitive Diskurse wie Politiken andocken, um ihre kulturelle Kontextualisierung und emotionale Subjektivierung zu rekonstruieren.

Einerseits wird hier Kontrolle verstärkt warenförmig produziert, gehandelt und konsumiert verstanden, sei es in Formen der situativen Prävention an eigenem Besitz und Eigentum oder aber als Erwerb kontrollierender Tätigkeit. Dies scheint drastisch für die Rolle der *Gated Communities* und andere gehobene Konsumgüter zu gelten:

„For many affluent Americans, once the BMW or Mercedes-Benz has been purchased, the next status symbol on the road to perceived contentment [...] is now very often a home within a designer gated complex, and the ‘security’ – or more accurately, exclusivity – that comes with it. Gated Communities have come to symbolize a ‘lifestyle choice’, be it about leisure, separation or the fantasy of omnipotent security“ (Hayward 2004: 133).

An Waren und Sozialstatus angebundene Sicherheitsdiskurse, so die implizite Botschaft von Hayward, erschließen sich häufig eben nicht aus rationalen Überlegungen, sondern aus imaginären Momenten und mythischen Erzählungen über ihre vermeintliche präventive Potenz (ähnlich Krasmann 2005 zur Videoüberwachung) oder aber den Hinweis auf die „verschmutzende“ Wirkungen der Abweichung. Rein rationale Annäherungen an die neuen Alltagskulturen der Kontrolle greifen in diesem Kontext sicherlich zu kurz, verkennen die gegenwärtigen kulturellen Sensibilitäten und Emotionalisierungen.

Andererseits scheint ein mit dem Konsumismus einsetzender Hedonismus eine veränderte Subjektivierung anzureizen, wie die Verinnerlichung von Triebaufschub aufzulösen und durch eine situative Anpassung oder *Fitness* zu ersetzen (vgl. Bauman 2003). Genau dieser Moment einer neuer Mentalität scheint kriminalsoziologisch folgenreich. Affekte und ihr Ausagieren spielen demnach eine besondere Rolle im gegenwärtigen Alltagsleben. Wo früher Pflichtgefühle und Disziplinierungen gewirkt haben sollen, verbleibt ein Vakuum, das mit perzeptiven Kontrollaufrufen und Identitätssignalen im „Hier und Jetzt“ aufgefüllt wird:

„Die (postmodernen) risikofreudigen Akteure hätten zu den ‘offiziellen Normen’ ein durchaus ‘entspanntes Verhältnis entwickelt’, so dass diese bei ihren selbstbewussten Subpolitiken nicht mehr allzu sehr stören. Diese Relativierung, gepaart mit den zu erwartenden Distinktionsgewinnen, hätte zu vielfältigen Kulturen der Abweichung geführt, die zudem nicht mehr durch moralische Appelle und die davon erhofften Internalisierungen, sondern allenfalls durch variierende Kontrolldichten beeinflusst werden können“ (Schmidt-Semisch 2002: 72).

Ein Streben nach unmittelbarer Befriedigung von Wünschen und transgressive Kulturen erscheinen allgegenwärtig (vgl. Hayward/Ferrell/Young 2008, Presdee 2000). Fokussiert man die Aufmerksamkeit auf den öffentlichen Raum, genauer vielleicht auf Street Art und Graffiti (vgl. Schierz 2009) bzw. neuere Popularitäten beschleunigender Rauschmittel (vgl. Measham 2004) oder aber die Zen-

tralität des Nachtlebens im Alltagsleben junger Menschen (vgl. Schierz 2009a, 2010), scheint die Diagnose einer solch veränderten Artikulation des Alltagslebens „von unten“ gegenüber neueren Kontroll- und Selbstoptimierungszwängen schlüssig. Individuelle Autonomieerlebnisse werden performativ hervorgebracht und Handlungsfähigkeit wird zumindest sub- wie clubkulturell jenseits eines allumfassenden Leviathans konstruiert. Dabei spiegeln sich diese Wirkungen, die schlussendlich als ungeplante Folgen einer neoliberalen Ökonomisierung des Sozialen oder als umfassende kulturelle Anpassung im Sinne einer relativen Autonomie verstanden werden können. Sie entspringen keiner direkten Determination. Schlussendlich werden somit soziale Ungleichheiten und Sozialräume neu um Sicherheitsfragen angeordnet. So wird als Terrain der Auseinandersetzung vor allem auch das Alltagsleben in der Stadt symbolisch umcodiert:

„The dis-organization of capital forces the replacement of socially structured space by unstructured space, the displacement of the ‘lived zone’ by the ‘dead zone’, the ‘wild zone’ by the ‘tame zone’. When socially structured space is not replaced by information and communication networks, the result is not individualization but anomy and social disorganization and retrenchment into neo-tribes. Areas where subsidizing social structures are not yet adequately displaced by information and communication structures suffer a deficit of regulation and become deregulated and disordered“ (Stanley 1996: 101).

Ähnliche Transformationen lassen sich auch für die Bedeutungszuschreibung auf der Höhe der Straße formulieren. Vor allem gegenüber der Straßenkriminalität scheinen in vielen Deliktbereichen ähnliche Deutungen leicht nachvollziehbar, da sie mit intensiven Erlebnissen einerseits wie statusbetonten Identitätskonstruktionen andererseits einhergehen:

„More problematically, much street crime – from shoplifting to street robbery – should therefore be seen for exactly what it is: neither a desperate act of poverty nor as a defiant gesture against the system, but nonetheless as a transgressive act that, at one level, enables a relative (or perceived) material deficit to be bridged and, at another level, represents a form of identity construction – if it’s true of shopping then it’s also true of shoplifting! Consequently, street criminals in many instances can be seen simply as consuming machines, ‘urban entrepreneurs’ whose primary aim is the accrual of the latest mobile phone or designer accessory – items that in today’s consumer society are no longer simply desirable but importantly perceived (especially by young people) as essential to individual identity, shifting as that may be from moment to moment“ (Hayward 2004: 5).

Folgt man diesen Versuchen, einen neuen gesellschaftlichen Idealtyp zu rekonstruieren, der sich in einem Zusammenhang mit konsumbetonten Vergesellschaftungsformen einstellt, so scheint sich im Schatten der spätmodernen Kultur von

Individualisierung und Diversität ein Punkt auffinden zu lassen, der durch eine Vielzahl von Konflikten, gegensätzlichen (weil selbstbezogenen) Lebensentwürfen wie Intoleranzen geprägt wird (vgl. Hall/Winlow 2006). Dabei muss ein Fokus auf die gestiegene Emotionalität von Kriminalitätsdiskursen geworfen werden (vgl. Vaughan 2002). Transgression und Rachsucht bilden demnach zwei Facetten der Spätmoderne heraus, die sich rund um Sicherheit wie Transgression auffinden lassen (vgl. Young 2003). Intoleranz durch sowie gegenüber Abweichung scheint analytisch zentral: „Wenn unmittelbare Befriedigung der einzige Weg ist, um das nagende Gefühl der Ungewissheit zu ersticken (ohne damit das Verlangen nach Sicherheit und Gewissheit stillen zu können), gibt es keinen einsichtigen Grund, Toleranz gegenüber Dingen und Menschen zu üben, die mit der Suche nach Befriedigung auf den ersten Blick nichts zu tun haben [...]“ (Bauman 2003: 194).

Eben an dieser Stelle ließe sich auch eine neue Kultur der Punitivität verorten. Und gerade vor dieser Hintergrundfolie einer neuen Punitivität, die durch ein konsumgesellschaftliches Setting evoziert wird, lassen sich einige neuere Theoriemodelle gegenüber strafbetonten Tendenzen und Reaktionen sozialer Kontrolle auffinden, die bisher keinerlei Entsprechungen im deutschsprachigen Wissenschaftsdiskurs aufweisen. Generell erscheinen hier neuere Straftrends wie Strafeinstellungen geprägt durch Exzess und in einer metaphorischen Nähe zu anderen „binge“ Phänomenen (wie *binge drinking*, *binge eating* etc.). Sie werden geprägt durch eine alltägliche Einstellung gegenüber Sicherheit, die weitestgehend der Haltung von Konsumenten gegenüber einer Ware entspricht. Es ist der Wunsch zu konsumieren, der sie anleitet bzw. ästhetischen Entscheidungen und Zugehörigkeiten untergeordnet. Somit lassen sich diese neueren Diskussionen innerhalb der anglo-amerikanischen Kriminologie auch als kulturell informierte Alternativerklärungen gegenüber Deutungen verstehen, die eine Regierung mittels Kriminalität (Sack 2004, Simon 2008, Snacken 2010 zum Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Arrangements) betonen oder aber neuere Konfliktlinien eines vertikalen wie horizontalen Klassenkampfes im Sinne von Lebensstilpolitiken (Garland 2008, Young 2003, kritisch Brown 2006) thematisieren.

Die McDonaldisierung von Sicherheit? Kriminologische Randnotizen zu einer strafrechtlichen Ökonomie des Exzesses am Ende der Strafrechtsmoderne

Doch welche Rolle können theoretische Konzepte von Exzess im Rahmen einer Erklärung der Punitivität spielen? Sicherlich lässt sich aus einer liberalen kriminologischen Position anmerken, dass Strafe neben ihren leidzufügenden Mo-

menten immer auch bereits ein Exzess innewohnt, der von einem symbolischen Mehrwert oder einer Integration in die symbolische Ordnung stärker abhängig ist, als von ihrem „realen“ disziplinierenden Nutzen im Sinne einer erfolgreichen Reintegration in die Gesellschaft, die Strafrituale weitestgehend verfehlen (vgl. Ostendorf 2010, Reiner 2007)². Gerade in Hinblick auf „Erfolgsindikatoren“ wie die Rückfallquote des Jugendstrafvollzuges müsste sich ein moderner kriminalpolitischer Realismus gegen eine Ausweitung des Strafens wie der Haftdauern wenden. Befunde, wonach ambulante Maßnahmen in ihrer Wirkweise stark einschneidenden und leidzufügenden stationären Sanktionen überlegen sind, bilden einen kriminologischen Allgemeinplatz, dessen politisch zivilisierender Einfluss allerdings in den letzten Jahren zu schwinden scheint³. Die rationale Logik eines bürokratischen Staates scheint in kriminalpolitischen Maßnahmen hinter sich gelassen worden zu sein (vgl. Hallsworth 2000: 149 ff.). Kriminalpolitisch Grenzen des Strafens betonendes Wissen, wie es häufig im modernen Strafrechtsdiskurs auffindbar war, verliert demnach gegenwärtig an Bedeutung. Gerade die Frage nach möglichst effektiver technischer Sicherheitsproduktion verändert das professionelle Strafrechtsdenken hin zu einem neoliberalen Risikomanagement (vgl. Feeley/Simon 1994: 188). Folgt man Simon Hallsworth wird eine sich begrenzende Ökonomie staatlichen Strafens durch eine kriminalpolitische wie kriminologische Exzess Ökonomie gegenüber unterschiedlichen Bedrohungen durch „Andere“ ersetzt:

„In particular and following Bataille, this criminology marks a sustained attack upon the ‘restricted economy’ that constituted the normative parameters within which modern penal regimes developed. It is my premise, that when we think through the genesis of the current punitive shift, this must be seen as engineered not only by the purification of modernity that had also shaped the way in which western penal systems have evolved and developed“ (Hallsworth 2000: 150).

- 2 Folgt man unter anderem Robert Reiner (2007, S. 10), besteht ein empirisch berechtigter Grund zur Skepsis gegenüber positiven Einschätzungen jedweder Polizei- wie Kriminalpolitik, da sie nur einen sehr marginalen Einfluss auf Kriminalitätsentwicklungen haben. Eher erschließt sich das Feld als Herrschaftsmodus oder Machstechnologie, die vor allem den Sozialkörper trennt, anordnet, organisiert oder Subjekte ausgrenzt.
- 3 Ein Blick auf punitive Trends in der Kriminalpolitik scheint selber verkürzt. Das Bild eines „punitive turns“ erschließt sich erst, wenn er in einem Zusammenhang mit Transformation sozialpolitischer wie sozialpädagogischer Interventionen (z.B. Ausbau der Kontrollfunktionen der Jugendämter, Aktivierungspädagogik, Einführung der Strafologik in der Sozialgesetzgebung) betrachtet wird.

Setzte der moderne Strafrechtsstaat auf eine begrenzte Ökonomie des Strafens, die ihn an Prinzipien eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates banden und auf seine resozialisierende Produktivität zielten, scheint nun der Sinn und Zweck des neoliberalen Strafens eben in seiner symbolischen Funktion und einschreibenden Trennungen auffindbar zu sein.⁴ Dieses System, so Hallsworth, vereinigt im Rahmen seiner expressiven Strafdarstellung wie seiner Sicherheitsbetonung de Sade'sche wie kafkaeske Züge in sich:

„This is a regime which is Kafakesque and de Sadean to an equal degree: Kafakesque in that such regimes are organized around a series of rules which are in equal part meaningless, arbitrary and malevolent, and de Sadean in the degree to which they are designed to be systematically cruel“ (Hallsworth 2000: 155).

Eben dieses Zusammenspiel aus gewaltförmigen wie hochrationalen Strafmustern deutet Barry Vaughan (2002: 196 ff.) als mimetisches Ergebnis des weiter oben beschriebenen Zusammenspiels eines konsumbezogenen Kapitalismus mit Tendenzen zur Individualisierung. Ähnlich den Überlegungen von Hallsworth (2000) werden die rational-kalkulativen Momente kriminalpolitischer Entscheidungen und Diskurse durch imaginäre Kontrollvorstellungen unterlaufen. Kulturelle Grenzziehungen, die Wünsche und Begehren sozialisieren, verlieren demnach an Bindungskraft, während sich Individuen der Unterscheidung von Eigenem und Anderem entgegengesetzt begreifen. Ähnlich im Falle des kollektiven Bewusstseins bei Durkheim wird der Moment hervorgehoben, durch den sich individuelle Akteure entlang dieser Affektstruktur gegenüber Außenseitern vergemeinschaften lassen (Vaughan 2002: 198 u. 204). Bedrohung und Unsicherheit werden in diesem Sinne zu rhetorischen Vehikeln, die spätmoderne Individuen binden können. Andererseits scheinen die Integrationspotenziale punitiver Diskurse vor dem Hintergrund eines konsumgeleiteten Individualismus, wie er bereits weiter oben am Beispiel transgressiver Kulturen angedeutet wurde, prekär. Sie werden zu Momenten, die Distinktionen bzw. Verantwortung betonen und die gefühlte eigene Position im sozialen Feld markieren:

„The anxiety and despondency among the members of civic society threatens the political state; this mood is picked up on by the state and magnified against certain

4 Simon Hallsworth (2000, S. 154) führt in diesem Kontext vor allem US-amerikanische Reformen wie die „three strikes“ Gesetzgebungen oder aber das System „mandatory sentence“ an, die zum Teil drakonische Strafe im Falle des Besitzes kleiner Mengen von Drogen vorsehen. Ihre Implementation erscheint als ein Referenzverlust des strafrechtlichen Diskurses innerhalb der Spätmoderne, der sich über eine neue Bedeutung von Sicherheitsüberlegungen skaliert.

people. Anxiety is displaced onto individuals who are held responsible for collective problems and who are labeled as ‘the origin and cause of all that is harmful’, transposing the weight of collective responsibility onto the individual“ (Vaughan 2002: 205).

Zum Kern der Formation: Ein „All You Can Eat“ und „Super-Max Me“ innerhalb des Sicherheitsdiskurses?

Bisher wurde ein Punitivitätsexzess allein in einem Zusammenhang mit einer Veränderung innerhalb des Strafsystems interpretiert. Schaut man sich allerdings viele Fragen gegenwärtigen Konsums an, scheint die Problematik im Strafsystem weniger besonders, beziehungsweise, lässt sich feststellen, dass ein modernes Verständnis lange Zeit zivilisierend wirkte und den staatlichen Strafwillen wie legitime Äußerungen auf Expertendiskurse begrenzte. Autoren wie Ian Loader (2009) und Jonathan Simon (2010) betonen innerhalb ihrer neueren Publikationen die Existenz einer umfassenderen „supersize“-Kultur und eines „binge“-Phänomens, die auch den Bereich der Punitivität durchdringen. Punitivität verkörpert somit etwas wie einen Strafkonsum der Gesellschaft. Die Erfüllung und Anpassung an Kundenwünsche bzw. -vergnügen scheinen innerhalb der neueren Konsum- und Dienstleistungsökonomien zentral. Selbiges gilt auch für den neoliberal restrukturierten Sicherheitsbereich und seine gegenwärtige Artikulation. Nicht die Logik des Sicherheitssektors (staatlich oder privat) kontextualisiert umfassend die neuere Kultur der Kontrolle und den gegenwärtigen „punitiv turn“, sondern die zugrunde liegenden Mentalitäten und Sensibilitäten leiten sich aus anderen Alltagssphären ab, die weitestgehend auch auf marktförmig vermittelten Ökonomien des Exzesses beruhen (vgl. Loader 2009: 242). Der Alltagskonsum von günstigen Flugreisen, komfortablen SUVs, „supergroßen“ Schokoriegeln für die kleine Pause, „to-go“ Bechern, leicht zugänglichen Kleinkrediten, Alten- und Kinderpflegetätigkeiten, Schönheitsoperationen, aber auch Mobiltelefone und Zugänge zu Informationen, Bildern und Unterhaltung weisen tendenziös in dieselbe Richtung.⁵ Sie alle wollen sich ihren Nutzern und Konsumenten in ihren Alltagsvollzügen anpassen, verändern aber auch zeitgleich deren Mobilitätsmuster und Raumkonstruktionen.

Das Sicherheitsbedürfnis weist sowohl nach Loader (2009) als auch bei Simon (2010) Parallelen zum Konsum kalorienreicher Nahrung und den damit einher-

5 In ähnlicher Weise konstruierte Zizek (2005, S. 267 ff.) seinen Zugang zur neoliberalen Biopolitik und Kontrollgesellschaft, in dem er sich auf die Frage von Schokoladenabführmitteln, „safer sex“ bzw. entkoffeinierten Kaffee konzentrierte.

gehenden individuellen und sozialen Problematiken auf. Die von den Autoren als Beispiel erwähnte Eiscreme, erscheint uns zwar süß und weckt häufig die Lust auf Mehr, allerdings auch auf Kosten von gesteigerter Fitness und Selbstkontrolle oder dem Wachsen an Masse, sprich die Proportionalität erscheint gefährdet. So lassen sich zeitgleich mit dem Anwachsen von inhaftierten Populationen und Sicherheitspolitiken auch eine Zunahme an Essstörungen oder eine „housing bubble“ im Falle gehobener wie sicherer Wohnangebote für die USA anführen (vgl. Simon 2010)⁶. Auch sie können als Hinweise verstanden werden, die eben mit einem solchen Kontext in Beziehung stehen und auf dessen problematisches Ende verweisen. Sicherheitsbelange verweisen zwar auf einen dramatischen wie moralischen Moment des Alltagslebens, stehen allerdings in dessen Verlauf nicht alleine dar, sondern bilden immer noch nur einen Teil eines größeren kulturellen Zusammenhangs ab, der sich der Kriminologie bisher weitestgehend nicht erschlossen hat:

„What these seemingly disparate things commonly give effect to and symbolize its idea that the world is – or at least ought properly to be – organized so that one’s immediate desires can be instantly satisfied in ways which often permit one to disregard, perhaps even trample over, the interests, feelings and well-being of others. It is a world that pays homage to self-regarding self-fulfilment; where speedy access to what one craves is paramount; where the great enemies are obstacle and delay“ (Loader 2009, S. 242).

Dabei ließe sich anmerken, dass eben diese Matrix den Sicherheitsbereich neu anordnet. Sei es im Sinne von „quality of life“ Verstößen, Fragen persönlicher Sicherheit an entsprechenden Orten. Weiterhin erfordern sie als Reaktion dieselbe zügige oder auch ernsthafte Bearbeitung wie es auch für Kriminalität und Sicherheitsfragen gilt. Es handelt sich demnach um die aktuell essentiell gewordene Erfahrung des Selbstmanagements im Alltagsleben, das auch Fragen von Sicherheit nicht ausklammert, während zeitgleich zentrale Autoritäten und begrenzende Normen an Bedeutung verlieren. Das regulative Moment des emotionalen Haushaltes einer Gesellschaft, wie ihn noch Durkheim konzipierte, um letztendlich Stabilität zu erklären, scheint damit unterlaufen. Angereizt wird ein Begehren, welches das Einlassen auf hinderliche Barrieren oder Widerstände

6 In diesem Zusammenhang arbeitet Jonathan Simon allerdings auch die Parallelen von Wohnungsangeboten und Nahrungsmitteldistribution zu Sicherheitsstrategien heraus, da diese auch verstärkt unter Sicherheits- bzw. Risikogesichtspunkten geplant, thematisiert, vertrieben und kritisiert werden. Ein Beispiel wäre hierfür das Design und die Einrichtung von Fastfood-Ketten nach Sicherheits Gesichtspunkten innerhalb der Restaurants wie im Falle von Drive-In Angeboten.

als individuell bedrohlich wahrnimmt. Folgt man Ian Loader (2009: 246-247) stellt sich bei den Akteuren das Verlangen nach Strafen als eine Art von individuellem Appetit nach Sicherheit ein, der sich nicht signifikant vom Wunsch nach anderen Konsumgütern und vor allem nicht vom Appetit auf kalorienreiche Nahrung unterscheidet. Es kommt zu einer kulturellen De-Regulation von Sicherheitsbedürfnissen. Manche Individuen lassen sich innerhalb einer solchen Lage gehen, neigen zu extremen Konsumformen und Wünschen, andere binden sich an kollektive Werte und Orientierungen. Der liberale Rechtsstaat und Justizakteure erscheinen hier als unwillig oder kontraproduktiv das Bedürfnis zu sichern (z.B. im Falle der Nutzung sicherheitsindustrieller Angebote), während andere Individuen ein anderes Verständnis von Konsumbudget aufweisen bzw. andere Prioritäten setzen (z.B. im Sinne von Überwachungskritik gegenüber der Kontrolle des Internets). Das Selbstverständnis welches gegenüber Sicherheitsakteuren eingenommen wird, entspräche damit weitestgehend einem Muster, das man auch bei sonstigen Konsum- und Lebensstilentscheidungen verfolgt. Der Staat wiederum gibt sich häufig als ein Akteur, der vor allem mit dem Aufbau eines ausgeweiteten Präventivangebotes in der Lage erscheinen könnte, die unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse einzufangen, ohne dabei eine klare Linie zu verfolgen. Doch gerade aus dieser Haltung heraus ließen Deutungen entwickeln, wonach das öffentliche Vertrauen in kriminalpolitische Entscheidungen weiter erodiere.

Nicht so regiert werden?

Vor diesem Hintergrund gelesen, erscheinen kriminalpolitische Exit-Strategien, die sich ausschließlich auf ein anderes oder rationales Regieren von Sicherheit einlassen ebenso zu kurz fokussiert wie sozialpolitische Ansätze, die auf Umverteilung oder Befähigung abzielen. Folgt man diesen Diskursen erscheint die Skalierung als ein zentrales soziales Problem gegenwärtiger Konsumkulturen, die eben nicht mehr durch generelle Regeln gesichert werden (vgl. Simon 2010). Dies gilt auch für den Sicherheitsbereich und Fragen von Punitivität. Aber anders als in anderen Bereichen, zum Beispiel in Ernährungsfragen, lassen sich hier kaum populäre Akteure auffinden, die zur Mäßigung aufrufen oder sich für eine Gesundheitsbildung gegenüber Übergewicht stark machen⁷. Auch Nachhaltig-

7 So wie im Falle von First Lady Michelle Obama und ihrem Auftritt in amerikanischen Fassung der „Sesame Street“ zu sehen, bei dem sie sich für Gemüse und Bewegung stark macht (<http://www.youtube.com/watch?v=GhGWSfraqyQ>, 16.05.2011).

keit ist bisher kein Thema von lokalen oder nationalen Strafrechtsdiskursen, zumindest nicht im Vergleich mit globalen Fragen des Energiekonsums. Besonders die Evaluation von sozialen Folgekosten sicherheitspolitischer Entscheidungen wie der Ausweitung von Inhaftierung und der Intensivierung sozialer Kontrolle nach Risikoprofilen fehlt weitestgehend⁸. Schlussendlich bedarf es einer veränderten Kultur gegenüber punitiven Tendenzen in Sicherheitsfragen, die Raum für nachhaltige Politiken des Sozialen offen lässt. Das spezifische Problem im Straf- und Gefängnisbereich gegenüber anderen Feldern stellt allerdings ein anderes dar: Das Verbrechen (ähnliches gilt noch stärker für „das Risiko“) verkörpert sicherlich eine natürlich unbegrenzte Ressource, da tendenziell alle Handlungen die Möglichkeit in sich tragen, kriminalisiert und als abweichend oder störend betrachtet zu werden (vgl. Christie 2004: 24 ff.). Aber auch die Suche nach Sicherheit kennt keinen „natürlichen“ Grenznutzen. Wann ist es in demokratischen Gesellschaften also genug, wenn es um die Organisation von Strafe und Kontrolle geht?

Literatur

- Bauman, Zygmunt 2003: *Flüchtige Moderne*, Frankfurt am Main
- Brown, Elizabeth 2006: The dog that did not bark. Punitive social views and the 'professional middle classes', in: *Punishment and Society* 8, S. 287-312
- Bullasch, Ute 1988: *Rechtsnorm und Rechtssystem in der Normentheorie Emile Durkheims*, Frankfurt am Main
- Christie, Nils 2005: *Wieviel Kriminalität braucht die Gesellschaft?*, München
- Feeley, Malcom/Simon, Jonathan 1994: *Actuarial Justice: the Emerging New Criminal Law*, in: Nelken, David (Hrsg.): *Futures of Criminology*, London
- Ferrell, Jeff/Hayward, Keith/Young, Jock (2008): *Cultural Criminology. An Invitation*, Los Angeles und London
- Garland, David 1990: *Punishment and Modern Society. A Study in Social Theory*, Oxford.
- 2001: *The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society*, Oxford.
- 2006: *Concepts of culture in the sociology of punishment*, in: *Theoretical Criminology* 10, S. 419-447
- 2008: *A culturalist theory of punishment?*, in: *Punishment and Society* 10, S. 259-268
- Gebhart, Werner 1990: *Strafe und Verbrechen. Die Theorie Emile Durkheims*

⁸ Der hochrangigste Diskurs dieser Art in der Bundesrepublik stellt aktuell sicherlich die Frage der Sicherheitsverwahrung und ihrer sozialen wie psychischen Kosten dar.

- Gebhart, Werner 2006: *Recht als Kultur. Zur kulturosoziologischen Analyse des Rechts*, Frankfurt am Main
- Hayward, Keith 2004: *City Limits: Crime, Consumerism and the Urban Experience*, London
- Hallsworth, Simon 2000: *Rethinking the Punitive Turn: Economies of Excess and the Criminology of the Other*, in: *Punishment and Society* 2, S. 145-160
- Hollway, W./Jefferson, Tony 1997: *The risk society in an age of anxiety: Situating Fear of Crime*, in: *British Journal of Sociology* 48, S. 255-266
- Karstedt, Susanne 2006: *Emotions, Crime and Justice: Exploring Durkheimian Themes*, in: Deffem, Mathieu (Hrsg.), *Sociological Theory and Criminological Research: Views from Europe and the United States*, Amsterdam, S. 223-248
- Karstedt, Susanne 2007: *Die Vernunft der Gefühle: Emotion, Kriminalität und Strafrecht*, In: Hesse, Henner/Ostermaier, Lars/Paul, Bettina (Hrsg.), *Kontrollkulturen. Texte zur Kriminalpolitik im Anschluss an David Garland*, *Kriminologisches Journal*/9. Beiheft, S. 25-45
- König, René 1968: *Theorie und Praxis in der Kriminalsoziologie*, in: Sack, Fritz/König, René (Hrsg.), *Kriminalsoziologie*, Frankfurt am Main, S. IX-XV.
- Krasmann, Susanne 2003: *Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart*, Konstanz
- 2005: *Mobilität: Videoüberwachung als Chiffre einer Gouvernementalität der Gegenwart*, in: Hempel, Leon/Metelmann, Jörg (Hrsg.): *Bild – Raum – Kontrolle. Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels*, Frankfurt am Main, S. 308-324
- Loader, Ian 2009: *Ice cream and incarceration. On appetites for security and punishment*, in: *Punishment and Society* 11, S. 241-257
- Lukes, Steven 1975: *Émile Durkheim. His Life and Work. A Historical and Critical Study*, London
- Measham, Fiona 2004: *Drug and Alcohol Research: The Case for Cultural Criminology*, in: Ferrell, Jeff/Hayward, Keith/Morrison, Wayne/Presdee, Mike: *Cultural Criminology unleashed*, London, S. 207-218
- Ostendorf, Heribert 2010: *Strafverschärfungen im Umgang mit Jugendkriminalität*, in: Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): *Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog*, Wiesbaden, S. 91-104
- Presdee, Mike 2000: *Cultural Criminology and the Carnival of Crime*, London/New York
- Reiner, Robert 2007: *Law and Order. An Honest Citizen's Guide to Crime and Control*, Cambridge
- Rock, Paul 2005: *Chronocentrism and British Criminology*, in: *British Journal of Sociology* 56, S. 473-491
- Sack, Fritz 1978: *Probleme der Kriminalsoziologie*, in König, René (Hrsg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 12, 2. Auflage, Stuttgart, S. 192-492

- Sack, Fritz 2004: Wie die Kriminalpolitik dem Staat aushilft. Governing through Crime als neue politische Strategie, in: Lautmann, Rüdiger/Klimke, Daniela/Sack, Fritz: Punitivität. 8. Beiheft zum Kriminologischen Journal, Weinheim, S. 30-50.
- Schierz, Sascha 2009: Wri(o)te: Graffiti, Transgression und Cultural Criminology in der Kontrollgesellschaft, Vechta
- 2009a: Blood on the Dance Floor – Eine Soziologie des spätmodernen Nachtlebens anhand neuerer Ethnographien zu Night Time Economy, Gewalt und Gender, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 1, S. 5-16
 - 2010: Fragmente postmoderner Lebensformen jenseits der Kneipe – Eine Topographie städtischer Sozialräume bei Nacht und ihrer Problematisierung anhand des öffentlichen Trinkens, in: Soziale Probleme 1, S. 73-96
- Schmidt-Semisch, Henning 2002: Kriminalität als Risiko. Schadensmanagement zwischen Strafrecht und Versicherung, München.
- Simon, Jonathan 2010: Do these prisons make me look fat? Moderating the USA's consumption of punishment, in: Theoretical Criminology 14, S. 257-272
- Smith, Philip 2008: Punishment and Culture, Chicago
- Smith, Philip./Alexander, Jeffrey C. 2005: Introduction: the new Durkheim, in: Smith, Philip./Alexander, Jeffrey C. (Hrsg.)The Cambridge Companion to Durkheim, Cambridge, S. 1-37
- Snacken, Sonja 2010: Resisting punitiveness in Europe?, in: Theoretical Criminology 14, S. 273-292
- Stanley, Christopher 1997: Politics And Ethics in Cultural Criminology. A Reading of Blanchot's The Most Hight, in: Crime, Law & Social Change 39, S. 1-25
- Vaughan, Barry 2002: The punitive consequences of consumer culture, in: Punishment and Society 4, S. 195-211
- Wacquant, Loic 2009: Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit, Opladen & Farmington Hills, MI
- Winlow, Simon/Hall, Steven 2006: Violent Night. Urban Leisure and Contemporary Culture, Oxford/New York
- Young, Jock 2003: Merton with energy, Katz with Structure: The sociology of vindictiveness and the criminology of transgression, in: Theoretical Criminology 7, S. 388-414
- Whitman, J 2005: The comparative study of ceiminal punishment, in: Annual Review of Law and Social Science, 1, S. 17-34.
- Zizek, Slavoj 2005: Körperlose Organe. Bausteine für eine Begegnung zwischen Deleuze und Lacan, Frankfurt am Main

*Dr. Sascha Schierz, Driverstraße 22 D-49377 Vechta
E-Mail: sascha.schierz@uni-vechta.de*

*Dr. Herbert Reinke, Elberfelder Str. 35, 10555 Berlin
E-Mail: reinke@uni-wuppertal.de*



Heinz Sünker

Kindheitsforschung, Bildungspolitik, Demokratisierung von Gesellschaft

I.

Kindheit, vor allem frühe Kindheit – und ihre Pädagogik (vgl. Wood 2008) –, ist seit Beginn der neoliberalen Offensive über das Konzept von „social investment“, also Ausgaben als Investitionen in Kinderleben werden als profitabel gedacht, ins Interesse von entsprechenden Gesellschaftsregulierungen geraten (Schütter 2006; Hendrick 2010); die „Bildungsschicht“ sucht zudem in verstärkter Weise mithilfe von Klassenstrategien wie Klassenpraktiken die Formierung ihrer Kinder wie deren („erfolgreiche“) Lebenswege zu determinieren (Vincent/Ball 2006). Komplementär dazu verhalten sich neoliberale Versuche, den Bildungsbereich mit Prozessen von „marketisation“ und „commodification“, wie es vor allem in der angelsächsischen kritischen Bildungsforschung analysiert und genannt wird (vgl. Whitty 1998; Wexler 1999; Ball 2003; Widersprüche 2002; Sünker 2003: Kap. II; Sünker i.D.), stromlinienförmig auf Kapitalverwertungsbedürfnisse auszurichten.

Damit gerät die Frage nach möglichen Vermittlungen zwischen Kindheitsforschung und Bildungsforschung, Kinderpolitik und Bildungspolitik ins Spiel, lässt sich zugespitzt diskutieren, wenn sie mit der Frage nach einer demokratischen Zukunft unserer Gesellschaft(en) verknüpft wird (Sünker 2008; Bühler-Niederberger/Sünker 2008). Denn diese, gegen den Neoliberalismus gerichtete Perspektivierung verdeutlicht die Bedeutung von Urteilskraft, Reflexivität, Handlungsfähigkeit und Bewusstsein der nachwachsenden Generationen für eine qualifizierte demokratische Zukunftsfähigkeit, in die Individuelles und gesellschaftlich Allgemeines (Sünker 2007) miteinander einhergehen¹; dies verweist

¹ Auf diesen gesellschaftstheoretischen wie –politischen Zusammenhang verweisen Bowles/Gintis (1987: 3), wenn sie formulieren: „This work is animated by a commitment to the progressive extension of people’s capacity to govern lives and social histo-

somit immer auch auf die Bedeutung von Bildungsprozessen, die die Grundlage für derartige Entwicklungen und ihre möglichen Ergebnisse als Demokratisierung von Gesellschaft verkörpern.²

Auf klassenspezifische Bedingungen, die ihr organisierendes Zentrum in der Reproduktion sozialer Ungleichheit mithilfe unterschiedlicher Institutionen haben, dieser Kompetenzen in den Konsequenzen für individuelle Lebensgestaltung wie gesellschaftliches Bewusstsein verweisen Überlegungen P. Bourdieus, wenn er herausstellt, dass zwar „allen ein gleiches Recht auf persönliche Meinung zuerkannt wird, aber nicht allen die Mittel an die Hand gegeben werden, dieses formal universelle Recht auch wahrzunehmen“ (2001: 89). Und in seiner Studie „Die feinen Unterschiede“ präzisiert Bourdieu das Problem des Politischen in der Habitusformierung in den Konsequenzen für Bewusstsein und Handlungspotenziale:

„Um den Zusammenhang von Bildungskapital und Geneigtheit, auf politische Fragen zu antworten, angemessen zu erklären, genügt nicht der Rückgriff auf die durch den Bildungstitel garantierte Fähigkeit zum Verstehen, zur Wiedergabe oder selbst noch zur Hervorbringung des politischen Diskurses; hinzukommen muss vielmehr noch das – gesellschaftlich gebilligte und geförderte – Gefühl, berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren, über die Autorität zu verfügen, um über Politisches in politischen Begriffen zu sprechen, also eine spezifische politische Bildung einzusetzen, [...]“ (1984: 639).

In Frage steht mithin, was als Voraussetzung für Demokratie und Zukunftsfähigkeit gemeinhin als normal vorausgesetzt wird: Die Beteiligung der Mitglieder der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft an politischen Belangen, deren Basis in der Doppelsozialisation von Bourgeois und Citoyen besteht. In Frage steht auch, was in der sozialwissenschaftlich orientierten Kindheitsforschung in der Folge der Ablösung vom Sozialisationsparadigma (vgl. Bühler-Niederberger/Sünker 2008) gesetzt wird: die Modellierung des Kindes zum relativ autonomen, kompetenten Akteur, damit die Ablösung naturalistischer Vorstellungen

ries. Making good this commitment, we will argue, requires establishing a democratic social order and eliminating the central institutions of the capitalist economy. So stark an opposition between ‘capitalism’ and ‘democracy’, terms widely held jointly to characterize our society, may appear unwarranted. But we will maintain that no capitalist society today may reasonably be called democratic in the straightforward sense of securing personal liberty and rendering the exercise of power socially accountable.“

2 Ohne die Bedeutung der Debatte um „Kindeswohl“ (vgl. Kotthaus 2008; Sünker/Moran-Ellis 2008) gering, weil individuell(er), schätzen zu wollen, ist doch hier auf eine weitergehende Perspektive zu verweisen.

und Bilder vom Kind, einhergehend mit einer Verteidigung der Lebensphase Kindheit gegen dessen Degradierung zur bloß transitorischen Phase (vgl. James/Prout 1997; Honig 1999).³ Verlängert wird vielmehr eine Problemstellung, wie sie in prominenten Gesellschaftsanalysen zu unterschiedlichen Gestaltungen des Kapitalismus leitmotivisch immer wieder vorgestellt worden ist: Es handelt sich um den Zwiespalt zwischen technologischer Überentwicklung auf der einen und sozialer Unterentwicklung auf der anderen Seite (Castells 1998: 359), damit um einen Mangel gesellschaftlicher, gesellschaftlich verantworteter Gestaltungsfähigkeit mit humaner Perspektive – mit bislang immer wieder katastrophalen Folgen in der modernen Menschheitsgeschichte, wie sich nicht zuletzt für Deutschland im letzten Jahrhundert erwiesen hat.

Der „neue“ Blick auf Kindheit und Kind (vgl. Lange 1995: 65 f.) sollte in Verbindung mit Konzeptualisierungen von Kinderpolitik sowie dem Kinderrechtsdiskurs auf der Seite der nachwachsenden Generationen zumindest entscheidende Voraussetzungen für eine Änderung dieser mangelhaften zivilisatorischen Entwicklungen in vielfältigen Kontexten lokaler wie globaler Art bereitstellen (vgl. Güthoff/Sünker 2001; Sünker/Swiderek 2002; Sünker/Swiderek 2003).

II.

Einen entscheidenden Ausgangspunkt kann diese Debatte mit der Interpretation wesentlicher Artikel der UN-Konvention für die Rechte des Kindes nehmen, ohne dabei die notwendigen Differenzierungen zwischen den Besonderungen in den Lebenslagen und Lebensweisen von Kindern zu negieren. Diese Differenzierungen sind wesentlich und notwendig, sie folgen Bestimmungen von Klasse, race, gender. Auf den Punkt gebracht lautet das analytische Problem: „Aus reichen Kindern werden reiche Eltern“ (Esping-Andersen 2003). Allein, gegen diese notwendigen Differenzierungen, die ihr Zentrum in der Reproduktion sozialer Ungleichheit – und dies in wesentlicher Weise durch das Bildungssystem – haben, gilt es, die Herausforderungen der UN-Konvention aufzunehmen und für eine Diskussion zu nutzen, mit der Kinderpolitik und Bildungspolitik sich verknüpfen lassen.

Im Ausgang geht es um das „Wohl des Kindes“, dessen Vorrang vor allen anderen Gesichtspunkten (Art. 3); eine Bestimmung, die mit jener unmittelbar

3 Gesellschaftsanalytisch relevant – weil auf spezifische Macht- und Herrschaftsverhältnisse verweisend – ist auf dieser Folie die Rede von „generationaler Ordnung“ und „generationalem Kapital“ (Bühler-Niederberger/Sünker 2002).

zusammenhängt, dass „das Überleben und die Entwicklung des Kindes“, so wird ausdrücklich formuliert, „in größtmöglichem Umfang“ zu gewährleisten sei (Art. 6). Bilden somit die Wohlfahrt, das Wohlergehen des Kindes die Grundlegung einer Debatte um Entwicklungsmöglichkeiten und ein qualifiziertes Leben wie Überleben, in das auch die Frage des „Lebensstandards“ (Art. 27) eingelassen ist, so beziehen sich weitere Bestimmungen ganz konkret auf Schutzrechte – vor allem Schutz vor Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung (Art. 19).

Verbunden mit der Freiheit, sich Informationen zu beschaffen und seine Meinung zu äußern (Art. 13), gilt die Bestimmung, den Kindeswillen im Kontext seiner Lebenswelt zu achten (Art. 12). Dementsprechend wird dem Kind auch ein Recht auf Bildung, auf Berufsausbildung zugesprochen, wobei dies mit konkreten Bildungszielen verknüpft wird, die eine gelungene Persönlichkeitsentwicklung wie Gesellschaftsfähigkeit in den Vordergrund stellen (Art. 28, 29).

Insgesamt lässt sich der Gehalt der Konvention durch die drei Dimensionen Schutz, Versorgung und Partizipation bestimmen wie strukturieren, so dass sich in der Relationierung dieser Dimensionen das ergibt, was als herausfordernder Charakter der Konvention zu nennen und konzeptuell jeweils historisch konkret zu entwickeln ist.

1. Schutz: Auch wenn die Semantik von Schutz dem Umfeld eines traditionellen Zugangs zum Kindheitsthema zuzurechnen ist, sich dies mit der Ideologie der Kinder-Rettung und deren Widersprüchen⁴ verbindet, besteht heute die Aufgabe, jenseits paternalistischer, damit bevormundender oder direkt auf Sozialkontrolle ausgerichteter Modelle, neue Vorstellungen zu entwickeln, um das Thema „Generation und Gewalt“ nicht aus den Augen zu verlieren. Es geht um die Weiterentwicklung einer Debatte um die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern, die angesichts anderer in Lebensläufe eingelassener Probleme nicht in ein generationales Defizit umgedeutet werden darf.
2. Versorgung: Auch hier handelt es sich auf den ersten Blick um eine traditionsgeleitete Herangehensweise, die aber mit Bezug auf die „westlichen“ Gesellschaften unter der Überschrift „Sozialstaat und Sozialpolitik“ zunächst einmal Armut und Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern zu skandalisieren hat. Weiter handelt es sich um das Thema „private und öffentlich Erziehung/ Bildung“, damit um die Kontextualisierung von Bildungs- und Jugendhil-

⁴ Zu diskutieren ist hier vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen mit „guten Absichten“, d.h. der Pädagogisierung gesellschaftlich verursachter Probleme, was sich daraus an Konsequenzen für den Umgang mit als nicht-konform definierten Kindern und Jugendlichen ergibt (vgl. Dekker 2001).

fepolitik, die gleichfalls in ihren gesellschaftspolitischen Dimensionen aufzuschlüsseln ist. Zudem ergibt sich aus der Forderung der Konvention nach einer internationalen Verantwortungsübernahme für die nachwachsenden Generationen insgesamt die Aufgabe, sich mit Konzeptionen von „basic needs“ und „basic education“ auseinanderzusetzen.

3. Partizipation: Mit dieser Kategorie verbinden sich einerseits demokratietheoretisch und demokratiepraktisch interessierte Positionen, die in unterschiedlichen Formen die Förderung von demokratischer politischer Kultur zwecks Stärkung demokratischer Verhältnisse bezogen auf eine Gesamtgesellschaft und deren Entwicklungspotenziale sich erhoffen (vgl. Swiderek 2003). Es handelt sich andererseits um Positionen, die sich eine Verbesserung der Lebenssituationen von Kindern nur noch durch eine aktive Beteiligung dieser selbst vorstellen können und die darin eingeschlossen – gegen die Erwachsenenorientierung – auch die Frage nach dem Verhältnis von Abhängigkeit und Autonomie in Lebensweisen und Lebensstilen insgesamt auflösen möchten. Überwunden werden kann damit auch ein restriktives Model von Kompetenz(en) und Inkompetenz(en) (vgl. Hutchby/Moran-Ellis 1998), das nur an Alter orientiert ist. An die Stelle derartiger Modellierung tritt das, was mit Bezug auf die Debatten um die „civil society“ an der Zeit ist, die Orientierung an Bürgerrechten, dies auch in Gestalt der Rede vom Kind als „Rechtssubjekt“.

Die Positionierungen der Konvention sind damit insgesamt betrachtet anschlussfähig für wesentliche Fragen von Kindheitstheorie (mit dem Zentrum „kindliche Subjektivität“) und Kinderpolitik (mit der Priorität von „Partizipation“ anstelle von „Stellvertretung“).

Vor dem Hintergrund dieser kindheitstheoretischen und kinderpolitischen Position ist es ganz entscheidend, auf implizite wie explizite Verknüpfungen mit Bildungstheorie und Bildungspolitik zu achten; denn alle Fortschritte in den Diskursen von Kindheitstheorie und Kinderpolitik wie Kinderrechten erweisen sich als reiner Schein, wenn deren bildungsprozessuale wie -politische Grundlegung übersehen bzw. verkannt wird.

III.

Es geht heute, wie Heinz-Joachim Heydorn, der inspirierendste Bildungsanalytiker des 20. Jh., es genannt hat, um die Konzeptualisierung eines Begriffes von Bildung, der der Gegenwart angemessen ist, der Gerechtigkeit und Demokratie

ermöglicht. Anders als – zumindest mehrheitlich – in hegemonialen, herrschaftsichernden Auseinandersetzungen üblich betrieben, verbindet sich dies mit der gesellschaftstheoretisch wie gesellschaftspolitisch begründeten Einschätzung, dass angesichts der Erfahrungen mit dem katastrophalen 20. Jh. und der Frage nach humanen Perspektiven für das 21. Jh. nicht ökonomisch ausgerichtete, sondern gesellschaftlich-politische Problemstellungen die entscheidenden Grundlagen für eine Debatte um Ansprüche an Bildung und Bildungspolitik sowie Kinderpolitik darstellen. Das bedeutet eine Abgrenzung von bildungsökonomischen Positionen, die mit Humankapitalansatz oder eben der Social-Investment-Rede, der Verwertungs- wie Verkehrslogik des Kapitals folgend, enden.

Dies bedeutet positiv gewendet: Die Bildungsfrage ist zum einen unmittelbar verknüpft mit der Frage nach der Urteilskraft und Kompetenz von Menschen, ihre gesellschaftlichen Beziehungen bewusst zu regulieren, Gesellschaft 'vernünftig' zu gestalten. Dies führt zum anderen zu der entscheidenden Erkenntnis, dass Bildungspolitik Gesellschaftspolitik, damit häufig Klassenkampf, ist – in vielerlei Hinsichten. Am wichtigsten ist dabei die Vermittlung zur Demokratie-Problematik. Dies bedeutet: Demokratie beruht auf Bewusstsein wie Fähigkeiten gebildeter Bürgerinnen und Bürger, die die öffentlichen Angelegenheiten als ihre eigenen begreifen und darum darin eingreifen. Die Basis hierfür besteht in der Bildung aller.

Der entscheidende Skandal in unserer real existierenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft besteht daher darin, dass gesellschaftliche Ungleichheiten, also Klassenverhältnisse, durch Bildung nicht nur nicht überwunden, sondern mehr und mehr reproduziert werden, weil Bildung für Lebensläufe immer entscheidender geworden ist. Pierre Bourdieu hat zur Aufklärung dieses gesellschaftlichen Mechanismus viele Studien vorgelegt.

Dementsprechend lautet auch der skandalöseste Satz in der Deutschen PISA-Studie, mit dem die Folgen scharfer sozialer Selektivität herausgestellt werden: „Kulturelles Engagement und kulturelle Entfaltung, Wertorientierungen und politische Partizipation kovariieren über die gesamte Lebensspanne systematisch mit dem erreichten Bildungsniveau“ (2001: 32). Im Klartext heißt das: Denjenigen, denen die Möglichkeit der Bildung genommen wird – und das hat eben unmittelbar mit ihrer Klassenlage zu tun –, wird lebensgeschichtlich übergreifend auch vieles andere genommen, von Kultur bis zu politischem Bewusstsein, Interesse und Handlungsmöglichkeiten. Konsequenzen hat dies also für Lebenslage, Lebensweise und Lebensqualität, damit auf Chancen der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung, aber immer auch für „Typen der Bildungsorientierung“ (Vester 2003: 9f.). Ins Blickfeld gerät damit zugleich der bedeutsame Zusammenhang

zwischen individuellen Bildungsmöglichkeiten und der Bildung des Politischen; diese als Problem von Demokratisierung und Partizipation.

Verweist also das zitierte PISA-Ergebnis auf eine permanente grundlegende Verletzung von Prinzipien der Demokratie und einer Bildungsidee, die der Aufklärungstradition und dem Bezug auf die Mündigkeit aller Menschen entspricht, so fordert es dazu heraus, sich genauer mit Fragen nach gesellschaftlichen Grundlagen von und hegemonialen Auseinandersetzungen um Bildung zu beschäftigen.⁵ Gefolgt wird dem durch Überlegungen zum Verhältnis von demokratischer Bildung und der Bildung von Demokratie, um abschließend sich dem Problem gesellschaftlich-politischer Perspektiven, die den Zusammenhang von Bildung und sozialer Gerechtigkeit aufzunehmen, zu widmen.

IV.

Im Rahmen eines Bündnisses von Aufklärern und Modernisierern, wie Ludwig von Friedeburg (1994) es genannt hat, kam es vor vierzig Jahren in der Bundesrepublik zu Auseinandersetzungen um bildungspolitische Veränderungen. Begonnen hatte diese Debatte mit G. Pichts Aufschrei über die „deutsche Bildungskatastrophe“, mit dem dieser den „Bildungsnotstand“ erklärte; ausgelöst durch „Sputnikschock“ und eine damit einhergehend vermutete „technologische Lücke“ kam der Ruf nach „Ausschöpfung der Begabungsreserven“ auf. Im Zentrum stand bei Picht – und dies sollte ein gültiges Leitmotiv bis heute werden – die Vorstellung einer Verknüpfung von nationalem Bildungsniveau, d.h. Qualifikationsniveau der Ware Arbeitskraft, mit ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit. Er malte dazu ein Bild, demzufolge „der durchschnittliche Bildungsstandard und die durchschnittliche Leistungsqualifikation der großen Mehrheit der Bevölkerung für lange Zeit unter dem Durchschnitt jener Länder liegen werden, mit denen wir wirtschaftlich und politisch konkurrieren müssen“ (1964: 24; 66).⁶ Zugleich – und dies wird meistens überlesen – benannte er unter der Überschrift „Schulpolitik: die Sozialpolitik von heute“ (1964: 30ff) nachdrücklich „die Ungerechtigkeiten, die mit der Sozialauslese durch die Schu-

5 Zur Entwicklung materialistischer Analysen zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft, Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit, wie sie vor allem angelsächsischen Studien eigen sind s. Sünker/Timmermann/Kolbe (1994); Ball (2003).

6 Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass bis in die Gegenwart hinein die Bildungsausgaben in Deutschland immer mehr als mittelmäßig waren – aller Wettbewerbssemantik zum Trotz (Schmidt 2002).

len verbunden sind“ (32) – eben infolge des dreigliedrigen Schulsystems und des entsprechenden Berechtigungswesens.

Auf demokratietheoretisch wie -praktisch orientierte Perspektiven verwies auch R. Dahrendorf mit seiner Aussage „Bildung ist Bürgerrecht“. Er warb für ein Verständnis von Bildungspolitik als Mittel „Menschen die Teilnahme am Leben der Gesellschaft überhaupt erst zu ermöglichen“ (1966: 25); damit verband sich die Forderung „mehr Bildung für Menschen“ (28) – und dies im Rahmen einer „aktiven Bildungspolitik“.

Wenn man zudem berücksichtigt, dass mit dem ‘Bildungsniveau’ auch die Lebensqualität – intellektuell, sozial, finanziell, gesundheitlich – steigt, dann stellt sich die Frage, die mit dem Verhältnis von Bildungspolitik, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zu tun hat, wie denn hierzulande verhindert werden konnte, dass die permanente Verletzung von Gerechtigkeit im Bildungsbereich einer Gesellschaft mit demokratischen Ansprüchen, also die permanente Benachteiligung von Kindern aus der Arbeiterklasse bei permanenter Privilegierung vor allem der Kinder aus Bildungsbürgertum und Oberklasse, sich fast unwidersprochen hat durchsetzen lassen (vgl. Sünker 2008).

Eine knappe wie präzise Antwort gibt Pierre Bourdieu aus bildungssoziologischer Sicht, wenn er davon spricht, dass „unter all den Lösungen, die im Laufe der Geschichte für das Problem der Übermittlung der Macht und der Privilegien“ gefunden wurden, keine besser „verschleiert“ sei als die mit dem „Unterrichtssystem“ verbundene, die „hinter dem Mantel der Neutralität“ diese Reproduktionsfunktion verberge (1973: 93). Den gesellschaftlichen Kontext bildet für ihn die Vermittlung von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital, d.h. es geht um die Realisierung des Prinzips „wer hat, dem wird gegeben“. Bourdieu erweitert seine Argumentation, wenn er in einer späteren Analyse ausführt:

„Die Erziehungssoziologie ist mithin ein Kapitel, und nicht eines der geringsten, der Wissenssoziologie und der Macht [...]. Weit entfernt, zu dieser Art angewandter, also untergeordneter, nur für die Pädagogik taugender Wissenschaft zu zählen, die man in ihr zu sehen pflegte, gehört sie zur Grundlage einer allgemeinen Anthropologie der Macht und der Legitimität. Sie führt zu einer Erklärung der Mechanismen, die verantwortlich sind für die Reproduktion der sozialen Strukturen und der mentalen Strukturen, die mit jenen genetisch und strukturell verknüpft sind und daher dem Verkennen des wirklichen Charakters dieser objektiven Strukturen und damit der Anerkennung ihrer Legitimität Vorschub leisten“ (2004: 18).

Bildungshistorisch wie systematisch fragt Heydorn nach Zusammenhängen von „Gesellschaftsverfassung und Bildungsinstitution“ und kommt zu dem Schluss, dass Bildung stets „Ideologie und Macht einer bestehenden Gesellschaft absi-

chern“ soll (1994/95: I, 285). Mit Bezug auf die Gegenwart – so formuliert er zur Zeit der ‘Bildungsreform’ – geht es um eine Bildung, „die die maximale Effizienz des Menschen in einer technologischen Gesellschaft sicherstellt, einer Gesellschaft, die auf Anpassung, Wechsel und Mobilität in weithin determinierten sozialen Grenzen beruht“ (I, 284).

Die ideologischen Reden von „Chancengleichheit“ oder – noch übler – „Chancengerechtigkeit“ verschleiern diese Wirklichkeit mehr oder weniger bewusst; wird hiermit doch Gesellschaftsanalyse ersetzt durch individuelle Zuschreibungen oder Verdacht gegenüber Haltungen – nach dem Motto: „Du bist schuld, weil...“. Entscheidend ist daher die Erkenntnis, dass insbesondere im Bildungsbereich ein gesellschaftlich vermittelter Mechanismus wirkt, der diesen Prozess steuert und in das bürgerlich-kapitalistische System von Beginn an quasi „eingebaut“ ist: Es handelt sich um jene Ideologie, die A. Muschg an der Literatur (Romanen wie Novellen) des bedeutendsten Vertreters des bürgerlichen Realismus, der Gottfried Kellers, entziffert – weil dort äußerst anschaulich aufzufinden –, wonach dem Tüchtigen die Welt offen stehe, damit er sein Glück in ihr mache. Eben dies verspricht „das liberale Credo, das den freien Wettbewerb an die Stelle von Gottesurteil und Gnadenwahl gesetzt, in der Praxis also: menschlichen Wert abhängig gemacht hat von ökonomischer Bewährung. Tritt jenes Glück nicht ein, so darf der Verstoßene die Ursache nicht mehr außerhalb seiner selbst suchen. Das Unglück wird, je tiefer er sich die ökonomisch-moralische Prämisse zu eigen gemacht hat, desto tiefer zur Frage seiner persönlichen Schuld“ (1977: 153f.). Aus diesem Blickwinkel betrachtet, „funktioniert“ Schule hierzulande bestens; denn die Benachteiligten und Betrogenen schreiben sich (zumindest mehrheitlich) ihre Misserfolge selber zu – „Zeugnisse“ sollen ja bekanntlich Zeugnis von individueller Leistungsfähigkeit, -bereitschaft und -willen ablegen.

Zudem gibt es auf der Seite der Benachteiligten das, was Simmel bereits vor 100 Jahren – analog zu Bourdieus Kapitalsortenlehre und „Staatsadel“-Analyse heute – analysiert hat und was meiner Einschätzung nach als Frage von ‘Lerntypen’ oder ‘Bildungsdisposition’ zu klären ist:

„Die Allgemeingültigkeit der Intellektualität ihren Inhalten nach wirkt, indem sie für jede individuelle Intelligenz gilt, auf eine Atomisierung der Gesellschaft hin, sowohl vermittelt ihrer wie von ihr aus gesehen erscheint jeder als ein in sich geschlossenes Element neben jedem anderen, ohne dass diese abstrakte Allgemeinheit irgendwie in die konkrete überginge, in die der Einzelne erst mit den anderen zusammen eine Einheit bildete. Endlich hat die innere Zugänglichkeit und Nach-Denkbarkeit theoretischer Erkenntnisse, die sich niemandem so prinzipiell versagen können, wie gewisse Gefühle und Wollungen es tun, eine Konsequenz, die ihr praktisches Resultat direkt umkehrt. *Zunächst bewirkt gerade jene allgemeine Zugänglichkeit, dass Umstände ganz*

jenseits der personalen Qualifikation über die tatsächliche Ausnutzung derselben entscheiden: was zu dem ungeheuren Übergewicht des unintelligentesten 'Gebildeten' über den klügsten Proletarier führt“ (Simmel 1989: 606; Hervorh. H.S.).⁷

Daraus folgt ein spezifisches, klassenspezifisch vermitteltes, 'Rezeptionsproblem', in das Herrschaftsverhältnisse eingelassen sind:

„Die scheinbare Gleichheit, mit der sich der Bildungsstoff jedem bietet, der ihn ergreifen will, ist in Wirklichkeit blutiger Hohn, gerade wie andere Freiheiten liberalistischer Doktrinen, die den Einzelnen freilich an dem Gewinn von Gütern jeder Art nicht hindern, *aber übersehen, dass nur der durch irgend welche Umstände schon Begünstigte die Möglichkeit besitzt, sie sich anzueignen*. Da nun die Inhalte der Bildung – trotz oder wegen ihres allgemeinen Sich-Darbietens – schließlich nur durch individuelle Aktivität angeeignet werden, so erzeugen sie die unangreifbarste, weil ungreifbarste Aristokratie, einen Unterschied zwischen Hoch und Niedrig, der nicht wie ökonomisch-sozialer durch ein Dekret oder eine Revolution auszulöschen ist, und auch nicht durch den guten Willen des Betreffenden; [...]“ (Simmel 1989: 606f.; Hervorh. H.S.).⁸

In diesem Kontext ist im Weiteren dann die Frage nach dem Verhältnis von Bildung und sozialem Wandel zu stellen. Um das politische Projekt der „Aufhebung aller Bildungsrestriktion“ (Heydorn 1994/95: IV, 138) konkret wie realistisch zu gestalten, ist daran festzuhalten, dass a) Bildung kein „selbständiges revolutionäres Movens“ ist, sie dies „nur in Verbindung mit der gesamten geschichtlichen Bewegung“ sein kann; dass es aber b) wesentlich darum geht zu erkennen, wie Bildung „einen eigenen verändernden Beitrag“ leistet, „der unauswechselbar ist“ (IV, 141).⁹

V.

Nicht nur vor dem Hintergrund des katastrophalen 20. Jh. angesichts der mörderischen Zeiten von Faschismus und Stalinismus, sondern auch mit Blick auf die Gegenwart, gilt es, den Bezug auf Bildung in einer übergreifenden indivi-

⁷ Wesentlich zu tun hat dies mit der von Marx im „Kapital“ analysierten Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, der dieser inhärenten gesellschaftlich vorgenommenen, klassenspezifischen Hierarchisierung von Tätigkeiten (vgl. Sohn-Rethel 1970).

⁸ In der Arbeiterbewegung hat diese Situation zu Debatten und Kontroversen um 'Arbeiterbildungskonzepte' geführt, die u.a. immer auch das Verhältnis von Bildung und Literatur thematisierten – so vor allem Anna Siemsen (s. dazu Sänger 2011).

⁹ Gegen jeden Fatalismus betont deshalb Bourdieu, dass Schule auch eine „Chance zum Durchbrechen“ des Kreislaufs darstellen kann, „eben weil sie ihre eigene, relativ autonome Logik hat“ (Schwibs 1985: 378).

duellen wie gesellschaftlichen Bedeutung herauszustellen. Wenn, wie kritische Gesellschaftsanalytiker immer wieder bis heute betont haben, eine gewaltige Lücke zwischen technologischer Überentwicklung und gesellschaftlicher Unterentwicklung existiert, so führt das zu entscheidenden Herausforderungen für Bildung und Bildungspolitik. So kommt Manuel Castells in seiner Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus angesichts alter wie neuer Gefahren für Demokratie wie Überleben zu dem Schluss, dass es zur Sicherung einer weltweit humanen Zukunft nicht allein verantwortlicher Regierungen bedürfe, sondern einer „verantwortlichen, gebildeten Gesellschaft“ (1998: 353). Gebildet werden kann diese Gesellschaft aber nur aus gebildeten Bürgerinnen und Bürgern, die sich durch Urteilskraft und Handlungskompetenz auszeichnen.

Dies kennzeichnet den Zusammenhang zwischen demokratischer Bildung und der Bildung von Demokratie (Sünker 2003: Kap. X). Denn um zu verhindern, dass Menschen „der blinden Unterwerfung unter eine Staatsleitung, eine Partei oder einen Führer“ sich befeißigen, wie A. Siemsen dies 1948 in ihrer Zeitdiagnose aufschlussreich beschrieben hat, bedarf es demokratischer Verhältnisse im Bildungswesen, um entscheidende Voraussetzungen für eine Demokratisierung von Gesellschaft – basierend auf realer Partizipation und Solidarität – zu schaffen.

Angesichts der gesellschaftskritisch zu untersuchenden Prozesse des Verfalls von Öffentlichkeit und Politik kann die These Adornos von der Bedeutung der Erfahrung von Demokratie für das Leben von und in Demokratie gar nicht stark genug betont werden: Es geht darum, dass die Menschen „sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen“ (1977: 559). Denk- wie Handlungsfähigkeit stehen nicht nur allen Menschen zu, sondern sind in der Vermittlung von Intellektualität und Sinnlichkeit auch im Interesse aller zu bilden.

Der in dieser Perspektive eingelassenen *Repolitisierung von Politik wie Bildung* entspricht das, was Heinrich Heine in seiner Lesart vom „Verständnis der Gegenwart“ auf anschauliche wie realitätsgerechte Weise, Gesellschafts- wie Bildungsproblematik übergreifend, formuliert hat:

„Wenn wir es dahin bringen, dass die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Hass und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die Heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Misstrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerte und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit“ (1972: 368f.).

VI.

Ist die Bildung aller somit in einem allgemeinen Interesse, weil grundlegend für ein demokratisches Zusammenleben, so bleibt die Frage, weshalb die „Verallgemeinerung von Bildung“ (Heydorn) noch immer auf sich warten lässt, warum statt dessen noch immer ein ungerechtes System, dessen Bedeutung infolge einer „Politik der Schließung“ (Vester 2007) für die Reproduktion sozialer Ungleichheit sich ideologisch wie materiell nicht hoch genug einschätzen lässt, sich erhalten lässt.

Das „Einfallstor“ – und damit die zentrale Herausforderung für den Umgang mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ – für den Erhalt des herrschenden dreigliederigen Schulsystems, dessen Überwindung allein die real existierende Klassenstruktur noch nicht „erledigte“, stellt eine Begabungsideologie dar, die zwar wissenschaftlich überholt, nichts desto trotz immer noch sehr wirksam ist.¹⁰ Mit dieser Ideologie, die wesentlich die herrschende Gestalt des Gymnasiums absichert, legitimieren primär Bildungsbürgertum (Bollenbeck 1999) und Oberschicht im Kampf um knappe Güter, d.h. gesellschaftlich privilegierte Positionen, Einkünfte etc., ihre Wettbewerbsvorteile und betreiben eine klare Schließungspolitik zugunsten ihrer Kinder. Damit handelt es sich um die schulisch vermittelte Absicherung von Statuszuweisungen durch Zuschreibungen, mit denen – wie bildungssoziologische Analysen zur sozialen Selektivität seit langem aufweisen – über Lebenschancen und Lebensqualitäten in Deutschland bereits in einem sehr frühen Alter entschieden wird.¹¹

An dieser Situation ändert die Einführung einer „Ganztagsschule“ nichts, bedeutet sie doch de facto nur eine Verdopplung des schlechten Status quo, beinhaltet sie damit doch eine bloße Symptomkuriererei, endet somit in einer Sackgasse, ähnlich den Entwicklungen der sog. 'Bildungsreform' vor 40 Jahren.

10 Gegen die Naturalisierung von „Begabung“ ist auf die Potentialität des Menschen zu setzen: „Es sind soziale Verhältnisse“, sagt Bourdieu, „die verhindern, dass alle den teleologischen Weg bis zum Ende gehen, den die Modelle Piagets, die seiner Nachfolger oder analoge postulieren. Die an Wunder grenzenden historischen Erungenschaften, die – als Produkte der kollektiven Arbeit der Menschheit – allen zugänglich sein sollten, werden faktisch von einigen wenigen monopolisiert, eben weil es so viele gibt, die ihre menschlichen Potentialitäten nicht entfalten können“ (Schwibs 1985: 388; s. weiter Sünker 2003: 21f.).

11 In diesem Kontext zeigt sich die Bedeutung der Forderung nach einer Demokratisierung von Institutionen besonders eindringlich, vgl. dazu Bowles/Gintis (1987: 204).

Alternativen ließen sich allein im Rahmen einer radikalen Strukturveränderung, der Einführung der „Einheitsschule“, denken.

Vor diesem Hintergrund wird eine Grundlegung in der Gerechtigkeitsproblematik wichtig, wie U. Steinorth in einer für unsere bildungspraktische wie bildungspolitische Konstellation faszinierenden Weise, unmittelbar anschlussfähig an die PISA-Debatte, vorstellt: Gesellschaftlich zu verantworten und einzufordern, damit der sozialen Gerechtigkeit förderlich, ist das, was „jedem die Fähigkeit zur politischen Mitbestimmung sichert; denn ohne diese Fähigkeit bleibt der Mensch von allen Entscheidungen ausgeschlossen, die ihn selbst betreffen und den Rahmen seiner Selbstbestimmung bilden; sodann die Fähigkeit zur Teilnahme am Produktionsprozess, in dem er sich die materiellen Bedingungen seiner Existenz verschaffen kann“ (1999: 277).

Diese nicht besonders 'radikale' Position macht 40 Jahre nach Dahrendorfs Vorschlag, Bildungspolitik als Mittel zu verstehen, „Menschen die Teilnahme am Leben der Gesellschaft überhaupt erst zu ermöglichen“ (1966: 25), weil es darum gehe, „durch Ausbreitung effektiver Bürgerrechte den Grund für eine moderne Gesellschaft in der Verfassung der Freiheit zu legen“ (1966: 28), deutlich, wie weit wir es inzwischen gebracht haben.¹² Offensichtlich kommt es erneut darauf an, das bescheidene Ziel einer Bildung aller im Interesse aller zu fordern; nur dies kann eine Demokratisierung unserer Gesellschaft, die an Gestaltungsfähigkeit wie Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger von 'Kindesbeinen an' gebunden ist, realistisch erscheinen lassen. Die real existierende Bildungspolitik unterhöhlt

12 Es ist wohl auch hier an der Zeit, sich einer Idee Heines, die dieser ebenfalls in einer restaurativen Epoche formulierte, zu erinnern und auch die konservativ-reaktionäre Antwort darauf zu erkennen: „Die brütende Stimmung unzufriedener Großen ist ansteckend, und die Luft wird schwül. Das Prinzip der Goetheschen Zeit, die Kunstidee, entweicht, eine neue Zeit mit einem neuen Prinzip steigt auf, und seltsam! Wie das Menzelsche Buch merken lässt, sie beginnt mit einer Insurrektion gegen Goethe. Vielleicht fühlt Goethe selbst, dass die schöne objektive Welt, die er durch Wort und Beispiel gestiftet hat, notwendigerweise zusammensinkt, so wie die Kunstidee allmählich ihre Herrschaft verliert, und dass neue, frische Geister von der neuen Idee der neuen Zeit hervorgetrieben werden und gleich nordischen Barbaren, die in den Süden einbrechen, das zivilisierte Goethentum über den Haufen werfen und an dessen Stelle das Reich der wildesten Subjektivität begründen. Daher das Bestreben, eine Goethesche Landmiliz auf die Beine zu bringen. Überall Garnisonen und aufmunternde Beförderungen. Die alten Romantiker, die Janitscharen, werden zu regulären Truppen zugestutzt, müssen ihre Kessel abliefern, müssen die Goethesche Uniform anziehen, müssen täglich exerzieren“ (1972a: 246f.); vgl. dazu weiter auch die Verteidigung menschlicher Subjektivität bei Marx (o.J.: 387).

alle Versuche einer die Demokratie befördernden Kinderpolitik; das System der Bildungsapartheid, ein Vergehen an „Kindeswohl“ und demokratischer Zukunft, ist daher zu überwinden.¹³ Zugleich ist und bleibt dies eine Herausforderung für eine „Kritische Erziehungswissenschaft“ (vgl. Sünker/Krüger 1999) und führt zu der Alternative „Demokratische Bildung oder Erziehung zur Unmündigkeit“ (Otto/Sünker 2009). Denn es geht nach wie vor darum, Herrschaftsverhältnisse, die wie eingangs gezeigt unvernünftig sind, in Frage zu stellen¹⁴ und zu erkennen, dass Strukturen „symbolische Gewalt“, wie Bourdieu vielfältig nachgewiesen hat, verkörpern (können) – im Interesse der Überwindung. Dies aber gilt sowohl für

13 Herausfordernd in diesem Kontext ist zum einen die neue gesellschaftstheoretische wie –politische Debatte um „Gleichheit“ (Wilkinson/Pickett 2010), zum anderen die empirisch gesättigte Erkenntnis, dass nicht selektive Unterrichtssysteme besser als selektive in mindestens zweierlei Hinsicht sind: mit Bezug auf ‚Leistungsqualität‘ aller und soziale Gerechtigkeit (s. Green/Preston/Janmaat 2006: 183ff).

14 Dies ist historisch nichts Neues: Bereits unter feudalistischen Verhältnissen führte die Entwicklung von Herrschaftsformen zwischen 800 und 1000 im ersten Drittel des 11. Jh. zu grundsätzlicher Kritik und dem Versuch, die Verhältnisse zu revolutionieren: in der Gestalt der Ketzerei. „Die Ketzerei vertrat die Gleichheit, die totale Gleichheit“ (Duby 1986: 198). Und dies bedeutet en detail: Indem sie (die Ketzer, HS) die Frauen uneingeschränkt in ihre Gemeinschaft aufnahmen, hoben sie die ursprünglich im gesellschaftlichen Raum errichtete Schranke auf. Das blieb nicht ungestraft: die Aufhebung des Unterschieds zwischen dem Weiblichen und dem Männlichen erlaubte die schlimmsten Verleumdungen und war meiner Ansicht nach der Hauptgrund für das Scheitern. Die Ketzer setzten sich über eine weitere wichtige Kluft hinweg: da sie die Privilegien des priesterlichen ‚Berufs‘ ablehnten, vermischten sie *clerus* und *populus*; sie luden alle Christen ein, auf die gleiche Art zu fasten und zu beten. Da sie andererseits dazu ermahnten, alle Angriffe zu verzeihen, nicht mehr zu rächen und auch nicht mehr zu strafen, proklamierten sie die Nutzlosigkeit der Spezialisten der Repression, des Stabes und des Militärs. Und schließlich arbeitete innerhalb der Sekte jeder mit seinen eigenen Händen, niemand erwartete, von einem anderen ernährt zu werden, niemand plagte sich im Dienst eines Herrn: die Trennungslinie zwischen Arbeitern und den anderen, den Grundherren, Gerichtsherren, Schutzherrn, Inhabern von Strafgewalt, wurde ausgelöscht“ (1986: 197f.; vgl. 228ff., bes. 239f.).

Dies verbindet sich mit der Erkenntnis, daß bislang in der Geschichte „Zwang, Betrug und Gewalt“ (Moore 1982: 668) beim Bestreben, aus partikularistischem Interesse Gesellschaften zusammen zu halten, und damit Hierarchien, soziale Ungleichheit und Benachteiligung zu verteidigen, eine entscheidende Rolle spielten. Daher fragt Moore (1982: 671), „ob eine bestimmte soziale Funktion überhaupt ausgeübt werden muß, ob die menschliche Gesellschaft nicht ohne Könige, Priester, Kapitalisten oder selbst revolutionäre Bürokraten auskommen könne“.

die „generationale Ordnung“ (vgl. Sünker 2010) als auch für das „Bildungsapartheidssystem“ dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Literatur

- Adorno, Th. W. 1977: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders., Ges. Schriften Bd. 10.2. Frankfurt/M.,
- Ball, St. 2003: *Class Strategies and the Education Market. The middle-classes and social advantage.* London/New York
- Bollenbeck, G. 1999: *Tradition, Reaktion, Avantgarde. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945.* Frankfurt/M.
- Bourdieu, P. 1973: *Kulturelle Produktion und soziale Reproduktion*, in: ders./Passeron, J.-C., *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt.* Frankfurt/M., S. 91-137 – 1984: *Die feinen Unterschiede.* Frankfurt/M.
- 2001: *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft.* Frankfurt/M.
- 2004: *Der Staatsadel.* Konstanz
- Bowles, S./Gintis, H. 1987: *Democracy and Capitalism.* New York
- Bühler-Niederberger, D./Sünker, H. 2008: *Theorie und Geschichte der Kindheit und des Kinderlebens*, in: Sünker/Swiderek, 5-46
- Bühler-Niederberger, D./Mierendorff, J./Lange, A. (Hg.) 2010: *Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe.* Wiesbaden
- Castells, M. 1998: *The Information Age. Vol. III: End of Millennium.* Malden/Oxford
- Dahrendorf, R. 1966: *Bildung ist Bürgerrecht.* Osnabrück
- Dekker, J. 2001: *The Will to Change the Child. Re-education Homes for Children at Risk in Nineteenth Century Western Europe.* Frankfurt/M.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) 2001: *PISA 2000.* Opladen
- Duby, G. 1986: *Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus.* Frankfurt/M.
- Esping-Andersen, G. 2003: *Aus reichen Kindern werden reiche Eltern*, in: *Frankfurter Rundschau* Nr. 297, S. 7
- Friedeburg, L. v. 1994: *Bildung und Gesellschaft*, in: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 17 (H. 29), S. 7-13
- Green, A./Preston, J./Janmaat, J. 2006: *Education, Equality and Social Cohesion. A Comparative Analysis.* Houndmills
- Güthoff, F./Sünker, H. (Hg.) 2001: *Handbuch Kinderrechte. Partizipation, Kinderpolitik, Kinderkultur.* Münster
- Heine, H. 1972: *Französische Zustände*, in: ders., *Werke und Briefe.* Bd. 4, hg. v. H. Kaufmann. Berlin/Weimar, S. 363-581
- 1972 a: „Die Deutsche Literatur“, in: a.a.O., S. 235-250
- Hendrick, H. 2010: *Late Modernity's British Childhood: Social Investment and the Disciplinary State*, in: Bühler-Niederberger, D. et al., 43-72

- Heydorn, H.-J. 1994/95: Werke Bd. I-IV. Bildungstheoretische und pädagogische Schriften 1949-1994, hg. v. I. Heydorn et al.. Vaduz
- Honig, M.-S. 1999: Entwurf zu einer Theorie der Kindheit. Frankfurt/M.
- Hutchby, I./Moran-Ellis, J. (eds.) 1998: Children and Social Competence. Arenas of Action. London/Washington
- James, A./Prout, A. (eds.) 1997: Constructing and Reconstructing Childhood. London/Washington
- Kotthaus, J. 2008: Kindeswohl, in: Sünker/Swiderek, S. 59-78
- Lange, A. 1995: Eckpfeiler der sozialwissenschaftlichen Analyse von Kindheit heute in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 18 (H. 30), S. 55-68
- Marx, K. o.J.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Frankfurt/M.
- Moore, B. 1982: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt/M.
- Muschg, A. 1977: Gottfried Keller. München
- Otto, H.-U./Sünker, H. (Hg.) 2009: Demokratische Bildung oder Erziehung zur Unmündigkeit. Pädagogisch-politische Alternativen heute. Lahnstein
- Picht, G. 1964: Die deutsche Bildungskatastrophe. Olten/Freiburg
- Sänger, Ch. 201: Anna Siemsen. Bildung und Literatur. Frankfurt/M.
- Schmidt, M. 2002: Warum Mittelmaß? Deutschlands Bildungsausgaben im internationalen Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 43 (H.1), S. 3-19
- Schütter, S. 2006: Die Regulierung von Kindheit im Sozialstaat. Kinder und Kindheit in New Labours Gesellschaftsentwurf, in: neue praxis 36, 467-482
- Schwibs, B. 1985: Gespräch mit Pierre Bourdieu. „Vernunft ist eine historische Errungenschaft, wie die Sozialversicherung, in: Neue Sammlung 25, S. 376-394
- Siemsen, A. 1948: Die gesellschaftlichen Grundlagen der Erziehung. Hamburg
- Simmel, G. 1989: Philosophie des Geldes, hg. v. D. P. Frisby/K. Ch. Köhnke. Frankfurt/M.
- Sohn-Rethel, A. 1970: Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie gesellschaftlicher Synthesis. Frankfurt/M.
- Steinvorth, U. 1999: Gleiche Freiheit. Politische Philosophie und Verteilungsgerechtigkeit. Berlin
- Sünker, H. 2003: Politik, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Perspektiven für eine demokratische Gesellschaft. Frankfurt/M.
- 2007: Gesellschaft, Demokratie, Bildung, in: Sünker/Miethe, S. 11-44
- 2008: Demokratische Bildungsgesellschaft oder Spätkapitalismus, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 31 (H. 57), 107-120
- 2010: Kindheitsforschung, Kinderbilder, Kinderleben: Diesseits/Jenseits von Schutz und Kontrolle. Notate zu einem Forschungsprogramm, in: Bühler-Niederberger, D. et al. (Hg.), 73-89
- i.D.: Historisch-materialistische Ansätze in Bildungsforschung und Pädagogik, in: Bauer, U./Bittlingmeier, U./Scherr, A. (Hg.): Handbuch der Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden

- Sünker, H./Miethe, I. (Hg.) 2007: Bildungspolitik und Bildungsforschung: Herausforderungen und Perspektiven für Gesellschaft und Gewerkschaften in Deutschland. Frankfurt/M.
- Sünker, H./Moran-Ellis, J. 2008: Kinderrechte und Kinderpolitik, in: Widersprüche 28 (H. 109), S. 53-70
- Sünker, H./Swiderek, Th. 2002: Kinder, Politik und Kinderpolitik in: Krüger, H./Grunert, C. (Hg.): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung. Opladen, S. 703-718
- 2003: Kinderrechte und Kinderpolitik in der Kommune – von der UN-Konvention zur Praxis ‘vor Ort’, in: Peters, L./Coelen, Th./Mohr, E. (Hg.): Kommune Heute. Lokale Perspektiven der Pädagogik. Fs. zum 60. Geburtstag von H. Richter. Frankfurt/M., S. 151-170
- (Hg.) 2008: Lebensalter und Soziale Arbeit: Kindheit. Baltmannsweiler
- Sünker, H./Timmermann, D./Kolbe, F.-U. (Hg.) 1994: Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit. Frankfurt/M.
- Swiderek, Th. 2003: Kinderpolitik und Partizipation von Kindern. Frankfurt/M.
- Vester, M. 2003: Bildungsmodernisierung und soziale Ungleichheit, in: Vorgänge 42 (H. 3), S. 4-14
- 2007: Die „kanalisierte Bildungsexpansion“, in: Sünker/Miethe, S. 45-66
- Vincent, C./Ball, St. 2006: Childcare, Choice and Class Practises. Middle-class parents and their children. London/New York
- Wexler, Ph. 1999: Die Toyota-Schule. Ökonomisierung von Bildung und postmodernes Selbst, in: Sünker/H./Krüger, H.-H. (HG.): Kritische Erziehungswissenschaft am Neubeginn?!. Frankfurt/M., 35-57
- Whitty, G. 1998: Citizens or Consumers? Continuity and Change in Contemporary Education Policy, in: Carlsson, D./Apple, M. (eds.): Power/Knowledge/Pedagogy. The Meaning of Democratic Education in Unsettling Times. Boulder, 92-109
- Widersprüche 2002: Zur globalen Regulierung des Gemeinwesens. H. 83. Bielefeld
- Wilkinson, R./Pickett K. 2010: The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone. London
- Wood, E. (ed.) 2008: The Routledge Reader in Early Childhood Education. London/New York

*Prof. Dr. Heinz Sünker, Bergische Universität Wuppertal,
 Fachbereich G, Bildungswissenschaften, Gausstr. 20, 42119 Wuppertal
 E-Mail: suenker@uni-wuppertal.de*



Thomas Wagner

Zur (sozialen) Arbeit an Klassenverhältnissen Ein Beitrag zur Wiedereinführung von Klassenperspektiven in die Soziale Arbeit

Ausgehend von einer ungleichen Verteilung sozialer Güter, deren Zugang für die Angehörigen bestimmter Gruppen leichter ist als für andere, markierte für Niklas Luhmann der Klassenbegriff das „Verteilen des Verteilens“:

„Letztlich geht es in dieser Diskussion [die mittels des Klassenbegriffs geführt wird, T.W.] immer um ein Problem der Verteilung von Individuen auf Einheiten, die dann ‘Klasse’ genannt werden, wobei die Verteilung der Individuen sich danach richten soll, was und wieviel auf sie verteilt wird. Wer viel erhält, ist in einer Klasse; wer wenig erhält in einer anderen. Der Klassenbegriff regelt, mit anderen Worten die Verteilung des Verteilens. Er bringt die Reflexivität (und damit auch die Änderbarkeit = Umverteilbarkeit) des Verteilungsprozesses zum Ausdruck“ (Luhmann 1985: 128).

„Klasse“ stellte demnach eine Semantik dar, mit der die Kontingenz von Verteilungsmustern zum Ausdruck gebracht werden kann. Wer also von „Klasse“, spricht, spricht nicht nur von sozialer Ungleichheit sondern immer auch von der Veränderbarkeit der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse – von Umverteilung. Auch wenn Luhmann alles andere als ein ausgewiesener Klassentheoretiker war und dem Klassenbegriff eher skeptisch gegenübersteht, markiert das von ihm benannte Kriterium der Kontingenz von gesellschaftlichen Verteilungsprinzipien meines Erachtens einen entscheidenden Grund, die Klassenperspektive gerade heute und auch in der Sozialen Arbeit zu beleben.

Zum einen erleben wir seit mehreren Jahrzehnten tiefgreifende ökonomische wie politische Transformationsprozesse und eine zunehmende Infragestellung fordistischer Verteilungsprinzipien, mit denen die gesellschaftliche Verteilung materieller wie symbolischer Güter wieder exklusiver organisiert wird (vgl. auch Steinert 2000; Cremer-Schäfer 2001). Diese Entwicklung lässt sich daran ablesen, dass spätestens seit dem Beginn des 21. Jahrhundert Polarisierungen in der

Einkommensverteilung deutlich zunehmen (vgl. Andress/Kronauer 2006; Dörre 2011: 134) – als Folge einer finanzkapitalistischen „Planwirtschaft im Dienste der Höchstrenditen“ (Dörre 2011: 134), die Marktrisiken und Gewinne höchst ungleich verteilt sowie der bereits Mitte der 1970er einsetzenden kontinuierlichen Umverteilungspolitik zugunsten von Einkommen aus selbständiger Arbeit, Vermögens- und Kapitalerträgen (vgl. von Freyberg 1997: 179).

Zum zweiten führt auch die Verschiebung der Grenzen und Prinzipien sozialstaatlicher Regulation durch die marktliberalen aktivierenden Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte zu einer zunehmenden Ungleichverteilung. Diese zeichnet sich nicht alleine durch Kürzungen, sondern auch durch eine zunehmende Selektivität der Verteilung *sozialstaatlicher Rechte* aus. Der „Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 2005) „investiert“ primär in ihm lukrativ erscheinende Bevölkerungsgruppen, wie derzeit im Feld der Familienpolitik am Beispiel des einkommensabhängigen Elterngeldes sehr deutlich zu erkennen ist. Demgegenüber wird die Absicherung weniger geschätzter Bevölkerungsanteile zu einer „Last“ deklariert, die durch workfare-Programme und die damit verbundene politische Forcierung von Niedriglohnsektoren und prekärer Beschäftigung minimiert werden soll (vgl. Lessenich/Nullmeier 2006: 20f; Dörre 2010). Diese sozialen Spaltungstendenzen scheinen auch die Soziale Arbeit erreicht zu haben. Dies legt zumindest die Rede von einer „Zwei-Klassen-Sozialarbeit“ (Lutz 2008) nahe, der zufolge sich das sozialpädagogische Feld zusehends aufteilt in einen Bereich von Dienstleistungen für aktivierbare Nutzer, neben den zunehmend einerseits „Restmaßnahmen“ mit starkem Zwangscharakter und andererseits zivilgesellschaftlich getragene Formen der Armenversorgung treten (vgl. auch Landhäußer et al 2010; Lutz 2010).

Im Kontext dieser zunehmenden sozialen Ungleichheiten und Spaltungen, deren Wahrnehmung und Relevanz sich u.a. in Unsicherheitsgefühlen gerade auch in der gesellschaftlichen „Mitte“ ausbreitet (vgl. Castel 2005; Castel/Dörre 2009), gewinnen die Kämpfe um Verteilungsprinzipien sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Alltag an Härte. Dies findet seinen Niederschlag nicht zuletzt in schärfer gezogenen sozialen Respektabilitätsgrenzen seitens der von Abstiegsängsten bedrohten Mitte nach unten (vgl. Dörre 2011: 136ff). Ein prominentes Beispiel dafür ist die Verhinderung der Reform des Hamburger Schulwesens im Juli 2010, die zu einer vergleichsweise moderaten Verlängerung der gemeinsamen Lernphase bis zur 6. Klasse hätte führen sollen, qua Volksentscheid, der durch die Kampagne „Wir wollen lernen“ des Hamburger Bürgertums initiiert und vorangetrieben wurde (vgl. Böhnke 2011: 19). Empirisch erhärten lässt sich die These der Befestigung sozialer Respektabilitätsgrenzen anhand der von Heitmeyer beobachteten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit z.B. gegenüber

Langzeitarbeitslosen oder Hartz-IV-Empfängern. Der Mittelwert der Abwertung von Langzeitarbeitslosen ist im Krisenjahr 2009 im Vergleich zu 2007 zwar leicht zurückgegangen, die Ressentiments gegenüber diesen Gruppen bilden jedoch nach wie vor die ausgeprägtesten und verbreitetsten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bundesrepublik (vgl. Heitmeyer 2010: 39). Diese Ressentiments und die entsprechenden Abstiegsängste werden öffentlich-medial deutlich aufgegriffen und geschürt (vgl. Castel/Dörre 2009: 14): z.B. mit der „Entdeckung“ „neuer Unterschichten“, welche über die Diffamierung unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen ex negativo bürgerliche Respektabilität zu definieren versuchen, die den „Unterschichten“ abgesprochen wird (vgl. kritisch Kessl/Reutlinger 2007; Chassé 2010).

Ist es mit der Kontingenz von Distributionsmustern derzeit also bitterer Ernst, umfasst die Notwendigkeit der kritischen Reflexion neuer, postfordistischer Verteilungsprinzipien auch die Aufgabe, deren Veränderbarkeit herauszustellen: d.h. über die Negation des politischen Sachzwangs hinaus die Frage nach alternativen, von mehr Gleichheit geprägten Verteilungsprinzipien in den Mittelpunkt zu rücken. In diesem Sinne sollte sich auch Soziale Arbeit wieder verstärkt einer klassentheoretischen Perspektive zuwenden. Denn es sind nicht wenige ihrer Nutzerinnen und Nutzer, die aufgrund ihrer sozialstrukturellen Positionierung sowohl mit zunehmender materieller Knappheit als auch mit härter gezogenen Respektabilitätsgrenzen zu kämpfen haben. Damit stellt sich gerade hier die Frage nach Handlungsoptionen bzw. „Gegenwehr“.

Im Folgenden wird deshalb die These vertreten, dass vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheiten, Spaltungstendenzen und einem von „oben“ bzw. der „Mitte“ geführten Klassenkampf (vgl. Sünker 2005) einer Revitalisierung der Klassenperspektive in der Sozialen Arbeit bedarf. In der Auseinandersetzung mit dem bisherigen Umgang mit Klassensemantiken in der Sozialen Arbeit werde ich mich dabei für ein Klassenverständnis stark machen, das an Bourdieu anschließt, dem zu Folge Klassen stets als das relationale Ergebnis eines Wechselspiels aus materiellen Verteilungsstrukturen und symbolischen bzw. (mikro-)politischen Repräsentationskämpfen (vgl. Bourdieu 1985; Wacquant 1991) zu verstehen sind. Darüber hinaus gilt es die Beziehung von Sozialer Arbeit zu Klassenverhältnissen zu erörtern. In diesem Zuge wird sowohl im Anschluss an die Theorie der Bürgerrechte (Citizenship) als auch an die Theorie der Gabe, herausgearbeitet, inwiefern Soziale Arbeit einen gesellschaftlichen Ort bildet, an dem mit „Klasse“ „gearbeitet“ (vgl. auch Walkowitz 1999) wird. „Gearbeitet“ wird hier im Sinne der Frage verstanden, inwiefern klassenbedingte Ungleichheiten bzw. Klassendifferenzen

zum offenen oder heimlichen Gegenstand Sozialer Arbeit werden und inwieweit sie von ihr verändert, überwunden oder aber reproduziert werden.

Soziale Arbeit zwischen „Kapital und Arbeit“

In der Theoriebildung Sozialer Arbeit lässt sich vor allem in den 1970ern eine Orientierung an historisch-materialistischen bzw. marxistischen Theorieperspektiven feststellen. Der zugehörige Klassenbegriff in orientierte sich eng am marxistischen Theoriegerüst und den „Grundwiderspruch“ kapitalistischer Produktionsverhältnisse, also das antagonistische Klassenverhältnis von Kapital und Arbeit: „So stehen sich in der kapitalistischen Gesellschaft unveränderbar die sich bedingenden Gegensätze von Kapital und Lohnarbeit in ihrer ‚Personifizierung‘ als antagonistische *Klassen* gegenüber“ (Hollstein 1973: 179; vgl. auch Lessing/Liebel 1974: 7). Klasse wurde hier ausschließlich ökonomisch bestimmt, d.h. über die Position im Produktionsprozess bzw. die sich daraus ergebende sozio-ökonomische Position.

Exemplarisch lässt sich dieser Zugriff auf „Klasse“ anhand der ideologiekritische Auseinandersetzung von Hollstein mit dem zu seiner Zeit dominanten Verständnis Sozialer Arbeit als Hilfe verdeutlichen. In dem von ihm mit Meinhold herausgegebenen Sammelband „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“ (Hollstein/Meinhold 1973) kritisierte er Soziale Arbeit als einen „*Helfersdienst* für die bestehende Herrschaft“ (Hollstein 1973: 204) in einer durch Klassenverhältnisse geprägten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. „[V]ordergründig legitimiert durch ihre Hilfe Ideologie“ wurde Soziale Arbeit insbesondere in ihrem Kernbereich der öffentlichen Jugendhilfe als Machtinstrument verstanden, welches „als *Instanz sozialer Kontrolle* [...] der herrschenden Schicht als *zuverlässiges Mittel zur Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo* zur Verfügung steht“ (ebd. 194). Nach Hollstein wies Soziale Arbeit mehrfach Bezüge zu Strukturkategorie „Klasse“ auf. Zum einen wurde ihr die zentrale Aufgabe zugesprochen, über die Kontrolle zentraler (Arbeits-)Normen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und der Markierung von „Abweichungen“ zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft beizutragen. Dabei beziehe sie sich vor allem auf das so genannte „Lumpenproletariat“ (Marx [1867]1963: 673) und betreibe somit die Pflege einer industriellen Reservearmee (vgl. Hollstein 1973: 186). Zum zweiten wurde Soziale Arbeit dahingehend kritisiert, dass sie über ihren starken Einzelfallbezug und die damit verbundenen Subjektivierung der Ursachen sozialer Problemlagen (vgl. auch Meinhold 1973; Kunstreich 1975: 19, 37) zu einer Verschleierung klassenbedingter Ungleichheiten beitrage (vgl.

Hollstein 1973: 204f) und damit, drittens, auch ein Mittel zur Befriedung von Klassenkämpfen darstelle:

„Sozialarbeit zielt damit darauf ab, die reformistischen bzw. revolutionären Anstrengungen der Arbeiterschaft in Stoßrichtung auf das bestehende System (Klassenkampf) abzuschwächen und ihnen besonders manifeste Angriffspunkte, die sie in Prozessen kollektiver ‚Verelendung‘ u.a. anbieten könnten, zu nehmen. Sozialarbeit geht es in diesem gesellschaftspolitischen Zusammenhang um die Integration der Arbeiterklasse in die bestehende Gesellschaft“ (ebd. 189).

Unter dem Rückgriff auf Klassensemantiken wurden in der Sozialen Arbeit allerdings auch – wenn auch kritisch – emanzipatorische Bezugspunkte gesetzt. Hierfür steht insbesondere die Perspektive von Lessing und Liebel in „Jugend in der Klassengesellschaft“. Dort wird eine marxistische Jugendforschung sowie eine antikapitalistische bzw. sozialistischen Jugendarbeit entfaltet, auf deren Basis beide Bereiche primär „am Emanzipationsinteresse der Arbeiterklasse und ihres Nachwuchses“ (Lessing/Liebel 1974: 7) orientiert werden sollten. Auf Grundlage der Kritik des vorherrschenden Jugendverständnisses als eines „dem Klassenantagonismus enthobenes Phänomen[s]“ wurde kritisch auf die „Gebundenheit auch individueller lebensgeschichtlicher Emanzipationsprozesse an den politisch zu führenden Kampf um die Aufhebung der Herrschaft des Kapitals über die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebende Klasse der arbeitenden Bevölkerung“ (ebd.) verwiesen. Eine die Aufhebung des „Klassengegensatzes“ ausblendende rein individuelle Emanzipation müsse demgegenüber „scheinhaft und illusionär“ (ebd.) bleiben. Dabei ist interessant, dass nicht nur affirmativen, auf Sozialintegration ausgelegten Formen von Jugendarbeit vorgeworfen wurde, klassenbedingte Unterschiede nicht ausreichend zu reflektieren. In der Auseinandersetzung mit dem Engagement von Studierenden und sozialistischen Pädagogen im Rahmen selbstverwalteter Jugendzentren – wie sie im Laufe der 1970er in Deutschland entstanden (vgl. Steinacker/Sünker 2010) – verwies Liebel darauf, dass auch in den Ansätzen zu einer kritischen sozialpädagogischen Praxis gerade der oftmals gegebene „klassenmäßige Unterschied“ zwischen Sozialarbeitern und Jugendlichen nicht ausreichend reflektiert würde (vgl. Liebel 1974: 242f). Wenig reflektiert würde demnach die soziale Differenzierung zwischen der eigenen „proletarischen“ Lebenslage und der Lebenslage der studentischen und pädagogischen Intellektuellen, welche die Jugendlichen in diesem Kontext erlebten:

„Über diesen Kontakt [zwischen Sozialpädagogen und Jugendlichen; T.W.] wird den Arbeiterjugendlichen ihrer inferiore Situation besonders deutlich vor Augen geführt und zugleich die Annahme nahegelegt, sie könnten mit Hilfe der Intellektuellen ein ‚neues Leben beginnen‘“ (ebd. 246).

Liebel plädierte vor diesem Hintergrund für die offene Thematisierung von Klassendifferenzen, da nur auf diese Weise tatsächlich gemeinsame, klassenübergreifende Erfahrungen gemacht und gemeinsam interpretiert werden könnten.

„Wir zielen auf eine Selbstdefinition sozialistischer Pädagogen ab, die in bewusster Anerkennung der Klassendifferenz zwischen sich und den Arbeiterjugendlichen an der Überwindung dieser Differenz im gemeinsamen politischen Kampf zu arbeiten erlaubt“ (ebd. 248).

Gerade mit dem letztgenannten Punkt wird ein zentrales Moment für die Analyse des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Klasse benannt: Soziale Arbeit kann als ein gesellschaftlicher Ort bzw. Feld verstanden werden, auf dem Angehörige unterschiedlicher sozialer Klassen aufeinander treffen und über dessen Struktur zueinander in Beziehung gesetzt werden, wobei insbesondere die in diesem Kontext entstehenden Relationen zwischen Professionellen und ihren Adressaten im Kern als Klassenbeziehungen verstanden werden können (vgl. Estes et al [1983]2009: 63). Insofern kann Soziale Arbeit einerseits Potenziale zur Überwindung klassenbedingter sozialer Abstände und Barrieren besitzen. Andererseits ist sie in deren Reproduktion verstrickt.

Diese mit marxistischer Klassentheorie begründete Bestimmung des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und „Klasse“ sowie die damit oft einhergehende lineare Ableitung von Sozialer Arbeit¹ und der von ihr bearbeiteten Probleme aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sind, insbesondere im Zuge einer stärkeren Fokussierung sozialpädagogischer Aufmerksamkeit auf den Alltag (vgl. Thiersch 1978) ihrer Adressaten, nicht ohne Kritik geblieben. So verwies z.B. Böhnisch darauf, dass die Analyse der Einbettung Sozialer Arbeit in die Struktur einer Klassengesellschaft zweifellos historisch notwendig war, um die sozialpolitischen Hintergründe Sozialer Arbeit zu verdeutlichen. Andererseits kritisierte er zurecht die damit verbundene deterministische Beschreibung der realen Vergesellschaftung Sozialer Arbeit. Sein zentrales Argument war, dass sozialpädagogische Probleme sich nicht ausschließlich sozialpolitisch ableiten

1 Dabei lassen sich auch Kritiken vonseiten anderer marxistisch orientierter Autoren finden wie z.B. seitens Timm Kunstreichs, welcher im Rekurs auf die grundsätzliche Zwiespältigkeit bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse darauf verwies, dass man „weder die Aussagen führender Ideologen der Sozialarbeit für die Wirklichkeit der Sozialarbeit selbst“ halten dürfe, da „HOLLSTEIN (und viele andere) [...] ein Bild einer rationalistisch im Sinne des Kapitals handelnden Sozialarbeit“ zeichnen. Infolge war es unzulässig, „die Sozialarbeit als ganze dem „Klassenfeind“ zuzuordnen, den Sozialarbeiter aber zu abstrakter Solidarität mit dem „Klientel“ aufzurufen“. (Kunstreich 1975: 20, Unterstreichung im Original)

lassen, denn damit würde der „ambivalente gesellschaftliche Funktionswert“ Sozialer Arbeit verkannt:

„Die Sozialpädagogik agiert im Zwischenbereich von ökonomisch bestimmter Sozialpolitik und lebensweltlich gebundener Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Sie soll in ihrer Beziehungsarbeit Arbeitsvermögen, Leistungsmotivation und Loyalität sichern und stützen, gleichzeitig aber zum Aufbau einer lebensweltlich gestützten, konkreten Persönlichkeit, zur Identitätsbildung bei Kindern und Jugendlichen beitragen. Auch wenn diese beiden Problemstellungen der Sozialpädagogik oft funktional miteinander verstrickt sind, haben sie doch ihre jeweils eigene Logik“ (Böhnisch 1982: 3f).

Mit dieser Kritik im Kontext der „Alltagswende“ war zunächst keine Abkehr von der Bezugskategorie „Klasse“ verbunden, wie sich auch an frühen Definitionsversuchen von Thiersch ablesen lässt:

„Alltagswelten sind geprägt durch die Produktions- und Herrschaftsstruktur unserer Gesellschaft, also durch die Klassenlage, die darin bestimmten politischen, ökonomischen, institutionellen und definitionsbezogenen Ressourcen, durch Armut, Kontrollmechanismen, Gesetze, Erwartungen und Vorurteile“ (Thiersch 1978: 15).

Vor dem Hintergrund eines Verständnisses des Alltags bzw. der Lebenswelt als Schnittstelle zwischen dem Subjektiven und dem Objektiven, war es für Thiersch Ende der 1970er unstrittig, dass sozialpädagogische Probleme, z.B. im Kontext von Jugendarbeit oder Schule, nur unter Bezugnahme auf die sozioökonomische Lage der unteren Gesellschaftsschichten adäquat analysiert werden können (vgl. Thiersch 1978: 15). Auch wenn der Begriff der Klasse so nicht mehr den Fokus der Theoriebildung Sozialer Arbeit bildete, diente er bis in die 1980er hinein als strukturelle Hintergrundfolie für ein adäquates Verständnis des Alltags, der Aufgaben und der Probleme der Lebensbewältigung der Adressaten.

Soziale Arbeit jenseits von „Stand und Klasse“? Der Wunsch nach „Normalisierung“

Erst im Laufe der 1980er und insbesondere während der 1990er ist „Klasse“ in der Theoriebildung Sozialer Arbeit aus der Mode gekommen, nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Einflusses modernisierungstheoretischer Positionen. Hintergrund war die Annahme eines gesellschaftlichen Zustands „jenseits von Stand und Klasse“ (Beck 1983), der sich infolge reflexiver Modernisierungsprozesse und einer damit verbundenen sukzessiven Enttraditionalisierung, Pluralisierung und Individualisierung von Lebenslagen einstelle. Theoriestrategisch erschien diese klassenlose Gesellschaftsperspektive nicht wenigen hochgradig

anschlussfähig an Debatten um Professionalisierungs- und Reformierungsbestrebungen Sozialer Arbeit, insbesondere im Hinblick auf die Jugendhilfe. Wesentlich dafür war, dass in der so genannten „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) aufgrund zunehmender sozialstrukturellen Entgrenzung grundsätzlich alle Individuen als dem „Risiko“ ausgesetzt galten, biographische Entscheidungen allein auf sich gestellt treffen zu müssen (vgl. auch BMJFFG 1990: 197; BMFSFJ 1994: 581f; Thiersch 1995: 13; kritisch Schaarschuch 1996; Seelmeyer 2008).

„Problemlagen sind nicht mehr bruchlos den gesellschaftlichen Randgruppen zuzuordnen, sondern können vielmehr als biographische Wechselfälle in einer sich individualisierenden Gesellschaft prinzipiell jeden treffen. Es entwickelt sich eine generelle Risikostruktur, die erst durch spezifische, nicht mehr eindeutig Schichten und Gruppen zuzuordnende Lebensereignisse krisenrelevant wird. Bislang als Abweichung beschriebene Phänomene sind nicht mehr nur auf traditionelle Randschichten der Gesellschaft beschränkt, sondern reichen als permanentes Risiko und temporär erlebte Lage auch in andere Schichten hinein“ (BMFSFJ 1994: 582).

Aus dieser postulierten Ausdehnung biographischer Lebensrisiken auf alle Bevölkerungsschichten wurde innerhalb der Sozialen Arbeit die Erwartung einer parallelen „Normalisierung“ des Adressatenkreises Sozialer Arbeit abgeleitet, da demnach prinzipiell „alle [...] in den Stationen des Lebenslaufs vorübergehend und zeitweilig zu AdressatInnen des Sozial- und Erziehungssystems werden“ (Rauschenbach 1992: 51) konnten.

Diese These der „Normalisierung“ sozialpädagogischer Dienstleistungen muss grundsätzlich als professionsstrategisches Argument verstanden werden, welches einerseits einen Ansatzpunkt für professionstheoretische Forderungen nach einer Umgestaltung Sozialer Arbeit gemäß dienstleistungstheoretischer Prinzipien bildete (vgl. u.a. BMFSFJ 1994: 582; Schaarschuch et al 2001). Demnach galten „standardisierte und routinisierte Ab- bzw. Bearbeitungsprozesse klienteler Problemlagen“ für einen sich nicht mehr alleine aus sozialen Randgruppen zusammensetzenden, sondern heterogenen Adressatenkreis als „mehr und mehr unangebracht und obsolet“ (Arbeitsgruppe „Präventive Jugendhilfe“ 1995: 119), so dass Soziale Arbeit ohne grundlegende Veränderungen ihrer strukturellen und institutionellen Bedingungen als der Gefahr sei, „von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt zu werden, respektive an den Interessen und Bedürfnissen ihrer AdressatInnen vorbei zu agieren“ (ebd.). Andererseits verband sich mit der „Normalisierungsthese“ der Wunsch einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung, durch die Auflösung ihrer Assoziation mit dem Stigma sozialer Randständigkeit und ihrer staatlichen Kontrollfunktion (vgl. kritisch Schaarschuch 1996: 854f; Otto/Schaarschuch 1999: 140).

Das zentrale Argument eines nach sozialstrukturellen Kriterien uneingeschränkten Adressatenkreises war jedoch an sich alles andere als neu. Bereits in der Pionierphase Sozialer Arbeit lassen sich entsprechende Argumentationsweisen finden, die auf die Heterogenität des Klientel Sozialer Arbeit und/oder auf deren grundsätzlich universell-inklusive Anspruch „für Alle da zu sein“ verwiesen haben.² Auch die bundesdeutsche „Mainstream-Sozialarbeit“ der Nachkriegsjahrzehnte ging mit Bezug auf die Position einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ des konservativen Soziologen Schelsky davon aus, dass infolge von „sozialen Entschichtungsvorgänge[n]“ (Bauerle 1967: 21) quasi jeder aufgrund primär „seelischer“ Notlagen zum Klienten Sozialer Arbeit werden könne (vgl. ebd. 24f; kritisch Kunstreich 1975: 44, 58f). Dieser Position wurde aus einer klassentheoretischen Perspektive vorgeworfen, dass Soziale Arbeit versuche, sich auf diese Weise als „Dienstleistung für alle in einer klassenlosen Gesellschaft“ zu „vermarkten“ und ihren traditionellen „Arme-Leute-Geruch“ (Hollstein 1973a: 14) loszuwerden. Das Argumentationsmuster der „Normalisierung“ hat in der Sozialen Arbeit also durchaus Tradition. Heute vertritt z.B. Rauschenbach die These, dass Soziale Arbeit sich auf ihrem Weg „von einer Notfall- und Feuerwehrinstanz zu einem integrativen und allgemeinen Akteur der alltäglichen Lebensführung junger Menschen“ (Rauschenbach 2010: 34), endlich daran zu gewöhnen habe, „dass sie gleichermaßen für Benachteiligte, Außenseiter und Problemfälle, für die Modernisierungsverlierer zuständig ist wie für die völlig normalen, durchschnittlichen Prozesse des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen. Nochmals in Analogie formuliert: Die Kinder und Jugendhilfe wird in Zukunft vielleicht so etwas wie die Rolle des kassenärztlich zugelassenen Allgemeinmediziners übernehmen, der grundsätzlich für alle Menschen da ist, da sein muss, auch wenn er nachweislich überdurchschnittlich viele Patienten hat, die sich in prekären Lebenslagen befinden“ (ebd. 37).

Zunächst ist jedoch festzuhalten, dass die gesellschaftstheoretischen Grundlagen der „Normalisierungsthese“ bei weitem nicht unumstritten sind.³ So wird

2 Ein Beispiel für den universellen Anspruch Sozialer Arbeit findet sich z.B. bei Jane Addams: „It has been the aim of the residents to respond to all sides of the neighborhood life: not to the poor people alone, nor to the well-to-do, nor to the young in contradistinction to the old, but to the neighborhood as a whole“ (Addams [1892] o.J.: 2).

3 Für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Normalisierung“ (vgl. Seelmeyer 2008).

in der Soziologie neben der theoretischen Unzulänglichkeit der modernisierungstheoretischen Perspektive für die Beschreibung der Mehrdimensionalität sozialstruktureller Verhältnisse (vgl. Thien 2011: 7f) und ihrer Empiriefierne (vgl. Vester 2004) insbesondere auch kritisiert, dass sich inzwischen viele auf der Risikogesellschaft basierende Annahmen – insbesondere die eines zunehmenden Bedeutungsverlusts sozialer Ungleichheiten (vgl. Beck 1983) – angesichts härter aufflammender gesellschaftlicher Verteilungskämpfe als offensichtliche „Fehlprognosen“ (Castel/Dörre 2009: 11) herausgestellt haben. Für die Soziale Arbeit sprach sich z.B. Schaarschuch bereits Mitte der 1990er Jahre dafür aus, die aus modernisierungstheoretischer Perspektive als „Endtraditionalisierung“ und „Individualisierung“ interpretierten Entwicklungen treffender als Oberflächenphänomene weit reichender struktureller Verwerfungen in Form gesellschaftlicher Spaltungsprozesse zu verstehen (vgl. Schaarschuch 1996: 857).

Aus einer empirischen Perspektive ist darüber hinaus festzuhalten, dass nicht alleine ältere Studien zur Lage der Fürsorge- bzw. Heimerziehung Hinweise darauf liefern, dass sich die Adressatenschaft Sozialer Arbeit vorwiegend aus den Angehörigen unterer sozialer Schichten rekrutiere (vgl. u.a. Pongratz/Hübner 1959: 112ff; Kunstreich 1975: 48ff; Seelmeyer 2008: 60ff). Vielmehr gilt dies auch für empirische Untersuchungen jüngerer Datums. So wurde Mitte der 1990er versucht, unterschiedliche Lebensstil-Typen herauszuarbeiten, die die zunehmende Ausdifferenzierung der Jugendhilfeadressaten belegen sollten. Dabei wurde deutlich, dass sich „[a]uf der Grundlage der durchgeführten Lebensstilanalyse“ letztlich gezeigt hat, dass „vornehmlich Jugendliche aus unteren sozialen Schichten die Leistungen des Jugendamtes in Anspruch“ (Arbeitsgruppe Präventive Jugendhilfe 1995: 130) nehmen. Diese Einschätzung wurde von einer 2007 in Münster und Umgebung durchgeführten, jedoch nicht repräsentativen Befragung von Jugendlichen zwischen 13 und 17 Jahren bestätigt (vgl. Feldhaus et al 2009: 198). Entgegen der These eines „normalisierten“ bzw. „entgrenzten“ Adressatenkreises, beeinflusst ganz offensichtlich weiterhin „die sozioökonomische Lage [...] die Wahrscheinlichkeit AdressatIn erzieherischer Hilfen zu werden in einem hohen Maße“ (ebd.). Während in den meisten, insbesondere in den traditionell kontrollbehalteten Feldern erzieherischer Hilfen weiterhin unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen dominieren (vgl. BMFSFJ 1998: 134; 2002: 151ff), sind demgegenüber Angehörige gehobener Bildungs- und Einkommenschichten in einigen wenigen, insbesondere in stärker partizipatorisch ausgerichteten Leistungssegmenten wie der Jugendverbandsarbeit, überrepräsentiert, die jedoch teilweise, so z.B. im Fall der allgemeinen Kindertagesbetreuung, auch schon außerhalb des originären Zuständigkeitsbereichs Sozialer Arbeit liegen (vgl. Bommers/Scherr 2000: 22).

„Bringing Class back in!“ – zur Klassentheorie Pierre Bourdieus

Angesichts der offensichtlichen Überrepräsentanz von Menschen aus unterprivilegierten Bevölkerungskreisen bzw. prekären Lebensverhältnissen in zentralen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit scheint es gerade vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Verteilungs- und Schließungskämpfe, unerlässlich klassentheoretischen Perspektiven in der Theoriebildung und Forschung Sozialer Arbeit wieder eine prominentere Position zuzuweisen als in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten.⁴ Dabei ist zunächst zu bestimmen, was unter „Klasse“ verstanden werden soll. Für einen für die Soziale Arbeit adäquaten Klassenbegriff, schlage ich im Folgenden einen Anschluss an Pierre Bourdieu vor, dessen Theorie in der Sozialen Arbeit grundsätzlich seit einigen Jahren rezipiert wird, deren zentrale klassentheoretische Dimension jedoch bislang weitgehend ausgeblendet bleibt. Dabei bietet gerade Bourdieu die Möglichkeit der Nutzung eines Klassenmodells, welches es in mehrfacher Hinsicht ermöglicht, über die eng an der Perspektive von Kapital und Arbeit⁵ orientierten Klassenperspektiven Sozialer Arbeit der 1970er hinauszugehen, ohne deren Einsichten grundsätzlich negieren zu müssen.

„Klasse“ wird darin als relationale Kategorie verwendet, der die Vorstellung von Gesellschaft als mehrdimensionaler Raum zugrunde gelegt wird, dem die Eigenschaften eines auf spezifischen Unterscheidungs- und Verteilungsprinzipien basierendes sozialen Kraftfeldes zugeschrieben werden. Demnach können Akteure anhand ihrer relativen Positionierung in diesem „Ensemble objektiver Kräfteverhältnisse“ (Bourdieu 1985: 10) „klassifiziert“, d.h. zu Akteursklassen mit ähnlicher Ausstattung an Ressourcen und Macht sowie ähnlichen Handlungsoptionen und -restriktionen zusammengefasst werden, wodurch sich die Eigenschaften einzelner Klassen primär aus dem relationalen Gesamtzusammenhang ergeben (vgl. Bourdieu 1982: 195f; 1985: 9ff; 74; 1998; Vester 2004: 146f).

Die Besonderheit der bourdieuschen Perspektive liegt primär darin, Klassen nicht alleine aus ihrer Stellung im Produktionsprozess und dem damit verbundenen „Grundwiderspruch“ von Kapital und Arbeit abzuleiten. Ohne die Bedeutung von Produktionsverhältnissen zu negieren, wird die Frage nach gesellschaftlichen

4 Es ist zu betonen, dass trotz zahlreicher Beerdigungsversuche der Rückgriff auf „Klasse“ in der Theorie Sozialer Arbeit nie zum Erliegen kam.

5 Marx selbst unternahm am Ende seines Lebens Versuche, über seine eigenen, bislang formulierten klassentheoretischen Positionen hinauszugehen (vgl. Marx [1894]1969: 892f).

Machtquellen von der Ökonomie und dem ökonomischem Kapital im engeren Sinne auf weitere, vordergründig nicht-ökonomische soziale Felder ausgeweitet, auf denen gesellschaftliche Akteure ebenfalls um Erwerb, Reproduktion und Ausdehnung unterschiedlicher Kapitalfraktionen⁶ ringen (vgl. Bourdieu 1985: 10f; Bourdieu/Wacquant 1996). Demzufolge zeichnet sich die Verteilungsstruktur des sozialen Raums nicht nur durch vertikale sondern auch durch horizontale Unterschiede aus, so dass sich die sozialen Klassen nicht nur hinsichtlich einer ungleichen Menge Kapitals unterscheiden, sondern auch im Hinblick auf dessen Zusammensetzung (Bourdieu 1982: 196; Vester 2004). Interessant ist an Bourdieus Perspektive darüber hinaus, dass Klassen sich ihm zufolge nicht alleine aus den objektiven Kapitalstrukturen ableiten lassen. Vielmehr sind auch die Vorstellungen und Deutungen Aufmerksamkeit zu schenken, die Akteure von der sozialen Welt und des von ihnen darin eingenommenen Platzes machen (vgl. Bourdieu 1985: 15ff). Diese Akte des Erkennens und Anerkennens werden zugleich als ein relativ eigenständiges Terrain „täglichen Klassenkampfes“ (Bourdieu 1992: 148) verstanden.

„Eine soziale Klasse lässt sich niemals alleine aus ihrer Lage und Stellung innerhalb einer gesellschaftlichen Struktur, d.h. aus den Beziehungen bestimmen, die sich objektiv zu anderen Klassen der Gesellschaft unterhält; eine Reihe ihrer Eigenschaften verdankt sie nämlich dem Umstand, dass die Individuen, die diese Klasse bilden, absichtlich oder ohne es zu merken in symbolische Beziehungen zueinander treten, die die Differenzen von Stellung und Lage in logischer Systematik ausdrücken und diese Unterschiede somit in *signifikante Unterscheidungsmerkmale* zu verwandeln trachten“ (Bourdieu 1974: 57).

Klassen können somit als das relationale Ergebnis eines Wechselspiels aus materiellen Gegebenheiten und symbolischen Repräsentationen sowie darauf bezogener Auseinandersetzungen verstanden werden (vgl. Wacquant 1991: 57). Die in der Lebenspraxis wahrnehmbaren Unterschiede bilden (ebenso wie andere soziale Unterscheidungsmerkmale wie z.B. Schulabschlüsse, Berufe, Hautfarbe oder Geschlecht) zugleich den Ausgangspunkt mikropolitischen Auseinandersetzungen, in denen lebenspraktischen Unterschiede in symbolische Unterscheidungen verwandelt werden (vgl. Bourdieu 1974: 57; 1982: 284f), mittels derer Akteure sich soziale Nähe symbolisieren oder voneinander abgrenzen. Somit

6 Neben ökonomischem Kapital benennt Bourdieu als Grundtypen gesellschaftlich wirksamer Machtmittel kulturelles, soziales und symbolisches Kapital (vgl. Bourdieu 1985; 2005), er geht jedoch davon aus, dass auf deren Basis noch weitere feldspezifische Kapitalfraktionen existieren (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996).

bilden sich die Identitäten sozialer Gruppen unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen im Kontext der Abgrenzung gegenüber „Anderen“ heraus.

Im Zuge dieser nicht immer bewussten *Identitätspolitik* markieren soziale Unterschiede der Lebensführung symbolische Unterscheidungen von Zugehörigkeit, die nicht zuletzt dem *Zweck der Ab- und Ausgrenzung* dienen (vgl. Bourdieu 1974: 62) und voneinander unterscheidbare soziale Zusammenhänge herausbilden. Eigenschaften von Akteuren verwandeln sich demnach in Zeichen positiver oder negativer symbolischer „Vergütung“ (symbolisches Kapital), die gemäß der grundsätzlichen Relationalität der sozialen Welt sowohl Zeichen der Distinktion oder der „Vulgarität“ (vgl. Bourdieu 1982: 754) darstellen können: d.h. Embleme oder auch Stigmata (vgl. Bourdieu 1985: 25; Neckel/Sutterlüty 2005: 410).

Bourdies Perspektive bietet für die Frage nach Verhältnis von Sozialer Arbeit und sozialen Klassen folgende Einsichten: Klassen, welche stets in einem Verhältnis zueinander zu denken sind, kennen sowohl materielle als auch symbolische Komponenten und bilden sich in einem Wechselspiel zwischen gesellschaftlicher Ressourcen- bzw. Machtverteilung und habituell gerahmter, alltäglicher Auseinandersetzungen um legitime Weltansichten und soziale Identitäten. Für die Soziale Arbeit werden somit Fragen nach den Verhältnissen der Kapitalausstattung, aber auch nach dem Habitus und den symbolischen (auf Abgrenzung oder Annäherung ausgelegten) Identitätspolitik der in ihrem Kontext in Erscheinung tretenden Akteure zu zentralen klassentheoretischen Bezugspunkten.

Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass die Genese von sozialen Klassen nicht nur auf einem einzigen sozialen Feld stattfindet, sondern vielen auf den ersten Blick unökonomischen bzw. „uneigennütigen“ Feldern oftmals verborgene Ökonomien zugrunde liegen (vgl. Bourdieu 1982), die klassenkonstitutive Ungleichheiten und Klassifikationen hervorbringen. Daher aktualisiert sich letztlich auch die Frage nach der Beziehung Sozialer Arbeit – als einem gesellschaftlichen Ort bzw. Feld, auf dem sich unterschiedliche soziale Akteursgruppen begegnen – zu der Konstituierung und Reproduktion und zugleich des Aufbrechens und Überwindens gesellschaftlicher Klassenverhältnisse.

Das „Arbeiten“ mit Klasse I: Bürgerrechte, Soziale Arbeit und Soziale Klassen

Um auf Basis dieses Klassenverständnisses der Dialektik der Frage nachzugehen, wie klassenbedingte Ungleichheiten und Distinktionslinien zu offenen oder verborgenen Gegenstand von Praxis Sozialer Arbeit werden, bietet sich die Kombination zweier theoretischer Zugänge an. Erstens die Theorie der Bür-

gerrechte: Vor dem Hintergrund der Annahme, dass Bürgerrechte „und kapitalistisches Klassensystem miteinander im Krieg liegen“ (Marshall [1950]1992: 54), konzipierte Marshall den Wohlfahrtsstaat als einen „Ort“ des Waffenstillstands, dessen Institutionen, zu denen auch Soziale Arbeit zu zählen ist, zum zentralen Bezugspunkt universeller sozialer Bürgerrechte erklärt wurden (vgl. ebd. 40). Damit wurde gerade den Sozialen Diensten die Aufgabe zugesprochen, unter den Bedingungen klassenbedingter Ungleichheiten die Gleichheit im Status des Bürgers zu sichern, d.h. durch die Überwindung klassenbedingter Ungleichheiten den Zugang zu persönlicher Freiheit und demokratischer Mitbestimmung für alle Bürger zu ermöglichen. Bürger und damit letztlich auch Nutzer sollen im Hinblick auf ihre Bürgerrechte so behandelt werden, „als seien sie eine Klasse“ (ebd. 73). Aus dieser Verbindung einer klassen- und zugleich demokratietheoretischen Perspektive stellt sich im Hinblick auf Soziale Arbeit stets die Frage, inwiefern es ihr gelingt dazu beizutragen, Klassenbarrieren – mit Bourdieu symbolische wie materielle Hürden, die durch den klassenbedingt ungleichen Zugang zu ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital und damit korrelierender Habitusstrukturen entstehen – zu überwinden, die die Ausübung von Bürgerrechten behindern.

Wichtig ist dabei eine kritische Lesart dieses ‚Waffenstillstands zwischen Bürgerrechten und Klassensystem‘, da der Sozialstaat demzufolge letztlich als widersprüchliche Struktur ‚zwischen‘ Kapitalismus und Demokratie“ (Lessenich 2009: 130) zu verstehen ist. Im „Wohlfahrtskapitalismus“ (vgl. Marshall [1972]1992a) sitzt somit letztlich auch Soziale Arbeit zwischen zwei Stühlen: Demokratie und Gleichheit auf der einen und Klasse auf der anderen. Drückt sich diese Ambiguität wohl am deutlichsten in der engen Verkoppelung von Citizenship und Lohnarbeit aus (vgl. Lenhard/Offe 1977: 107; Turner 2009: 70), werden soziale Bürgerrechte in dieser widersprüchlichen Konstellation zugleich zu „Architekten sozialer Ungleichheit“ (Marshall [1950]1992: 77). Diese sollen einerseits Gleichheit im Bürgerstatus herstellen, andererseits jedoch eigene Ungleichheitsformen hervorbringen, wie z.B. im Schulsystem, welches durch Bürgerrechte grundsätzlich allen eröffnet wird, auf der Ebene des Schulerfolgs bzw. der Abschlüsse jedoch beständig soziale Unterschiede erzeugt. Gerade die Legitimität dieser auf formaler Rechtsgleichheit basierenden Verteilungsungleichheiten bilden einen wirksamen Ansatzpunkt für die Reproduktion sozialer Klassen im Verborgenen – unter dem Deckmantel der „Chancengleichheit“ (vgl. Bourdieu 2005). Folgt man daher einer regulationstheoretischen Perspektive, geht es bei diesem wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss keinesfalls nur um die Umsetzung abstrakter normativer Prinzipien des Bürgerstatus. Vielmehr geht es um die Etablierung eines in gesellschaftliche

Kräfteverhältnisse eingebetteten Citizenship-Regimes, damit verbundener Zugehörigkeitsgrenzen und moralischer Vorstellungen hinsichtlich des „Bürgers“ und des „Nichtbürgers“ (vgl. Jenson/Phillips 1996). Somit ist an dieser Stelle nicht nur von einem ver- sondern zugleich auch von einem entbürgerlichenden Potenzial Sozialer Arbeit auszugehen und die Frage zu stellen, inwiefern Soziale Arbeit auch zu einer „Architektin“ klassenbedingter Ungleichheiten werden kann.

Diese Dialektik zeigt sich besonders deutlich an der Frage, wie klassenbedingte Ungleichheiten aus der Perspektive der Theorie der Bürgerrechte zu einem Gegenstand Sozialer Arbeit werden. Ein erster Ansatzpunkt ist die grundsätzliche Annahme, dass Gleichheit im Status des Bürgers sich nicht alleine durch formale Statuierung universeller Rechte gewährleisten lässt, sondern es auch entsprechender Ressourcen und Fähigkeit zu deren Ausübung bedarf, die gesellschaftlich äußerst ungleich verteilt sind:

„The rights of citizenship are a reality only for those who have a belief in their authenticity and the skills needed to exercise them, and this belief and these skills are developed through experience and socialization in the context of a class society“ (Marshall 1975: 207).

Ohne diesen Aspekt hier erschöpfend diskutieren zu können⁷, gehört wenig Fantasie dazu, Sozialer Arbeit das grundsätzliche Potenzial zuzuschreiben, durch entsprechende Interventionen zum Aufbau von Ressourcen und Kompetenzen beizutragen, die zur Ausübung formal verliehener Bürgerrechte vonnöten sind: z.B. durch die Unterstützung bei der Inanspruchnahme oder dem Einklagen sozialer Rechtsansprüche gegenüber anderen Sozialleistungsbehörden, in dem Sozialarbeiter ihr professionelles (kulturelles, soziales wie symbolisches) Kapital für Adressaten nutzbar machen. Auch kann Soziale Arbeit im Rahmen der Nutzerbeteiligung als ein potenzieller Ort der Demokratisierung und Politisierung verstanden werden, indem auf Basis der Bürgerrechte Recht auf Mitsprache formuliert werden (vgl. Wagner et al 2011) und politische Aktivitäten und Beteiligung im Rahmen sozialer Dienste ein Vehikel darstellen können, um habituelle bzw. klassenbedingte Barrieren zum politischen Feld zu durchbrechen und Prozesse der Reklamierung des Bürgerstatus zu beflügeln (vgl. Isin/Nielsen 2008). Andererseits fokussieren personenbezogene Dienstleistungen und Maßnahmen, wie sie gerade im Kontext Sozialer Arbeit zu finden und primär auf die Transformation habitueller Dispositionsschemata und „weicher“ Kapitalformen (kulturell, sozial, symbolisch) ausgerichtet sind (vgl. Kessler et al 2002; Otto/Ziegler

⁷ Vgl. Hierzu auch Wagner (2009)

2005), jedoch nur einen spezifischen Ausschnitt klassenbedingter Ungleichheiten und blenden gerade die „materielle“ Dimension von Klasse aus.

Dies muss nicht als negativ eingestuft werden. Vielmehr beugt die Entkopplung materieller und pädagogischer Leistungen durchaus einem Missbrauch materieller Ressourcen als pädagogische Sanktionsmittel vor.⁸ Andererseits birgt dies jedoch die Gefahr einer kulturellen Verkürzung klassenbedingter Ungleichheiten⁹, mit der leicht verkannt wird, dass rein personenbezogene Maßnahmen erst einmal wenig an der (materiellen) Kapitalverteilungsstruktur des sozialen Raums verändern, die den bearbeiteten Habitusmustern und Lebenspraxen zugrunde liegt.¹⁰ Hier stellt sich die grundsätzliche Gefahr der Pädagogisierung klassenbedingter Ungleichheiten und Benachteiligungen durch den spezifischen Zugriff sozialpädagogischer Dienstleistungen, die von ihrer ökonomisch-gesellschaftlichen Basis separiert und in rein individuelle Probleme verwandelt werden (vgl. Meinhold 1973; Böhnisch 1982; Ebli 2003).

Ein weiterer Widerspruch lässt sich anhand des Anspruchs Sozialer Arbeit verdeutlichen, ihre Dienstleistungen mit einer gesellschaftlich universellen Reichweite zu verbinden. Auch Marshall verband mit der Statuierung allgemeiner sozialer Bürgerrechte und der damit einhergehenden grundsätzlichen Ausweitung wohlfahrtstaatlicher Institutionen und Dienste auf die Allgemeinheit der Bevölkerung die hoffnungsvolle Erwartung, dass auf diese Weise für Menschen unterschiedlichster Herkunft gemeinsame Erfahrungsorte geschaffen werden könnten, mittels derer sich Klassenbarrieren überwinden ließen (vgl. Barbalet 1993: 43ff). Der Anspruch Sozialer Arbeit „für alle da zu sein“ kann aus der Perspektive von Citizenship somit als Versuch verstanden werden, Soziale Arbeit als einen gesellschaftlichen Ort zu etablieren, an dem die Angehörigen unterschiedlicher gesellschaftlicher Klassen und Milieus sich als Nutzer der gleichen Dienste begegnen können, wobei der Kontakt über die Institution der Bürgerrechte einen egalitären Charakter erhalten soll. Andererseits lässt sich die bereits gezeigte unterschiedliche Nutzung sozialer Dienste durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen als ein deutliches Indiz dafür lesen, dass auch diese soziale Praxis in das

8 Dass diese Gefahr durchaus einen realen Kern besitzt, lässt sich an der Jugendberufshilfe ablesen (vgl. BMFSFJ 2002: 202).

9 An dieser Stelle ist Marshall nicht zu Unrecht ein naives und zugleich kulturalistisches Klassenverständnis vorgeworfen worden, welches unter Klassen primär eine „Identity Group“ verstand (vgl. Barbalet 1993: 44f).

10 Zur Individualisierung armutsbezogener Problemlagen durch die Jugendhilfe vgl. auch Pluto et al (2007: 87f, 207f).

gesellschaftliche Netz der „feinen Unterschiede“ (Bourdieu 1982) eingebunden bleibt, die diese Gruppen voneinander symbolisch unterscheiden, eingebunden bleibt und sich dieses Netz im Hinblick auf die Leistungshierarchie des Sozialstaats als eine eigene implizite symbolische Statushierarchie aus „Respekt“ und „Verachtung“ konkretisiert (vgl. u.a. Lockwood 2000: 159f; Cremer-Schäfer 2001). Entsprechend markieren sowohl die Nutzung als auch die Meidung spezifischer Formen Sozialer Arbeit weiterhin gesellschaftlich wirkmächtige, positive wie auch negative Distinktionsmerkmale. Das Potenzial Sozialer Arbeit als Begegnungsort für Adressaten mit einer möglichst heterogenen sozialstrukturellen Verortung wird durch die Wirkung gesellschaftlicher Respektabilitätsgrenzen limitiert.

Darüber hinaus ist es nicht unerheblich, dass der von Marshall beschriebene wohlfahrtsstaatliche Waffenstillstand zwischen Bürgerrechten und kapitalistischem Klassensystem aufgekündigt worden ist und derzeit im Rahmen eines neuen Citizenship Regimes neu justiert wird. Im Zuge der damit verbundenen Schleifung und Ungleichverteilung sozialer Bürgerrechte sowie der stärkeren Betonung von Pflichten und (Eigen)Verantwortung wird „das vormalig universelle Bürgerverständnis in den Begriff einer besonderen Gruppe transformiert: Bürger sind nun jene, die über ein bestimmtes Maß an Bürgerlichkeit verfügen“ (Lessenich/Nullmeier 2006: 23). Dass, mit Marx gesprochen, der Citoyen also wieder stärker zu einer „Löwenhaut“ (Marx [1844]2006: 355) des Bourgeois wird, bedeutet im Umkehrschluss, dass anderen Gruppen dieser Status faktisch vorenthalten wird. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern Nutzer Sozialer Arbeit noch als Bürger wahrgenommen werden oder aber als eine zu minimierende „unbürgerliche Last“. Dies zum einen, weil die unter dem Banner von workfare- und Aktivierung aktualisierte Lohnarbeitszentrierung Sozialer Arbeit angesichts ausgedehnter Niedriglohnssektoren zusehends nicht mehr auf die Produktion von Sozialbürgern sondern einer neuen „Dienstbotenklasse“ (Gorz 1989: 21) ausgerichtet ist; und zum zweiten, weil „Bürgerlichkeit“ im Zuge der politischen Forcierung „bürgerschaftlichen Engagements“ mit der zivilgesellschaftlichen Übernahme von sozialstaatlichen Aufgaben assoziiert wird und weniger mit deren Inanspruchnahme.

Das „Arbeiten“ mit Klasse II: Geben und Nehmen

Damit rückt ein weiterer wichtiger Aspekt des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu Klasse (erneut) in das Blickfeld: Die Frage nach Klassendifferenzen im Verhältnis zwischen den Sozialer Arbeit betreibenden Personen und ihren Adressaten sowie nach dem Einfluss Sozialer Arbeit auf diese Unterschiede. Um diesen Aspekt adäquat analysieren zu können, bietet sich ein theoretischer Zugang an im

Anschluss die Theorie der Gabe (vgl. Mauss [1968]1990) an. Diese in Auseinandersetzung mit tribalen Kulturen entwickelten Perspektive zeigt, dass gerade in vormoderne Gesellschaften Tauschbeziehungen in Form des wechselseitigen Austausches von Geschenken und Hilfeleistungen eingelassen sind, die auf der reziproken Verpflichtung zum Geben, Nehmen und Erwidern basieren und mittels derer sich diese Gesellschaften reproduzieren (vgl. Mauss [1968]1990: 17ff; Adloff/Sigmund 2005: 218ff). Wie insbesondere Bourdieu herausgestellt hat, besitzt dieses beziehungsstiftende Element des Gabentausches auch eine hohe Bedeutung für die symbolische Reproduktion der diesen Gesellschaften inhärenten Herrschafts- und Machtverhältnisse (vgl. Bourdieu 1987: 205ff). Der wechselseitige Austausch von ökonomischen und kulturellen Gaben zwischen verschiedenen sozialen Gruppen bzw. Klassen markiert insofern keinesfalls ein rein altruistisches Verhalten, sondern vielmehr einen auf die Akkumulation symbolischen Kapitals ausgerichteten „Ehrenhandel“ (ebd. 180; 1998: 173), mit dem „Willkürverhältnisse in legitime, De-facto-Unterschiede in offiziell anerkannte Rangunterschiede“ (Bourdieu 1987: 229) umgewandelt werden sollen, deren Herrschaftscharakter somit eine Euphemisierung erfährt.

Mit dieser theoretischen Perspektive lassen sich auch Austauschprozesse in modernen Gesellschaften nach der Logik der Gabe untersuchen, wie sie sich insbesondere in der Form privater bzw. zivilgesellschaftlicher Wohltätigkeit wieder finden lassen (vgl. Adloff/Sigmund 2005: 211ff). Neben diesen Phänomenen einer „gift economy“ (ebd. 211) kann auch der moderne Wohlfahrtsstaat als eine komplexe institutionalisierte Tauschbeziehung verstanden werden (vgl. Mauss [1968]1990: 160); d.h. über wohlfahrtsstaatliche Arrangements finden (nach Prinzipien wie „Fürsorge gegen Macht“ oder „Leistung gegen Teilhabe“)¹¹ organisierte Transfers zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen statt, die auf diese Weise in ein institutionell reguliertes Verhältnis zueinander gesetzt, bzw. durch die damit verbundenen Verteilungen und Klassifikationsakte geschaffen und reproduziert werden (vgl. Lessenich/Mau 2005: 262ff). Dabei spielen sich diese statusgenerierenden wohlfahrtsstaatlichen „Tauschgeschäfte“ nicht alleine auf einer abstrakten Distributionsebene ab, sondern gerade auf der Ebene der Interaktion zwischen professionellen Berufs- oder freiwilligen Helfergruppen und ihren Adressaten.¹²

11 Zu diesen Prinzipien (vgl. Vester 2004; Gräser 2009). Lessenich und Mau verweisen auf den grundsätzlich historisch kontingenten Charakter dieser Tausch- bzw. Reziprozitätsprinzipien (vgl. Lessenich/Mau 2005).

12 Zur emotionalen Dimension entsprechender „Mikropolitiken“ innerhalb sozialer Dienstleistungsorganisationen (vgl. Klatetzki 2010: 485; 488f).

Somit lässt sich auch Soziale Arbeit als ein klassenkonstitutives Feld verstehen, über welches Menschen sozial verortet und zueinander in Beziehung gesetzt werden und über welches sich zugleich klassenbezogene Identitätspolitiken organisieren lassen (vgl. Walkowitz 1999; Gräser 2009). Demnach müssen Sozialarbeiter, damit sie zu ihren Nutzern in ein Verhältnis treten können, diese sozial verorten, in dem sie diese als ihrer Hilfe bedürftig einstufen. Diese soziale Platzierung legitimiert auf der einen Seite das Tätigwerden Sozialer Arbeit. Auf der anderen Seite trägt sie auch zur Reproduktion sozialer Grenzlinien bei und verdeutlicht ein zentrales Moment des Verhältnisses von Sozialer Arbeit zu Klasse: „The heart of social workers' job as gatekeepers of public and private relief aid has always been patrolling the boundaries of class“ (Walkowitz 1999: 10). Zugleich lässt sich mit Blick auf die Soziale Arbeit betreibenden Personen feststellen, dass das durch Soziale Arbeit eröffnete Sozialverhältnis auch zu einem Ansatzpunkt für (Mikro)Politiken der Durchsetzung und Behauptung einer Mittelklasse-Identität werden kann. An dieser Stelle hat Gräser im Hinblick auf die bürgerliche Sozialreform verdeutlicht, dass der in der Pionierphase Sozialer Arbeit anvisierte „Brückenschlag“ zwischen den Klassen auch auf die Markierung und Reproduktion sozialer Abstände und die Konstituierung des Bürgertums als sozialer Klasse im Angesicht des „Anderen“ ausgerichtet war (vgl. Gräser 2009: 63ff). Aber nicht nur die bürgerliche Philanthropie des späten 19. Jahrhunderts sondern auch die Professionalisierung Sozialer Arbeit lässt sich als Statuspolitik verstehen, als ein soziales Aufstiegsprojekt. An dieser Stelle stößt man nicht alleine auf entsprechende Thesen von Fundamentalkritikern wie z.B. Luhmann, für den der präventive Versuch der Professionalisierung von Sozialberufen nicht viel mehr darstellte als eine Auseinandersetzung „um Prestige und Gehaltsansprüche“ (Luhmann [1973]2005: 77). Vielmehr wird diese Auseinandersetzung, z.B. von Otto und Utermann, auch als „Kampf um Professionalisierung“ verstanden: als eine Form der Statuspolitik, die neben der Durchsetzung einer neuen Fachlichkeit auch auf „*Statuserhöhung und Prestigezuwachs* eine entsprechende *soziale und ökonomische Niveauerhöhung*“ (Otto/Utermann 1971: 11) ausgerichtet war. Letztlich bleibt jedoch der Bezug von Sozialer Arbeit zu Klasse auf der beruflichen Ebene doppeldeutig; einerseits bietet professionelle Soziale Arbeit aufgrund ihres Ursprungs in einer bürgerlichen Standespflicht und aufgrund des mit ihrer Professionalisierung verbundenen kulturellen wie symbolischen Kapitals einen Ansatzpunkt für mittelschichtsbezogene Statuspolitiken. Andererseits stellt sie als Beruf auch eine Form der Lohnarbeit dar (vgl. Kunstreich 1975: 43; auch Walkowitz 1999), was darauf verweist, dass an dieser Stelle durchaus Spielräume für unterschiedliche Formen der Identitätspolitik bestehen.

Eine entscheidende Frage, die sich in infolge klassentheoretisch stellt, ist die, inwiefern die Soziale Arbeit betreibenden Personen den ihrem Kontakt zu ihren Adressaten inhärenten sozialen Abstand als Ankerpunkt von Strategien klassenbezogener Identitätspolitik nutzen, oder ob sie versuchen, diesen Abstand einer kritischen Reflexion zuführen, und damit auch daran zu arbeiten, ihn zu überwinden. Diese historisch stets aufs Neue zu stellende Frage, ob Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ihre Adressaten in ihren alltäglichen Klassifikations- bzw. Klassenkämpfen (bewusst oder unbewusst) als „Alliierte“ oder als „Andere“ (vgl. Walkowitz 1999: 5) begreifen, aktualisiert derzeit. Zum einen bleibt auch die berufliche Soziale Arbeit angesichts der Zunahme von befristeten Teilzeitbeschäftigung, befristeten Arbeitsverhältnissen, geringfügiger Beschäftigung und Scheinselbständigkeit sowie der Erosion tarifvertraglicher Strukturen (vgl. Maier/Spatschek 2006: 28; Dahme/Wohlfahrt 2007: 27f; Enggruber/Mergner 2007: 14f; Züchner/Schilling 2010: 61, 65) von den eingangs beschriebenen Tendenzen sozialer Verwundbarkeit nicht verschont.¹³ Da es auch Teilen der professionellen sozialen Arbeit infolge deregulierter Arbeitsverhältnisse zusehends „an ihren weißen Kragen geht“ (Kronauer 2006: 27), stellt sich die Frage, wie die Infragestellung damit der eigene Zuordnung zur „Mitte“ seitens der Professionellen verarbeitet wird: durch einen Schulterchluss oder durch eine verstärkte Distinktion gegenüber ihrer gesellschaftlich weitestgehend unterprivilegierten Adressatenschaft.

Zugleich zeigt sich mit Blick auf die Perspektive der Bürgerrechte, dass im Zuge des Schleifens sozialer Rechte ein Ort geschaffen wurde, an der „bürgerschaftliche Sozialarbeit“ in Form der Elendsverwaltung durch Suppenküchen und Kleiderkammern eine schwindelerregende Renaissance erlebt. (vgl. Lutz 2008; Selke 2008). Es spricht einiges dafür, an dieser Stelle von der Etablierung einer neuen Mitleidsökonomie zu sprechen (vgl. Kessl/Wagner 2011).

Die mit der Nutzung entsprechender Angebote verbundene Sichtbarkeit des eigenen Abstiegs aufseiten der „Kundschaft“ kann nur allzu leicht, zu einer „Kulisse“ für Formen demonstrativen Helfens (vgl. Selke 2009: 280f) werden, wobei gerade die Sichtbarmachung des eigenen Engagements eine potenziellen Quelle der Akkumulation symbolischen Kapitals darstellt (vgl. Kessl/Wagner 2011), und damit zu einem Mittel der Distinktion, des symbolischen Ziehens von Klassengrenzen, wird. Somit gilt es in Zukunft gerade auch den Formwandel kritisch zu beobachten, den Soziale Arbeit im Zuge des Entstehens zivilgesellschaftlicher Areale der

13 Auf die ebenfalls relevanten Auswirkungen der Umstellung der akademischen Ausbildungen auf das System vom Bachelor- und Masterstudiengängen kann hier nicht näher eingegangen werden.

Elendsverwaltung im Hinblick auf ihr „Arbeiten mit Klasse“ erlebt. Denn dort wird Soziale Arbeit relativ deutlich von einer widersprüchlichen Vermittlung zwischen bürgerlicher Gleichheit und kapitalistischer Ungleichheit zu einem Ort transformiert, an dem Klassengrenzen und damit verbundene Verhältnisse zwischen den Sozialen Arbeit betreibenden Personen und ihren Nutzern nicht überwunden oder eingeeht, sondern vielmehr markiert und legitimiert werden sollen.

Fazit

Im Rahmen der von der Erosion fordristischer Verteilungsprinzipien und härteren sozialen Verteilungskämpfen geprägten gesellschaftlicher Entwicklungen sollte Soziale Arbeit in Zukunft klassentheoretischen Fragestellungen wieder vermehrt Aufmerksamkeit schenken und sehr genau beobachten, inwiefern und auf welche Weise sich im Feld der Sozialen Arbeit Arenen alltäglichen Klassenkampfes oder Formen des Statushandels herausbilden. Um der eingangs hervorgehobenen Kontingenz von gesellschaftlichen Verteilungsmustern Rechnung tragen zu können, sollte sie dabei in ihrer Theoriebildung neben einer Klassenperspektive auch die Perspektive der Bürgerrechte betonen. Zum einen deshalb, weil die zunehmende Bedeutung von „Klasse“ unmittelbar in ein Verhältnis zur Rücknahme universeller sozialer Bürgerrechte gestellt werden kann, und zum zweiten, weil sich über die demokratietheoretische Dimension Perspektiven – trotz aller gleichzeitig notwendigen Kritik – alternativer, auf gleiche Freiheit und Demokratie ausgerichteter Verteilungsprinzipien und damit auch der „Gegenwehr“ aufzeigen lassen. Insofern sollte es darum gehen, das Potenzial Sozialer Arbeit kritisch zu analysieren, unter den Bedingungen zunehmender klassenbedingter Ungleichheit, einen Beitrag zu leisten, Gleichheit im Bürgerstatus herzustellen, d.h. mit dafür Sorge zu tragen, dass Menschen die ihnen formal verliehenen sozialen, zivilen und vor allem politischen Rechte auch ausüben bzw. entsprechende Rechte erstreiten können.

Literatur

- Addams, J. [1892] o.J.: The objective Value of a social Settlement. Online unter: www.swarthmore.edu/Library/peace/DG001-025/DG001JAddams/objvalue.pdf
- Adloff, F.; Siegmund, S. 2005. In: Adloff, F.; Mau, S. (Hg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität Frankfurt a.M.: Campus, 211-235
- Andrefß, H.-J.; Kronauer, M. 2006: Arm-Reich. In: Lessenich, S.; Nullmeier, F. (Hg.): Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus, 28-52

- Arbeitsgruppe „Präventive Jugendhilfe“ 1995: Zwischen Kundenorientierung und Fürsorge: Die Notwendigkeit einer stärkeren AdressatInnenorientierung in der Jugendhilfe. In: *Neue Praxis*, Jg. 25, H. 2, 118-132
- Barbalet, J. M. 1993: Citizenship, Class Inequality and Resentment. In: Turner, B. S. (Hg.): *Citizenship and social theory*. London: Sage, 36–56
- Bäuerle, W. 1967: *Sozialarbeit und Gesellschaft*. Weinheim: Beltz.
- Beck, U. 1983: Jenseits von Stand und Klasse? In: Kreckel, R. (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz
- 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- BMFSFJ 1994: 9. Jugendbericht. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Bonn
- 1998: *Leistungen und Grenzen von Heimerziehung. Ergebnisse einer Evaluationsstudie stationärer und teilstationärer Erziehungshilfen*; Forschungsprojekt Jule. 1. Stuttgart: Kohlhammer
- 2002: *Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland*. Bonn
- BMJFFG 1990: *Achter Jugendbericht: Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe*. Bonn
- Böhnisch, L. 1982: *Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit*. Neuwied: Luchterhand
- Böhnke, P. 2011: Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 1-2, 18-25
- Bommes, M.; Scherr, A. 2000: *Soziologie der sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe*. Weinheim: Juventa
- Bourdieu, P. 1974: *Zur Soziologie der symbolischen Formen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- 1982: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- 1985: *Sozialer Raum und „Klassen“*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- 1987: *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. 1 Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- 1992: *Rede und Antwort*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- 1998: *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Bourdieu, P.; Wacquant, L. J. D. 1996: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Castel, R. 2005: *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg: Hamburger Ed
- Castel, R.; Dörre, K. 2009: Einleitung. In: dies. (Hg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M., Campus, 11-18
- Chassé, K. A. 2010: *Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte*. Wiesbaden: VS Verlag

- Cremer-Schäfer, H. 2001: Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Sozialen Arbeit. In: Merten, R. (Hg.): *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Opladen: Leske & Budrich, 55–69
- Dahme, H.-J.; Wohlfahrt, N. 2007: Vom Korporatismus zur strategischen Allianz von Sozialstaat und Sozialwirtschaft: Neue 'Sozialpartnerschaft' auf Kosten der Beschäftigten? In: Dahme, H.-J.; Trube, A.; Wohlfahrt, N. (Hg.): *Arbeit in Sozialen Diensten: flexibel und schlecht bezahlt? Zur aktuellen Entwicklung der Beschäftigungsbedingungen im Sozialsektor*. Baltmannsweiler: Schneider-Verl. Hohengehren, 22-34
- Dörre, K. 2010: Die neue Landnahme: Prekarisierung im Finanzkapitalismus. In: *Neue Praxis*, Jg. 40., H. 1, 5-24
- 2011: Landnahme und soziale Klassen. Zur Relevanz sekundärer Ausbeutung. In: Thien, H.-G. (Hg.): *Klassen im Postfordismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 113-151
- Ebli, H. 2003: Pädagogisierung, Entpolitisierung und Verwaltung eines gesellschaftlichen Problems? Die Institutionalisierung des Arbeitsfeldes „Schuldnerberatung“. Baden-Baden: Nomos.
- Enggruber, R.; Mergner, U. (Hg.) 2007: *Lohndumping und neue Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit*. Berlin: Frank & Timme
- Estes, C. L.; Swan, J. H.; Gerard, L. E. 2009: Dominierende und konkurrierende gerontologische Paradigmen: Für eine politische Ökonomie des Alterns. In: Dyk, S. van; Lessenich, S. (Hg.): *Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur*. Frankfurt a.M.: Campus, 53-68.
- Feldhaus, N.; Gaßmüller, A.; Zawadski, A.; Ziegler, H. 2009: *Lebensführungsprobleme und Soziale Arbeit*. In: *Neue Praxis*, Jg. 39, H. 2, 191-200
- Freyberg, T. von 1997: Die inszenierte Krise des Sozialstaats – Ein Angriff auf den demokratischen Prozeß. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, Jg. 17, H. 66, 179-187
- Goetz, A. 1989: *Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*. Berlin: Rotbuch
- Gräser, Marcus 2009: *Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und in Deutschland, 1880 – 1940*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Heitmeyer, W. 2010: Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: dies. (Hg.): *Deutsche Zustände – Folge 8*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 13-46
- Hirsch, J. 2005: *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA
- Hollstein, W. 1973: *Hilfe und Kapital. Zur Funktionsbestimmung der Sozialarbeit*. In: Hollstein, W.; Meinhold, M. (Hg.) 1973, 167–207
- 1973a: *Sozialarbeit im Kapitalismus. Themen und Probleme*. In: Hollstein, W.; Meinhold, M. (Hg.) (1973), 9-43

- Hollstein, W.; Meinhold, M. (Hg.) 1973: Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Originalausgabe. Frankfurt a.M.: Fischer
- In, E. F.; Nielsen, G. M. 2008: Introduction. Acts of Citizenship. In: In, E. F.; Nielsen, G. M. (Hg.): Acts of citizenship. London: Zed Books, 1-12
- Jenson, J.; Phillips, S. (1996): Staatsbürgerschaftsregime im Wandel – oder: Die Gleichberechtigung wird zu Markte getragen. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Wissenschaft, Jg. 26, H. 105, 515–542.
- Kessl, F.; Otto, H.-U.; Ziegler, H. 2002: Einschließen oder Aufmachen? Der Raum sein Kapital und deren Nutzer. In: Riege, M.; Schubert, H. (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Wiesbaden: VS Verlag, 177-190
- Kessl, F.; Reutlinger, Chr.; Ziegler, H. (Hg.) (2007): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“. Wiesbaden: VS Verlag
- Klatetzki, T. (2010): Soziale personenbezogene Dienstleistungsorganisationen als emotionale Arenen – ein theoretischer Vorschlag. In: Neue Praxis, Jg. 40, H.5, 475-493.
- Kronauer, M. 2006: „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für eine anstehende Debatte. In: Bude, H.; Willisch, A. (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Ed., 27-45
- Kunstreich, T. 1975: Der institutionalisierte Konflikt. Eine exemplarische Untersuchung zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft am Beispiel der Jugend- und Familienfürsorge. Offenbach: Verlag 2000
- Landhäußer, S.; Kessl, F.; Klein, A. 2010: Armut und Prekarisierung von Adressat_innen Sozialer Arbeit. In: Thole, W. (Hg.): Grundriss Sozialer Arbeit: ein einführendes Handbuch., Wiesbaden: VS Verlag, 541-547
- Lenhard, G.; Offe, C. 1977: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: Ferber, Chr. von; Kaufmann, F.-X. (Hg.): Soziologie und Sozialpolitik. Opladen: Westdt. Verl., 98–127.
- Lessenich, S. 2009: Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre, K.; Lessenich, S.; Rosa, H.: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 126-177
- Lessenich, S.; Mau, S. 2005: Reziprozität im Wohlfahrtsstaat. In: Adloff, F.; Mau, S. (Hg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität. Frankfurt a.M.: Campus, 257–276.
- Lessenich, S.; Nullmeier, F. 2006: Einleitung: Deutschland zwischen Einheit und Spaltung In: dies. (Hg.): Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus, 7-27
- Lessing, H.; Liebel, M. (Hg.) 1974: Jugend in der Klassengesellschaft. Marxistische Jugendforschung und antikapitalistische Jugendarbeit. München: Juventa
- Liebel, M. 1974: Aufgaben und Probleme sozialistischer Pädagogen in selbstverwalteten Jugendzentren. In: Lessing, H.; Liebel, M. (Hg.) 1974, 241-254

- Lockwood, D. 2000: Staatsbürgerliche Integration und Klassenbildung. In: Mackert, J.; Müller, H.-P. (Hg.): Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft. Wiesbaden: Westdt. Verl., 157-180
- Luhmann, N. 1985: Zum Begriff der sozialen Klasse. In: ders. (Hg.): Soziale Differenzierung: Zur Geschichte einer Idee. Opladen, Westdt.. Verl., 119–162
- [1973]2005: Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: ders.: Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag, 167-186
- Lutz, R. 2008: Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 12-13, 3-10
- Lutz, T. 2010: Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs. Jugendhilfe und ihre Akteure in post-wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag
- Maier, K.; Spatscheck, Chr. 2006: Wider das ritualisierte Klagelied über die schlechten Arbeitsmarktchancen für SozialarbeiterInnen – Materialien und Überlegungen zur neueren Entwicklung der Berufsgruppe DiplomsozialarbeiterInnen/DiplomsozialpädagogInnen. In: Sozial Extra, Jg. 30, H. 11, 26-33
- Marshall, T. H. 1975: Social policy in the twentieth century. London: Hutchinson.
- [1950] 1992: Staatsbürgerrechte und soziale Klassen. In: Marshall, T. H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a.M.: Campus, 33-94
- [1972] 1992a: Wertprobleme im Wohlfahrtskapitalismus. In: ders.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a.M.: Campus, 109-130
- Marx, K. [1844] 2006: Zur Judenfrage: MEW 1. Berlin: Dietz, 347–377
- [1867] 1962: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. MEW 23, Berlin: Dietz
- [1894] 1969: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Berlin: Dietz
- Mauss, M. [1968] 1990: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Meinhold, M. 1973: Zum Selbstverständnis und zur Funktion von Sozialarbeitern. Am Beispiel von Theorie und Praxis der sozialen Einzelhilfe. In: Hollstein, W.; Meinhold, M. (Hg.): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Originalausgabe. Frankfurt a.M.: Fischer, 208-225
- Neckel, S.; Sutterlüty, F. 2005: Negative Klassifikationen. Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Heitmeyer, W.; Imbusch, P. (Hg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag, 409-428
- Olk, T.; Klein, A.; Hartnuß, B. (Hg.) 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag
- Otto, H.-U.; Schaarschuch, A. 1999: The State of Social Work. In: Lesnik, B. (Hg.): International Perspectives in Social Work. Social work and the state. Brighton: Pavilion Publ., 135-143

- Otto, H.-U.; Utermann, K. 1971: Einleitung. In: dies. (Hg.): Sozialarbeit als Beruf. Auf dem Weg zur Professionalisierung? München: Juventa, 7-12
- Otto, H.-U.; Ziegler, H. 2005: Sozialraum und Sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: Anhorn, R.; Bettinger, F. (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit Wiesbaden: VS Verlag, 115-145
- Pongratz, L.; Hübner, H.-O. 1959: Lebensbewährung nach öffentlicher Erziehung. Darmstadt, Berlin, Neuwied am Rhein: Luchterhand
- Rauschenbach, T. 1992: Soziale Arbeit und soziales Risiko. In: Rauschenbach, Thomas (Hg.): Soziale Arbeit und Erziehung in der Risikogesellschaft. Neuwied, Berlin: Luchterhand, 25-60
- 2010: Wo steht die Kinder- und Jugendhilfe? Zwischen Bedeutungszuwachs und Marginalisierung. In: Neue Praxis, Jg. 40., H. 1, 25-38
- Schaarschuch, A. 1996: Soziale Arbeit in guter Gesellschaft? Gesellschaftliche Modernisierung und die „Normalisierung“ der Sozialpädagogik. In: Zeitschrift für Pädagogik, H. 6, 853-868
- Schaarschuch, A.; Flösser, G.; Otto, H.-U. 2001: Dienstleistung. In: Otto, H.-U.; Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. München, Basel: Reinhardt, 266-274
- Seelmeyer, U. 2008: Das Ende der Normalisierung? Soziale Arbeit zwischen Normativität und Normalität. Weinheim: Juventa
- Selke, S. 2008: Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- 2009: Das Leiden der Anderen – Die Rolle der Tafeln zwischen Armutskonstruktion und Armutsbekämpfung. In: ders. (Hg.): Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention. Wiesbaden: VS Verlag, 273-296
- Steinacker, S.; Sünker, H. 2010: Politische Kultur, Demokratie und Bildungspraxis in Deutschland. Mitverwaltung – Selbstbestimmung – Partizipation oder „1968“ im Kontext von Geschichte. In: Zeitschrift für Pädagogik, Jg. 56, H. 1, 22-36
- Steinert, H. 2000: Die kurze Karriere des Begriffs »soziale Ausschließung«. In: Pilgram, A.; Steinert, H. (Hg.): Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr. Baden-Baden: Nomos, 7-12
- Sünker, H. 2005: Social Work, Social Politics and Justice. In: Social Work & Society, Jg. 3, H. 1, 11-29
- Thien, H.-G. 2011: Einleitung. In: Klassen im Postfordismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-20
- Thiersch, H. 1978: Alltagshandeln und Sozialpädagogik. In: Neue Praxis, Jg. 8, 6-25.
- 1995: Lebenswelt und Moral. Beiträge zur moralischen Orientierung sozialer Arbeit. Weinheim: Juventa
- Turner, B. S. 2009: T.H. Marshall, social rights and English national identity. In: Citizenship Studies, H. 13/1, 65-73

- Vester, M. 2004: Die Gesellschaft als mehrdimensionales Kräftefeld. In: Schwinn, T. (Hg.): Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung. Frankfurt a.M.: Humanities Online, 131-172
- Wacquant, L. J. D. 1991: Making Class: The Middle Class(es) in Social Theory and Social Structure. In: MacNall, S. G.; Levine, R. F.; Fantasia, R. (Hg.): Bringing class back in contemporary and historical perspectives. Boulder: Westview Press
- Wagner, T. 2009: Citizenship, Soziale Arbeit und Soziale Klassen. Von der politischen Produktivität des Bürgers in der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 30, H. 112, 23-42
- Wagner, T.; Bain, K.; Schaarschuch, A. 2011: Zur politischen Produktivität des Citizenship in der Sozialen Arbeit. Adressatenkonzepte in der Sozialen Arbeit zwischen Staatsbürgerqualifikationsarbeit und Entbürgerlichung. In: DGfE-Kommission Sozialpädagogik (Hg.): Bildung des Effective Citizen – Sozialpädagogik auf dem Weg zu einem neuen Sozialentwurf? Weinheim; München: Juventa, 115-126
- Walkowitz, D. J. 1999: Working with class. Social workers and the politics of middle-class identity. Chapel Hill: University of North Carolina Press
- Züchner, I.; Schilling, M. 2010: Nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert- zur aktuellen Entwicklung des Arbeitsmarktes für soziale Berufe. In: Neue Praxis, Jg. 40, H. 1, 56-70

*Thomas Wagner, Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein, Fachbereich IV – Sozial- und Gesundheitswesen, Maxstraße 29, 67059 Ludwigshafen am Rhein
E-Mail: thomas.wagner@fb-lu.de*

Kenntnisreicher Scharfsinn und methodische Selbstbeschränkung



Ingo Elbe: Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965. Akademie Verlag, Reihe 'Politische Ideen Band 21', Berlin 2010 (2. Auflage), 643 Seiten, 69,80 Euro

Nach der Implosion des „realexistierenden Sozialismus“ schien die Abwicklung des Marxismus als gegenwartsbezogene Theorie mit Handlungsanbindung endgültig auf der Tagesordnung. In der staats-offiziösen ML-Variante konnte er für das kläglich gescheiterte „totalitäre Experiment“ verantwortlich gemacht werden. Er konnte zugleich aber auch mit Verweis auf den Rang der „eigentlichen“ Theorie und deren inspirative Kraft für die frühe deutsche Soziologie oder die Kritische Theorie innerhalb einer Ideengeschichte der Moderne neutralisiert und historisiert werden. Deshalb war selbst nach 1989 die Edition der zweiten Marx-Engels-Ausgabe nie ernsthaft gefährdet. Handelt es sich doch bei diesem editorischen Großprojekt um ein papiernes Denkmal für einen weiteren „großen Denker“, der allgemein anerkannt ist und der zugleich im akademischen Endlager zu verschwinden droht.

Umso überraschender, dass Marx seit etwa einem Jahrzehnt eine internationale Renaissance erfährt. Mit dem Rauschebart behauptet er, im Unterschied zu inzwischen vergilbten Pop-Größen, in der Medienöffentlichkeit einen Bekanntheitsgrad ohne Verfallsdatum. Mit dem Namen wird – wie vage auch immer – eine gewisse Programmatik verbunden.

Er soll laut Umfragen der „wichtigste Philosoph des Jahrtausends“ sein. Man beruft sich auch im Feuilleton gerne auf seine Kapitalismuskritik. Nicht nur in der Antiglobalisierungsbewegung wird die Aktualität seiner Kapitalismusanalyse beschworen. Die Auflagen seines ökonomischen Hauptwerks „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“ steigen wieder. Eine Fülle von Forschungsbeiträgen und „Einführungen“ zeigt: Man will ihn auch verstehen.

Allerdings leidet für Kenner der Marxschen Theorie, die sich wie Ingo Elbe „um wissenschaftliche Seriösität bemühten Kreisen“ zugehörig fühlen, die Marx-Renaissance unter „Verkürzungen und oberflächlichen Anleihen“ (8). Das erklärt er mit Leserversäumnissen, mit der Ignoranz gegenüber der „neuen Marx-Lektüre“. Das soll sich ändern. Seine von der Rosa Luxemburg-Stiftung geförderte Promotionschrift will deren „innovatives und in der marxistischen Tradition einzigartiges Deutungsangebot der Marxschen Schriften“ (587) in Erinnerung bringen, kritisch aufarbeiten, und dies im Kontrast mit den kognitiven Defizite anderer Lesarten.

Elbes Kritik richtet sich vorrangig gegen den „Traditionsmarxismus“. Den fertigt Elbe als Geschichte einer dauerhaften Fehlinterpretation ab. Das geht nicht ohne Vereinfachungen ab, wie der Blick auf die heterogene Schar seiner TheoretikerInnen zeigt: Engels, Kautsky, Lafargue, Mehring, Bebel, Plechanow, aber auch Jüngere wie Lenin, Trotzki, Luxemburg, Bucharin, M. Adler oder Hilferding. Deren prominenter Referenztext soll Engels „Anti-Dühring“ gewesen sein. Den „Traditionsmarxisten“ wird vorgeworfen, sie machten aus der Marxschen Theorie eine

geschlossene proletarische Weltanschauung und geschichtsphilosophische Lehre von Natur und Geschichte. Etwas besser kommt die andere Lesart weg, wenngleich auch der Westliche Marxismus der historizistischen bzw. empiristischen Interpretation der Marxschen Formanalyse kapitalistischer Vergesellschaftung verhaftet bleibe, während die neue Marx-Lektüre die Ökonomiekritik zutreffend als „logisch-systematische“ ausweise. Zu den prominenten Vertretern des Westlichen Marxismus zählen Lukács, Korsch, Lefebvre, die Frankfurter Schule, die jugoslawische Praxis-Gruppe, die Buda-pester Schule, Kofler und Sartre. Deren Referenztexte sollen vorrangig die „Thesen über Feuerbach“, die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ oder „Die Deutsche Ideologie“ bilden. Dieses humanistische Frühwerk markiere den Ausgangspunkt für die Deutung des „szientistischen Spätwerks“ [sic, 29] und für eine kritisch-revolutionäre Theorie gesellschaftlicher Praxis.

Demgegenüber will Elbe die Bedeutung der „neuen Marx-Lektüre“ mit ihrer „Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie und ihrer staats- wie revolutionstheoretischen Implikationen“ (32) herausstellen. Als „Vorreiter“ [sic] gelten Rubin, Paschukanis und Rancière, als die eigentlichen Vertreter Backhaus, Reichelt, D. Wolf, Kittsteiner. Durch sie seien, keineswegs gleichzeitig, drei Themenfelder erschlossen worden. Den Anfang bildete die mit Hans-Georg Backhaus' Referat zur „Dialektik der Wertform“ (1965/69) einsetzende werttheoretische Debatte; es folgten die mit Christel Neusüß' und Wolfgang Müllers Aufsatz zur Sozial-

staatsillusion (1970) einsetzende Auseinandersetzung um die Formtheorie des Staates und schließlich, Ende der 70er Jahre, die von Wolfgang Pohrt und Stefan Breuer initiierte Absage an die obsoletere Revolutionstheorie, an den „Arbeiterbewegungsmarxismus“ und jegliche Geschichtsphilosophie.

Kennzeichnend für den Denkstil der neuen Marx-Lektüre und ihren innovativen Anspruch ist nach Elbe der Rekurs auf die Wertformanalyse. Wert als „kristallisierte gesellschaftliche Arbeit“ fungiert bekanntlich als ein Zentralbegriff der Marxschen Ökonomiekritik. Das gilt nicht nur für die Arbeitswerttheorie, sondern auch für die Ausbeutungs-, Klassen-, Zyklen- und Krisentheorie. Darüber hinaus insistiert dieser Denkstil auf der Relevanz der „Form“ des Wertes. Damit beschäftigt sich Marx zu Beginn des Kapitals: die Form des Wertes kann von der notwendigen Arbeit als Substanz des Wertes über den Tauschwert in die Geld- und Kapitalform bis zum zinstragenden Kapital wechseln. Freilich müsse in der jeweiligen Erscheinung, das ist die Aufgabe der theoretischen Arbeit, der Wert wieder erkennbar sein, um die Enthüllung des inneren Zusammenhangs der kapitalistischen Produktionsweise als sich verwertender Wert zu leisten. Daran knüpft die neue Marx-Lektüre an. Für sie bildet nicht die Mehrwerttheorie, sondern die Formtheorie der Arbeit das Unterscheidungsmerkmal gegenüber Smith und Ricardo. So beginne das „Kapital“ auch nicht, wie Elbe unter Berufung auf M. Heinrich hervorhebt, mit der „Ware überhaupt“, sondern mit der Ware als „gesellschaftliche Form der Arbeitsproduktes“ (212). Es gehe Marx darum, die gesellschaftliche

Form der Arbeit, die in der Ware als nur in privat-arbeitsteiligen Produktionsverhältnissen existierendem Arbeitsprodukt zu Geltung kommt, zu entziffern.

Weil der politische und ökonomische Formbegriff das Paradigma der neuen Marx-Lektüre ausmacht, stellt ihn Elbe ins Zentrum der drei Kapitel seiner Studie: „1. Werttheoretische Grundlagenreflexionen“ (Rekonstruktion der Einleitungskapitel des „Kapitals“, Zusammenhang von Arbeit, Warenwert und Geld), „2. Staatsableitung“ (keine konkreten politischen Fragestellungen, stattdessen der systematische Zusammenhang von Zwangsgewalt, Kapital, Klassenverhältnissen und politischer Demokratie), „3. Die Krise der Revolutionstheorie“ (Dilemma des Arbeiterbewegungsmarxismus, die verlorenen Ansatzpunkte einer Revolution: Gebrauchswert, Vollendungslogik, Klassenbewusstsein).

„Marx im Westen“ meint keine klassische Schule, sondern eher einen „Denkstil“ (Ludwik Fleck) ohne homogenes „Denkkollektiv“. Elbes Studie bilanziert, mehr identifikatorisch als emphatisch, mit kenntnisreichem Scharfsinn die Entwürfe einer akademisch randständigen und szientifisch-praxifernen Marxlektüre mit Überbietungsanspruch. Dieser Habitus ist auch für den Autor charakteristisch. Seine mikrophilologische Genauigkeit schärft den Blick für Fehlinterpretationen (etwa für die handlungstheoretische Auflösung der Materialität des Staates oder der Ökonomie bei A. Demirovic, 415). Zugleich kann die Mikrophilologie den Anspruch auf eine innovative Marx-Rekonstruktion nicht einlösen, verfehlt sie doch die für Genesis und Geltung des Marxschen Denkens charakteristische

Relation von Theorie, Popularisierung, individueller Motivierung und Klassenkampf. Elbe beschränkt sich bewusst auf eine theorieimmanente Kritik. Bemessen am methodischen Standard der Wissens- und Wissenschaftssoziologie wirkt sein Vorgehen seltsam altfränkisch. So legitim die Konzentration auf die Theorie auch ist, so unangemessen ist sie als Explanandum ohne Explanans. Das gilt besonders für die Marxsche Theorie, deren Verwissenschaftlichung des Sozialen aus der Praxis (das ist werkbiographisch evident) entsteht und die auf die Praxis (man lese das „Nachwort zur zweiten Auflage“ zum „Kapital“) bezogen bleibt. Von daher auch die Mehrfachadressierungen bei Marx: das sperrige Hauptwerk und die popularisierenden Stellungnahmen.

Auch hier gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Autor und seinem Gegenstand. Elbes Verfahren einer „nur theoretischen“ Immanenz subordiniert sich dem Verfahren der neuen restringierten Marx-Lektüre, deren Insistieren auf die Wertformanalyse der „Gedankentotalität“ des Marxschen Werk, die ja in der Verarbeitung von Anschauung und Vorstellung im Begriff gründet, verkennt. Seine „Kritik der politischen Ökonomie“ arbeitet sich nicht nur an der politischen Ökonomie und ihren Klassikern ab. In sie gehen unterschiedliche Diskurse, Quellen, Stile und Deutungsmuster ein. Sie ist nicht „szientistisch“ beruhigt. Von daher ihre Polemik, ihre illokutive Stärke: die Anprangerung der Ausbeutungsverhältnisse. Sicher Marx geht nicht von dem Menschen aus, sondern von der „ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode“. Auf die desanthropomorphisierende Kälte seiner Theorie ist oft hingewiesen

worden. Überlesen wird aber häufig: Gerade in den ökonomischen Hauptschriften wirkt die Vorstellung von der Emanzipation des Einzelnen und der Gattung theoriekonstitutiv. Auch hier finden wir – an die Entwicklung der Produktivkräfte zurück gebunden – geschichtstheoretische Verlaufsannahmen von großer motivationaler Attraktivität. Nur wer gesellschaftlich etwas will, sieht etwas, und nur wer etwas sieht, kann gesellschaftlich etwas durchsetzen. Die „Kritik der politischen Ökonomie“ analysiert die strukturelle Determination der Individuen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Sie kann diesen Nachweis erbringen, indem sie die Individuen unterschiedlich bestimmt. Die Verkäufer der Ware Arbeitskraft sind Strukturelemente des Systems, sie werden zugleich als Individuen gedacht, deren Lebensansprüche im Widerspruch gegen das System stehen. Dazu zählt nicht nur das materialistische Selbsterhaltungstheorem, sondern auch die Vorstellung vom „ganzen Menschen“. Bei Marx gibt es ein „Spannungsverhältnis von Idealität und Realität“ als axiomatische Grundlage der Kritik. Freilich werden Verelendung und Entfremdung nicht moralisierend beklagt, sondern als notwendige Resultate einer kapitalistischen Produktionsweise begriffen, deren Produktivkraftentfaltung materielle Produktionsbedingungen herstellt, „welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip

[!, G.B.] die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist“ (MEW 23, 618). Diese Verbindung von wissenschaftlicher Analyse, Emanzipationsansprüchen und geschichtlichen Möglichkeiten macht ein Alleinstellungsmerkmal der Marxschen Theorie aus. Darin gründet, und das verkennen die Protagonisten der neuen Marx-Lektüre wie auch ihr Theoriebeobachter, ihre motivationale Attraktivität. Deshalb kann sie, popularisiert und inderdiskursiv proliferiert, als Gedankentotalität mit Wahrheitsanspruch praktisch werden.

„Marx im Westen“ ist keine konstellationsanalytisch fundierte Geschichte der Marxrezeption in der Bundesrepublik. Aber die Studie bietet doch mit ihren theoriegeschichtlichen Rückverweisen und ihrer Kritik am „Traditionsmarxismus“ wie am „Westlichen Marxismus“ mehr als die Spezialgeschichte eines Denkstils. Die Studie entfaltet auch keine neue Gesamtinterpretation des Marxschen Werks. Sie bilanziert aber mikrophilologisch genau auf drei Themenfeldern die Debatten und Interpretationen der neuen Marx-Lektüre. – Bei einem Autor mit solch kenntnisreichem Scharfsinn ist freilich seine methodische Selbstbeschränkung zu bedauern.

Georg Bollenbeck
 (*10. Dezember 1947 in Brühl;
 † 2. Oktober 2010)
 Universität Siegen
 D-57068 Siegen

Kindheitsforschung heute

Jens Qvortrup, William A. Corsaro, Michael-Sebastian Honig (eds.): The Palgrave Handbook of Childhood Studies, Palgrave Macmillan 2009, 452 Seiten, £95.00



Dieses Buch präsentiert einen umfassenden Beitrag zu neueren sozialwissenschaftlichen Perspektiven im Bereich Kindheit und Kinderleben – hierbei geht es insbesondere um die Bedingungen, in denen Kinder in modernen Gesellschaften aufwachsen. Das Buch ist in sechs thematisch übergeordnete Kapitel unterteilt. Im ersten Teil werden einleitend Studien vorgestellt, die das Leben von Kindern aus einer strukturellen Perspektive betrachten; darunter ein Beitrag zu Forschungsmethoden zu Kindheit und Kindern. Der zweite Abschnitt befasst sich mit historischen und sozioökonomischen Analysen von Kindheit. H. Hendrick zeigt etwa in seinem Beitrag die Entwicklung von Armut, Schulausbildung, Religion und Kinderarbeit in Westeuropa im Zeitraum von 1400 bis 1750. Der dritte Teil des Buches führt in das theoretische Verständnis von Kindheit als Generationskonzept ein, in dem sowohl Kindheit als auch Erwachsenenleben als strukturelle Elemente in einer interaktiven Beziehung analysiert werden können und zur gleichen Zeit Kindheit als ein besonderer sozialer Status gesehen wird. Im dritten Abschnitt wird, u.a. von Alanen, der Hintergrund für diese theoretische Perspektive, unter Bezug auf frühere Studien zur Generationsforschung, dargestellt. Explizit zu nennen ist Mannheims Ansatz zur Bedeutung von

(Generations-)Beziehungen. Wie Alanen in ihrem Aufsatz präzisiert, bewirkt die Generationenperspektive auf Kinder und Kindheit, dass Kindheit als ein Teil des Gesellschaftssystems, auf einer Linie mit z.B. dem Erwachsenenleben oder dem Alter, verstanden und analysiert werden kann. Alanen zeigt, dass Kindheit sich somit auf diese anderen Lebensabschnitte bezieht und damit verbunden ist.

Die folgenden beiden Kapitel (4 und 5) des Buches enthalten eine große und breit gefächerte Anzahl an Beispielen für das in dieser sozialwissenschaftlichen Perspektive enthaltene spezifische Wissen. Diese Kapitel befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten bzw. Bedingungen von Kindheit, wie z.B. Kinder als Konsumenten, Kinder und Freizeit, Kinder und Freundschaft, Kinder und Fernsehen usw. Brown Rosier beschäftigt sich in ihrem Aufsatz mit „Kinder als Problem, Probleme von Kindern“ und gibt eine eingehende Präzisierung der genauen Bedeutung der analytischen Perspektivierung von Kindheit aus einer intergenerationalen Perspektive, indem sie aufzeigt, dass das Verhalten von Kindern als problematisch aufgefasst werden kann, weil Kinder die Struktur und Ordnung des Erwachsenenlebens stören. Ebenfalls diskutiert wird das Verhalten von Kindern und Jugendlichen als störend, weil die Erwachsenen die Tendenz haben, „schlechtes“ Benehmen, Teenagerschwangerschaften, (Drogen)-Missbrauch und Kriminalität als etwas anzusehen, für das die Jugendlichen selbst die Verantwortung tragen, anstatt diese Problemstellungen in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu analysieren: „When adults see negative behaviours like teenage runaways, teen pregnancy, drug use, truancy and

more serious juvenile crime as due primarily to the irresponsibility of youth themselves, they blame the victims of larger systemic failures like racism, sexism, poverty and extreme consumerism“ (Brown Rosier, S. 261).

Das letzte Kapitel des Buchs ist reserviert für Ausblicke auf Kinderrechte und die politische Rahmung von Kindheit und Kinderleben, sowohl den Diensten der Kinder- und Jugendhilfe als auch den sozialpolitischen Diensten. Hier muss insbesondere der Artikel von Bühler-Niederberger und Sünker hervorgehoben werden, der eine Reihe von Charakteristika aufzeigt, durch die Kindheit mit Kinderfürsorge und Sozialdiensten verknüpft ist. Erstens werden die Probleme von Kindern häufig getrennt vom Kind analysiert. Häufig in Abwesenheit von realistischen Zugängen zum zu analysierenden Problem des Kindes und meist in einem eher moralischen Verständnis von Kindern und Kindheit, indem Kinder und Jugendliche entweder als unschuldige Wesen oder als „böse“ bewertet werden. Die Aktionen der Sozialdienste richten sich gegen Kinder und Jugendliche, ungeachtet dessen, ob diese als sozial gefährdet bzw. gefährlich bewertet wurden oder nicht. Alle werden durch das soziale Wohlfahrtssystem gleich behandelt, was dazu führen kann, dass Kinder nach dem Erwachsenenstrafrechtssystem behandelt werden und auch ins Gefängnis kommen können. Zweitens kann im sozialen System, trotz der Schwierigkeiten in denen sich Kinder und Jugendliche befinden, eine anhaltende Abneigung gegen die Verwendung von Geld für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und -bedingungen von Kindern und Jugendlichen festgestellt werden.

Einerseits können die Kapitel des Buches als eigenständige Abschnitte über die unterschiedlichen Aspekte von Kinderleben und Kindheit, z.B. die Bedeutung des Fernsehens in der Kindheit, Kinder als Konsumenten usw. gelesen werden. Andererseits kann das Buch als Grundlagenbuch verwendet werden, das auf umfassende Weise in die unterschiedlichen, neueren theoretischen Strömungen sozialwissenschaftlicher Studien über Kindheit, die das Verständnis und die Analyse von den Aufwuchsbedingungen von Kindern bedingen und veränder(t)en, einführt. In diesem Denken wird eine strukturell bedingte Perspektive zum Verständnis von Kindheit angelegt, im Gegensatz zur Betrachtung von Kindheit – aus einer historischen Perspektive – in einer überwiegenen Psychologisierung von Kindern und Kindheit. Besonders der erste Abschnitt des Buches (Qvortrup, James, Woodhead, Honig, Lange und Mierendorff), dem neuere kindheitssoziologische Forschungen zu Grunde liegen, präzisiert das theoretische Verständnis und ist besonders geeignet als theoretische Einführung in den makrosoziologischen Zugang zu Kindheit. Diese makrosoziologischen Studien über Kindheit und Kinderleben tragen zu einem beträchtlichen neuen Wissen über Kinder und Kindheit bei und eröffnen einen strukturell-generationalen Zugang für weitere sozialwissenschaftliche Studien über Kindheit. In der modernen Gesellschaft existiert ein System der sozialen Ordnung, das ganz spezifisch Kindheit als eine soziale Kategorie definiert, bestimmt, wovon Kinderleben handelt und wie es gelebt wird und das damit ein Verständnis vom Kind als (selbst) aktivem Gestalter von Kinderleben, das Beziehun-

gen zu anderen eingeht, eröffnet. Mit dieser strukturell-generationalen Perspektive vermittelt sind, weiterhin noch relativ unerforscht, empirische Untersuchungen, die dem Kinderleben aus einer mikrosoziologischen Perspektive nahe kommen, zu fordern. Forschungen also, die genau daran mitwirken zu präzisieren, wie und auf welche Art und Weise Kindheit erlebt und gelebt wird und sich entwickelt. Daran anschließend gibt eine Reihe bedeutsamer Themen zum Leben von Kindern, auf die zu fokussieren äußerst relevant sein könnte, insbesondere Forschungen, die mit den strukturellen Bedingungen von Chancengleichheit verknüpft sind, also zu sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Es könnte sehr interessant sein, die Forschungen auf diesem Ge-

biet (weiter) zu entwickeln, da genau die Gruppe der sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen häufig durch einen Forschungsansatz erforscht wird, der traditionell eine dominierende Erklärungskraft innerhalb der Entwicklungs- und der klinischen Psychologie hat, in dem das Verhalten von Kindern und Jugendlichen individualistisch erklärt wird, so dass dies das Risiko beinhaltet, strukturelle gesellschaftliche Ursachen und Bedingungen zu verschleiern.

*Kirsten Elisa Petersen
Aarhus University
Department of Education
Tuborgvej 164
2400 København NV
Denmark*